
III-78 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXII. GP



„Familie – Generationen – Solidarität“

Parlamentarische Enquete

Mittwoch, 21. April 2004

(Stenographisches Protokoll)

Parlamentarische Enquete

Mittwoch, 21. April 2004

(XXII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

„Familie – Generationen – Solidarität“

Dauer der Enquete

Mittwoch, 21. April 2004: 10.10 – 16.56 Uhr

Tagesordnung

Eröffnung:

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl

Einleitungsreferate:

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Mag. Herbert Haupt

Staatssekretärin im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Ursula Haubner

Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Maria Rauch-Kallat

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein

Impulsreferate:

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching (Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Soziologie)

Referent Mag. Alois Guger (Wirtschaftsforschungsinstitut)

Referent Dr. Martin Werding (Institut für Wirtschaftsforschung, Bereich Sozialpolitik und Arbeitsmärkte, München)

Referentin Mag. Michaela Moser (Armutskonferenz)

Kurzstatements:

Mag. Regina Polak (Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Wien, Institut für Pastoraltheologie)

Mag. Otto Gumpinger (Österreichischer Familienbund)

Mag. Sonja Brauner (Österreichische Kinderfreunde)

Mag. Gabriele Schmid (Bundesarbeitskammer)

Günter Danhel (Institut für Ehe und Familie)

Dr. Katharina Novy (Soziologin)

Diskussion

Inhalt

Eröffnung

Vorsitzende Abg. Ridi Steibl 4

Einleitungsreferate

Bundesminister Mag. Herbert Haupt 5

Staatssekretärin Ursula Haubner 9

Bundesministerin Maria Rauch-Kallat 11

Bundesminister Dr. Martin Bartenstein 13

Impulsreferate

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching 15

Referent Mag. Alois Guger 20

Referent Dr. Martin Werding 23

Referentin Mag. Michaela Moser 27

Kurzstatements

Mag. Regina Polak 31

Mag. Otto Gumpinger 33

Mag. Sonja Brauner 34

Mag. Gabriele Schmid 36

Günter Danhel 38

Dr. Katharina Novy 39

Diskussion

Abg. Mag. Andrea Kuntzl 41

Abg. Mag. Walter Tancsits 43

Abg. Ridi Steibl 45, 90

Abg. Mag. Christine Lapp 46

Abg. Sabine Mandak 47

Abg. Barbara Rosenkranz 49

Abg. Barbara Riener 51

Christoph Riedl 52

Torsten Engelage 54

Mag. Lukas Mandl 55

Mag. Michaela Moser 56

Abg. Dr. Peter Sonnberger 57

Abg. Dipl.-Ing. Elke Achleitner 58

Edith Haller 59

Mag. Peter Pitzinger 61

Elisabeth Anselm 62

Alice Pitzinger-Ryba 63

Mag. Ingrid Moritz 65

Dr. Katharina Novy	66
Abg. Franz Riepl	68
Abg. Silvia Fuhrmann	70
Abg. Kai Jan Krainer	72
Ingrid Piringer	73
Mag. Sonja Brauner	74
Mag. Gabriele Schmid	76
Gernot Rammer	77
Referent Mag. Alois Guger	79
Mag. Rosina Baumgartner	81
Referent Dr. Martin Werding	82
Abg. Mag. Elisabeth Grossmann	83
Günter Danhel	84
Dr. Werner Kerschbaum	85
Mag. Regina Polak	86
Abg. Karl Öllinger	87
Abg. Heidrun Silhavy	89

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Ridi Steibl, Mag. Andrea Kuntzl, Barbara Rosenkranz, Sabine Mandak , Kolleginnen und Kollegen im Sinne des § 98a Abs. 5 GOG, das Stenographische Protokoll dieser Enquete dem Nationalrat als Verhandlungsgegenstand vorzulegen – Annahme	5, 5
Unterbrechung der Sitzung	46

Beginn der Enquete: 10.10 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Ridi **Steibl**, Abgeordnete Mag. Andrea **Kuntzl**, Abgeordnete Barbara **Rosenkranz**, Abgeordnete Sabine **Mandak**.

Eröffnung

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich **eröffne** die Sitzung der Parlamentarischen Enquete „Familie – Generationen – Solidarität“ und begrüße alle anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Expertinnen und Experten. Ganz besonders begrüße ich Herrn Bundesminister Mag. Herbert Haupt, Frau Staatssekretärin Ursula Haubner, Frau Bundesministerin Maria Rauch-Kallat und Herrn Bundesminister Dr. Martin Bartenstein.

Gestatten Sie mir als Vorsitzende des Familienausschusses eingangs ein paar einleitende Worte:

Weltweit wird heuer wieder ein internationales Jahr der Familie begangen. Im Dezember 1999 hat die UNO-Vollversammlung das Jahr 2004 zum zehnjährigen Jubiläum wieder zu einem „Internationalen Jahr der Familie“ 1994 plus zehn – deklariert, um weltweit die 1994 erarbeiteten familienrelevanten Themen und Ziele zu evaluieren und auch zu aktualisieren. Diese heutige Parlamentarische Enquete „Familie – Generationen – Solidarität“, beantragt von allen vier Parlamentsparteien, mitgetragen beziehungsweise eingebracht von Frau Staatssekretärin Ursula Haubner und Bundesminister Mag. Herbert Haupt, soll ein Beitrag seitens des Parlaments, seitens der Regierung, seitens der Abgeordneten eben zu diesem Anlass sein.

Den Familien ist bewusst ein Schwerpunkt in unserer politischen Arbeit gewidmet, denn unser Stolz, unsere Hoffnung sind unsere Kinder, aber die Entwicklung in Österreich und in Europa – und das wird heute sicher ein wichtiger Schwerpunkt sein – tendiert eher dazu, dass die Geburtenzahlen zurückgehen. Die demographische Entwicklung stellt eine historisch neue Herausforderung dar. Was wir brauchen, ist eine allen Generationen gerecht werdende Zukunftspolitik, die weit über die Förderungspolitik hinausgeht, ja hinausgehen muss.

Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, um dadurch die Wahlfreiheit der Menschen für ihre Lebensplanung zu gewährleisten. Diese Rahmenbedingungen seitens der Regierung sind vielen bekannt, trotzdem möchte ich in Stichworten kurz in Erinnerung rufen, was seit dem Jahre 1999 für die Familien, für Mütter, für Väter, für die Generationen seitens dieser Regierung erledigt wurde.

Kinderbetreuungsgeld für alle ab 2002, Familienhospizkarenz – nach wie vor einzigartig in ganz Europa –, Abfertigung neu, Pflegegeld ab der Geburt, gemeinsame Obsorge nach der Scheidung, Kinderbetreuungsgeld für Mehrlingsgeburten seit 2003, Verankerung von familien- und frauenspezifischen Maßnahmen im Zuge der Pensionssicherungsreform, durch die Steuerreform 2004/2005 Kinderzuschlag zum Alleinverdienerabsetzbetrag, Anhebung der Zuverdienstgrenze oder auch Anhebung der Pendlerpauschale.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist natürlich der Anspruch auf Elternteilzeit. Den entsprechenden Antrag werden wir – so er eingebracht wurde, Herr Bundesminister Bartenstein – am 18. Mai im Familienausschuss behandeln.

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl

Ich möchte ebenfalls hinweisen auf die Aktivitäten seitens Frau Bundesministerin Gehrler, die 10 000 neue Kinderbetreuungsplätze schaffen wird. Dafür werden 9 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stehen.

Das heißt, Familienpolitik ist in Österreich ein wichtiger Schwerpunkt. Wir liegen nach wie vor in Bezug auf Familienförderung europaweit an der Spitze. Noch vor Einführung des Kinderbetreuungsgeldes wurden laut einer Studie in Österreich 2,3 Prozent des BIP für Familienförderung ausgegeben, im EU-Durchschnitt jedoch nur 1,4 Prozent.

All diese Dinge sollten heute behandelt werden. Unser aller Wunsch ist es, dass wir wieder neue Maßstäbe, neue Schritte in der Familienpolitik setzen.

(Es erfolgen technische Mitteilungen und Hinweise über das Procedere bei der Enquete durch die Vorsitzende.)

Mir liegt ein von allen vier Parlamentsparteien unterstützter Antrag vor, den ich hiemit einbringen möchte:

Antrag

der Abgeordneten Ridi Steibl, Mag. Andrea Kuntzl, Barbara Rosenkranz, Sabine Mandak, Kolleginnen und Kollegen gemäß § 98a Abs. 5 betreffend Enquete „Familie – Generationen – Solidarität“

Die dem Teilnehmerkreis der Enquete „Familie – Generationen – Solidarität“ angehörenden Abgeordneten wollen beschließen:

Gemäß § 98a Abs. 5 GOG wird beantragt, das Stenographische Protokoll über die Enquete „Familie – Generationen – Solidarität“, abgehalten am 21. April 2004, als Verhandlungsgegenstand dem Nationalrat vorzulegen.

Alle Abgeordneten zum Nationalrat, die hier anwesend und mit diesem Antrag einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist **einstimmig**. – Ich bedanke mich dafür.

Ich erteile nunmehr Herrn Bundesminister Mag. Haupt das Wort für sein Einleitungsreferat.

Einleitungsreferate

10.18

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz

Mag. Herbert Haupt: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlich willkommen zur Parlamentarischen Enquete mit dem verheißungsvollen Titel „Familie – Generationen – Solidarität“. – Verheißungsvoll nicht nur deswegen, weil es sich dabei um ein Thema handelt, mit dem wir uns alle jeden Tag auseinander setzen.

Wir leben alle in irgendeiner Form in einer Familie. Gleichzeitig ist dieses generationsübergreifende, solidarische Leben in der Familie durch seine hohe Komplexität jeden Tag für uns alle eine Herausforderung, da auf Grund des gesellschaftlichen Wandels immer wieder individuelle Lebenskonzepte gefunden werden müssen.

Heute wollen wir darüber diskutieren, inwiefern wir alle zu einer befriedigenden solidarisches Lebensführung der einzelnen Menschen im Generationenverband beitragen können.

**Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Mag. Herbert Haupt**

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen – Veränderungen, die in Geschwindigkeit und Art die Menschen nicht immer mitnehmen. Globalisierung, eine Welt ohne Grenzen, wirtschaftliche Veränderungen, technologischer Fortschritt, dies alles bedeutet nicht nur, aber auch Verunsicherung. Modernisierung heißt eben immer auch, Vertrautes zu Gunsten des noch Unbekannten aufzugeben. In diesem Prozess suchen Menschen überschaubare Räume, in denen sie sich sicher fühlen, in denen sie ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln können. Sie suchen Stabilität, Geborgenheit, Verlässlichkeit und Vertrauen. Diese Werte sind heute mehr denn je mit Familie verbunden.

Seit Jahrzehnten wird immer wieder der Verfall der Familie vorhergesagt und beklagt. Dabei erweist sich die Familie als stabiler als gedacht und als stabiler als herbeigeschrieben.

Die Bedeutung der Familie ist unangefochtener Spitzenreiter auf der individuellen Werteskala. Die Familie liegt auch bei den Jugendlichen an erster Stelle. Für die meisten Österreicherinnen und Österreicher, für 89 Prozent, ist die Familie der wichtigste Lebensbereich. Er führt vor den Lebensbereichen Arbeit mit 66 Prozent, Freunden mit 44 Prozent und Freizeit mit 39 Prozent.

Studien in Österreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern haben ergeben, dass bei der Mehrheit der Familien ein hohes Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den unterschiedlichen Generationen vorhanden ist und auch genützt wird. Fast alle Menschen leben in einem Netzwerk von Familienangehörigen, Verwandten und Freunden, denen sie Hilfeleistungen geben und von denen sie Hilfeleistungen erwarten können.

Mehr als 60 Prozent der 30- bis 40-Jährigen haben mit ihren Eltern zwischen ein Mal täglich und ein Mal wöchentlich regelmäßig Kontakt, da sie entweder im selben Haushalt oder aber nicht weit voneinander entfernt leben. Wenn die Eltern älter als 60 Jahre sind, steigt die Kontaktfreudigkeit sogar noch an, wie die Ergebnisse des Mikrozensus der Statistik Austria vom September 2001 zeigen.

Noch häufiger haben Enkelkinder mit ihren Großeltern Kontakt: 40 Prozent der unter 20-Jährigen sehen ihre Großeltern täglich. Bei weiteren 30 Prozent findet mindestens ein Mal wöchentlich ein Treffen statt.

Sie sehen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Zurückziehen der Menschen der einzelnen Generationen auf sich selbst und Isolation sind oft ein herbeigeredetes Phänomen. Die falsche Meinung über das Nichtgelingen des integrationalen Zusammenhalts in der Öffentlichkeit muss aus meiner Sicht durch Information über die tatsächlichen Verhältnisse korrigiert werden. Es müssen die Familien dahin gehend ermuntert und motiviert werden, diesen Weg der Solidarität weiter zu beschreiten und zu gestalten.

Aussprache, Zuwendung und Verständnis füreinander werden von den Familienangehörigen als am wichtigsten angesehen. Die Gesprächsthemen sind vielfältig: Vor allem Fragen der wirtschaftlichen und emotionalen Lebensgestaltung werden erörtert, wobei aber auch unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebensmuster eine Rolle spielen. Die Vermittlung von Themen, aber nicht nur von den Älteren zu den Jüngeren, sondern sehr oft auch umgekehrt von den Kindern zu den Eltern findet erfreulicherweise statt. Eine große Rolle spielen dabei auch die Enkelkinder. Sie sind Mittler zwischen der sich rasch verändernden Gesellschaft und der Großelterngeneration.

Betrachten wir nun die Generationen im Einzelnen und ihren Beitrag zum Zusammenwirken aller in der Gesellschaft an dem, was jede Generation braucht, um ihren Bedürfnissen entsprechend zu leben und diesen Beitrag leisten zu können.

**Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Mag. Herbert Haupt**

Da kommen zuerst einmal die Kinder. Kinder sind unsere Zukunft. „Kinder brauchen Liebe und ...“ heißt nicht umsonst der Titel einer Broschüre meines Ressorts. Kinder brauchen Liebe, Zuwendung und Geborgenheit sowie die Ermunterung ihrer Eltern, um sich gesund entwickeln zu können. Kinder brauchen aber auch – dafür steht dieses „und“ – gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse, einen gesunden Lebensraum, eine gute Bildungschance, um zu zufriedenen und selbstbewussten Erwachsenen zu werden, die ihrerseits ihre Liebe wieder an ihre Kinder und damit an die nächste Generation weitergeben können.

Gute Politik schreibt den Familien nicht nur vor, wie sie ihr Leben zu gestalten haben, sondern sorgt für den Rahmen und die Voraussetzungen, dass sie in der von ihr gewählten Form leben, ihre Verantwortung selbst gestalten und ihr gerecht werden können. Allerdings müssen wir Folgendes feststellen: Der materielle Nutzen, der unserer Gesellschaft durch Kinder entsteht, kommt der Allgemeinheit zugute. Die materiellen Belastungen, die durch Kinder entstehen, werden von den Familien getragen. Kinder bringen sehr viel Freude in das Leben ihrer Eltern, aber Kinder kosten auch sehr viel Geld.

Die Kinderkostenstudie des Wirtschaftsförderungsinstitutes gibt Aufschluss über das Konsumverhalten von Familien mit Kindern im Vergleich zu Familien ohne Kinder. Bei einer zweiköpfigen Familie ohne Kinder liegt die Konsumausgabe bei etwa 96 Prozent des verfügbaren Einkommens, wobei eine Familie mit Kindern 99 Prozent des verfügbaren Einkommens für Konsumgüter ausgibt. Daher ist es gerade in Zeiten einer schwachen Konjunktur wichtig, die Familienleistungen anzuheben, um einen Beitrag zur Stärkung der Kaufkraft zu leisten. Familienförderung kurbelt also auch die Wirtschaft an und schafft Arbeitsplätze. Das ist ein bisher viel zu wenig beachteter Kreislauf.

Wir wollen daher Rahmenbedingungen schaffen, die es jungen Menschen ermöglichen, sich ihre Kinderwünsche – 80 Prozent wünschen sich Kinder – zu erfüllen. Die Aufgabe der Politik, von uns allen ist, dafür zu sorgen, dass der Lebensplan Familie für möglichst viele Menschen gelingen kann, dass Eltern ihre Lebenswünsche verwirklichen können und allen Kindern Entwicklungschancen eröffnet werden.

Familie ist auch für Jugendliche Sozialisationsinstanz. Insbesondere im Kindesalter ist die Familie als Sozialisationsinstanz unbestritten. Später, und zwar dann, wenn aus den Kindern Jugendliche werden und eine Abnabelung von der Herkunftsfamilie beginnt, gewinnen die Freunde an Bedeutung. Die Kinder werden sozusagen flügge. Wie man aus der Forschung weiß, stehen die Familie und die Freunde dabei nicht in einem unmittelbaren Konkurrenzverhältnis. Vielmehr scheint es so zu sein, dass Familie und Freunde für die Jugendlichen unterschiedliche Funktionen erfüllen.

Beide stehen für kleine Lebenswelten, in denen in einer unübersichtlichen und komplexen Welt ein Gefühl der Geborgenheit, des Aufgehobenseins und des Zusammengehörigkeitssinns vermittelt wird. Beide können psychisch-emotionale Stabilitätssicherer sein. Im Klartext: Familie und Freunde sind aus der Sicht der Jugend zwei zentral wichtige, wenn auch grundsätzlich verschiedene Lebensbereiche.

Die Ergebnisse diverser Studien bestätigen im Wesentlichen diesen Befund. Freunde, Bekannte und Familie liegen im Ranking sehr wichtiger Lebensbereiche fast gleichauf ganz oben. 70 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nennen sowohl ihre Freunde und Bekannte als einen für sie persönlich wichtigen Lebensbereich als auch ihre Familie. Die Freizeit liegt im Unterschied dazu mit 61 Prozent auf Platz drei.

Betreffend Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche tatsächlich als Menschen in unserer Gesellschaft ernst zu nehmen, heißt auch, sie zu beteiligen. Wir müssen Kinder und Jugendliche darin unterstützen, ihren Lebensraum

**Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Mag. Herbert Haupt**

selbst zu gestalten, ihre Bedürfnisse zu formulieren und sich bei Erwachsenen Gehör zu verschaffen. Junge Menschen sind nämlich Expertinnen und Experten in eigener Sache. Wir wollen in diesen Entscheidungsprozessen dafür Sorge tragen, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen zur Selbstverständlichkeit wird, denn die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in ihrem engsten Lebensumfeld zu berücksichtigen ist Grundlage für ein friedliches Zusammenleben aller Generationen.

Um Kindern und jungen Menschen auch jene Rechte zukommen zu lassen, die ihnen zustehen, erstellt mein Ressort im Zusammenhang mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes den Nationalen Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen, den YAP.

Unser Land kinderfreundlicher zu machen, ist eine wichtige Aufgabe, denn Kinder sind unsere Zukunft. Die Lebensumstände von Kindern, ihr Lebensumfeld und die gesamten Rahmenbedingungen entscheiden darüber, sehr geehrte Damen und Herren, wie demokratisch, wie sozial, wie leistungsfähig unsere Gesellschaft in Zukunft sein wird. Wir wollen unseren Kindern zuhören, denn unsere Gesellschaft braucht Kinder.

Nachhaltige Familienpolitik ist ein bedeutender Faktor unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Mehr Kinder bedeuten mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr gesellschaftlichen Wohlstand. Nachhaltige Familienpolitik ist die richtige Antwort auf die sich verändernden demographischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. *(Vorsitzende Abg. Steibl gibt das Glockenzeichen.)*

Die Elterngeneration ist jene Generation der 20- bis 60-Jährigen, die einen Hauptteil der Verantwortung und Verpflichtung für alle trägt. Im Alltag der Familien wird deutlich, was sich qualitativ verändert. Es gibt neben der Sorge der Eltern für die Kinder auch eine Sorgendimension für Jüngere, für Ältere. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Elterngeneration nicht „erdrückt“ wird, wenn sie in der Pflege und materiell für alle anderen allein verantwortlich ist.

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Herr Bundesminister! Entschuldigung vielmals, aber Vorsitzende zu sein, heißt leider auch manchmal, einzubremsen. Sie haben schon 7 plus 3 Minuten gesprochen. Ich bitte, zum Schluss zu kommen!

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Mag. Herbert Haupt *(fortsetzend):* Die Elterngeneration ist das wichtige Glied. Kann sie ein solidarisches Zusammenleben zwischen den Generationen organisieren? Wie kann sie es organisieren und wie wird sie es organisieren? Steht das destruktive Gegeneinander im Vordergrund? Sind die Rechte und Pflichten ausgeprägt für ein Miteinander von Jung und Alt? Beinhalten sie auch die ältere Generation, ihre Versorgung, ihre Betreuung?

Der Anteil der über 60-jährigen Personen wird von derzeit rund 20 Prozent auf 35 bis 38 Prozent im Jahre 2035 ansteigen. Nach Prognosen der Statistik Austria werden bis zum Jahr 2035 je nach Entwicklung der Lebenserwartung zwischen 2,7 und 3 Millionen Personen im Alter von über 60 Jahren in Österreich leben. *(Vorsitzende Abg. Steibl gibt das Glockenzeichen.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Daher werden wir auch in Zukunft mehr für die ältere Generation, für ihre Versorgung, Einbindung und Verbindung mit der Jugend zu tun haben. Die Mitbestimmung auch für die ältere Generation ist für mich ein wichtiges Anliegen. Die ältere Generation muss als vierter Sozialpartner in unserer Gesellschaft implementiert werden: mit ihren Rechten, mit ihren Möglichkeiten, und sie hat das Anrecht ...

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Herr Bundesminister! Ich bitte um den Schlusssatz!

**Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Mag. Herbert Haupt**

**Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
Mag. Herbert Haupt** (*fortsetzend*): Sie hat das Anrecht, in der letzten Generation für ihr Lebenswerk für diese Republik auch anerkannt zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass die Familie als soziales Grundelement unserer Gesellschaft heute, morgen und übermorgen **die** zentrale Bedeutung für die demoskopische, für die soziale und für die demokratische Entwicklung unseres Staates hat.

Ich hoffe, dass die heutige Diskussion und die heutigen Expertenmeinungen einen entscheidenden Beitrag zur Förderung der Familie leisten werden.

10.31

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Danke, Herr Bundesminister, für Ihr Einleitungsreferat.

Ich bitte nun Frau Staatssekretärin Haubner um ihr Statement.

10.31

Staatssekretärin im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Ursula Haubner: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Geschätzte Regierungskollegin! Geschätzte Regierungskollegen! Sehr geehrte Abgeordnete! Verehrte Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen, der Länderorganisationen und der Medien! Die österreichische Bundesregierung verständigt sich auf eine offensive Familienpolitik. Wir kommen damit nicht nur den persönlichen Werten der Menschen in unserem Lande entgegen, sondern sichern mit der Stärkung und Unterstützung der Familien auch zielsicher die Generationenstabilität und die Solidarität in unserem Lande.

Es sind die Familien, die auch in Zeiten des rasanten Fortschritts und des gesellschaftlichen Wandels innerhalb ihrer kleinen Lebenswelten sowohl die künftige als auch die vorhergehende Generation umsorgen, aber auch das Arbeitskräftepotenzial für den Wirtschaftsstandort Österreich bilden.

Der eingeschlagene familienpolitische Weg ist aus unserer Sicht richtig und zukunftsorientiert, weil er die Familien bei ihren Leistungen finanziell stärkt, die Leistungen der Familien sozialrechtlich absichert, weil optimale Rahmenbedingungen für die partnerschaftliche Vereinbarkeit der Lebensbereiche Familie und Beruf geschaffen werden, aber auch weil diese Politik die Familien begleitet, damit Partnerschaft, Erziehung und zu Hause alt werden gelingen können.

Österreich hat mit seinen ambitionierten Regierungsprogrammen von 2000 und 2003 die Systemumstellung von einem Lastenausgleich für Familien zu einer **Leistungsanerkennung** der Familien erfolgreich begonnen. Neben dem Ausgleich für Kindererziehung und -betreuung spielt die Leistungsbewertung für die Umsorgung der Kinder und älteren Familienangehörigen als unverzichtbarer Beitrag zum Generationenvertrag eine immer wesentlichere Rolle. Der finanzielle Leistungsausgleich für Familien erfolgt einerseits durch Geld- und Sachleistungen und wird ergänzt durch ein Angebot an Beratungs- und Bildungsangeboten, die den realen Lebenslagen heutiger Familiensituationen entsprechen. Der partnerschaftlichen Vereinbarkeit der Lebensbereiche Beruf und Familie und der familienfreundlichen Organisation der Arbeitswelt kommt höchste Priorität zu.

Erstmals seit 13 Jahren werden auch Familien mit nur einem Einkommen – das sind vor allem Alleinverdiener- und Alleinerzieherfamilien, das sind immerhin fast 900 000 österreichische Familien – bei der Steuerreform mit 250 Millionen € berücksichtigt, wobei die Anzahl der Kinder eine wesentliche Rolle spielt.

Staatssekretärin im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Ursula Haubner

Sie sehen, Familienpolitik endet daher nicht an den Grenzen des zuständigen Ressorts, sondern Familienpolitik ist etwas, das in alle Politikbereiche hineinspielt und auch dementsprechend bewertet werden muss.

Herr Bundesminister Haupt hat schon gesagt, dass Kinder heute neben der materiellen Versorgung sehr viel brauchen, vor allem auch Zeit – Zeit der Zuwendung. Ich glaube, wir sind in Österreich in einer Situation, in der wir grundsätzlich sagen können, dass wir im internationalen Vergleich, was die Situation von Kindern und Jugendlichen anlangt, gut dastehen. Wir haben hohe Familienleistungen, wir haben ein gutes Bildungssystem, und wir haben gerade für Kinder und Jugendliche eine verlässliche Gesundheitsversorgung.

Ich denke jedoch, gerade im Bereich der Mitbestimmung, Mitbeteiligung und Partizipation können wir uns noch stärker bemühen; das wird auch mit ein ganz wesentlicher Teil des zu erstellenden YAP sein.

Was das Kinderbetreuungsgeld betrifft, so meine ich, dass das eine innovative Leistung ist, und zwar weit mehr als ein Geldtransfer. Das Kinderbetreuungsgeld ist so ausgestaltet wie die Erwerbsarbeit, nämlich durch die sozialrechtliche Absicherung mit Pensionsbeiträgen, Krankenversicherungen und Abfertigungsbeträgen. Alle Eltern erhalten gleichermaßen das Kinderbetreuungsgeld. Die Berufstätigkeit kann fortgesetzt werden, denn Familie und Beruf dürfen einander nicht im Wege stehen, aber auch die Entscheidung für eine Phase des Ausstiegs aus dem Beruf oder eine zeitweise Reduzierung der Berufstätigkeit soll möglich sein.

Kinderwunsch und Erwerbstätigkeit müssen einander ergänzen – das gilt gleichermaßen für Frauen **und** für Männer. Das entspricht auch dem Prinzip des **Gender Mainstreaming** als Gleichbehandlungsstrategie der Bundesregierung. Durch die heute selbstverständliche Berufstätigkeit von Frauen gewinnt die partnerschaftliche Vereinbarkeit der Lebensbereiche Beruf und Familie in Bezug auf eine familienfreundliche Organisation der Arbeitswelt höchste Priorität.

Kinderbetreuung, meine Damen und Herren, wird aber immer noch als klassische Domäne der Frauen angesehen. Frauen leisten nach wie vor zum Großteil diese wertvolle Arbeit, auch wenn sie berufstätig sind. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ohne stärkere Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung bleibt jedoch eine Einbahnstraße für die Mütter. Vor der Einführung des Kindergeldes übernahmen 1 372 Väter die Kinderbetreuung; nunmehr sind es immerhin 3 630 Väter. Mehr als die Verdoppelung der Väterbeteiligung im Vergleich zum seinerzeitigen Karenzgeld ist zwar ein Indiz für die Attraktivität des Kindergeldes auch für Väter, ist aber noch lange kein Nachweis für eine echte partnerschaftliche Betreuungsbeteiligung.

Wir werden daher auch seitens der Regierung ganz gezielt im Bereich des Bewusstseins, der Bewusstseinschaffung, damit Kinder eine Chance auf Zeit mit ihren Vätern bekommen und Väter auch verstärkt diese Chancen nützen, arbeiten müssen.

Dieses Thema bildet auch einen ganz wesentlichen Ansatz unseres Familienprogramms, denn es geht uns nicht darum, die Väter zur Kinderbetreuung zu zwingen. Wir wollen ihnen vielmehr die Chance geben, das Glück und die Freude mit ihren Kindern zu erleben, denn Väter sind – so muss man es auch einmal sehen – eindeutig benachteiligt, wenn man sie nur auf ihre Berufstätigkeit einschränkt.

Zu den optimalen Voraussetzungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört natürlich auch ein bedarfsgerechtes Angebot an qualitativen Kinderbetreuungseinrichtungen. Da arbeiten wir zurzeit gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden, und wir gehen da erstmals auch einen gemeinsamen Weg, der Verbesserungen bringen soll,

Staatssekretärin im Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Ursula Haubner

damit die Wünsche der Eltern und die Qualitätsanforderungen tatsächlich berücksichtigt werden.

Etwas, was auch außer Frage steht, ist, dass die demographische Entwicklung die Pflege älterer Menschen zu einem entscheidenden Zukunftsthema machen wird. In Österreich werden immerhin 80 Prozent der Pflegebedürftigen in den Familien umsorgt. Die älteren Menschen wollen zu Hause alt werden und deshalb unterstützt diese Bundesregierung das Netzwerk der Pflege in der Familie durch pflegegeldbegünstigte Weiterversicherung, Mitversicherung und auch durch einen Unterstützungsfonds für pflegende Angehörige. Ebenso bietet die **Familienhospizkarenz** die Möglichkeit, einige Zeit schwerkranke Angehörige oder schwerstkranke Kinder zu betreuen. Ich denke, dieses Angebot der Familienhospizkarenz ist die österreichische Antwort auf die europaweite Sterbehilfediskussion.

Meine Damen und Herren, zum Schluss kommend: Wenn wir den Bogen spannen vom Kind über die Jugend zur Erwerbsgeneration bis hin zu jener Generation, die längst ihren Beitrag für die Gesellschaft geleistet hat, dann landen wir unweigerlich bei der **Familie** als **Drehscheibe** der Generationen. Daher ist die Stärkung und Stützung der Familien mit einem Bündel von Maßnahmen ein wirksames Mittel, um den künftigen Herausforderungen des Bevölkerungswandels begegnen zu können. Es geht darum, auch in Österreich das intakte Solidargefüge zwischen Jung und Alt aufrecht zu erhalten und vor allem auch den kommenden Generationen die notwendige Sicherheit zu gewährleisten.

10.40

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Danke, Frau Staatssekretärin.

Ich bitte nun Frau Bundesministerin Maria Rauch-Kallat um ihr Statement.

10.40

Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Maria Rauch-Kallat: Frau Vorsitzende! Meine Herren Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine heutige Aufgabe ist es, hier im Rahmen einer familienpolitischen Enquete zum Thema „Familie – Generationen – Solidarität“ den frauen- und gesundheitspolitischen Aspekt darzulegen.

Für mich als ehemalige Familienministerin, die das Internationale Jahr der Familie 1994, das sich heuer zum zehnten Mal jährt, durchgeführt hat, und als amtierende Ministerin vor allem für Frauen, aber auch für Gesundheit, ergeben sich viele Anknüpfungspunkte zu diesem Thema, und ich möchte auf beide eingehen: sowohl auf die Rolle der Frauen und der Männer – nach dem Gender-Aspekt – als auch auf die gesundheitspolitischen Fragen.

Die Familienarbeit, die allen Appellen nach einer fairen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zum Trotz immer noch hauptsächlich von den Frauen geleistet wird, hat ihre Höhepunkte am Beginn und am Ende des Lebens, nämlich in der Kinderbetreuung und in der Altenpflege. Der Pastoraltheologe Paul Michael Zulehner hat deshalb bereits mehrmals zur **Solidarität mit den Töchtern** aufgerufen.

Familienarbeit bedeutet in einer alternden Gesellschaft nicht nur Arbeit für die eigene Familie, sondern auch für die Mitglieder beider Herkunftsfamilien. Insbesondere dort, wo Angehörige der Herkunftsfamilien kinderlos geblieben sind, bedeutet das sehr oft auch die Sorge für Tanten, Onkeln und andere Familienmitglieder.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn zum genderpolitischen Aspekt Stellung nehmen. Für uns ist es auch weltanschaulich ganz besonders wichtig, die Freiheit der persönlichen Lebensgestaltung unangetastet zu lassen. Allerdings selbst bei der Entscheidung, keine eigene Familie zu gründen, ist das persönliche Leben nicht oder nur in den sel-

Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Maria Rauch-Kallat

tensten Fällen abkoppelbar von der Herkunftsfamilie. Daher treffen sowohl frauen- als auch männerpolitische Aspekte immer auch mit familienpolitischen Aspekten aufeinander.

Die Familie ist verantwortlich einerseits für die Rollenbilder, in denen Männer und Frauen aufwachsen, andererseits aber auch für die Ausbildung, die Männer und Frauen genießen. Während wir in den letzten Jahrzehnten wesentliche Veränderungen im Bereich der Ausbildung zu verzeichnen hatten – Gott sei Dank ist der früher gängige Satz: Du wirst ohnehin heiraten, also brauchst du keine Ausbildung! auch bei den Mädchen in den ländlichen Regionen nicht mehr üblich – und in der Zwischenzeit vor allem einen Gleichstand der Frauen im Bildungsniveau erreicht haben – vor allem bei den jüngeren Frauen hat nicht nur die Zahl der Maturantinnen die Zahl der Maturanten überholt, sondern auch die Zahl der Absolventinnen eines Hochschulstudiums jene der Absolventen –, haben wir jedoch keine Gleichstellung erreicht, was die Auswahl der verschiedenen Studien und damit auch den Einstieg in die entsprechenden Berufsgruppen mit höheren Einkommen anlangt.

Die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, die Rollenbilder haben sich leider nicht in dem Maße verändert, wie dies wünschenswert gewesen wäre. Selbstverständlich können wir einige Verbesserungen verzeichnen, aber wir sind noch weit davon entfernt, dass es eine faire Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Familienarbeit gibt.

Daher plädieren wir sehr dafür – in meiner Arbeit als Frauenministerin sehe ich meine Aufgabe auch darin –, eine Anerkennung, und zwar eine gleichwertige Anerkennung von Familien- und Erwerbsarbeit für Männer und Frauen – für beide Bereiche – zu erreichen. Das bedeutet für die Frauen in der Erwerbsarbeit bessere Karriere-Chancen, ein gerechtes Einkommen, nämlich gleiches Einkommen für gleichwertige Arbeit, und natürlich auch die Voraussetzung in der Erwerbsarbeit für beide Elternteile, die Flexibilisierung der Arbeitszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Im Bereich der Familienarbeit geht es mir einerseits darum, dass der Staat dafür zu sorgen hat, dass eine Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Das bedeutet einerseits in der ersten Lebensphase die Möglichkeit der Karenz, andererseits in der weiteren Folge aber auch der Teilzeit sowie der entsprechenden Kinderbetreuungseinrichtungen zur Vereinbarkeit. Einiges ist ja schon geschehen.

Wir haben mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes, der geteilten Karenzzeit wichtige Maßnahmen getroffen. Wir haben die Anerkennung der Familienarbeit vor allem auch durch die Anrechnung auf die Pensionsansprüche in den vergangenen zwei, drei Jahren verbessert, und zwar mit einer pensionsbegründenden Anrechnung der Kindererziehungszeiten, aber auch mit der Reduktion des Durchrechnungszeitraumes für jedes Kind um drei Jahre für die Kinderbetreuung. Ich denke, dass das wichtige Schritte waren.

Wir stehen vor einem weiteren Schritt der Pensionsreform, und da wird es mir als Frauenministerin ein besonderes Anliegen sein, ein „Fair share“ zu erreichen. Bei der Einrichtung eines Pensionskontos soll mit dem „Fair share“ ein Modul geschaffen werden, das die gerechte Teilung der Pensionszeiten in der Zeit der Kinderbetreuung für jenen Elternteil gewährleistet, der seine Erwerbstätigkeit unterbricht oder reduziert. Das „Fair share“ soll unabhängig von einer Ehe, unabhängig von einer Lebenspartnerschaft sein und lediglich vom Unterhaltsanspruch der Kinder und von der Vaterschaft beziehungsweise Mutterschaft abhängen. Ich denke, dass das mehr als gerecht wäre.

Ein wesentliches Anliegen ist mir als Frauenministerin aber auch die Sensibilisierung zu einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung, nämlich die Erhöhung der Quote der Väterkarenz. Da werden wir sicher gemeinsam mit dem Sozialministerium, dem Generatio-

Bundesministerin für Gesundheit und Frauen Maria Rauch-Kallat

nenministerium, und dem Arbeitsministerium die Entwicklung entsprechend weiter vorantreiben. Mir geht es da nicht nur um die Bewusstseinsbildung in Gesellschaft und Arbeitswelt – es darf nicht sein, dass Männer diskriminiert oder ausgelacht werden, wenn sie sich dazu entschließen, Karenzzeit zu nehmen –, sondern es wird auch darum gehen, ganz gezielt Anreize zu setzen, vor allem aber auch die Einkommen der Frauen zu erhöhen, denn wir wissen, die Entscheidung für die Karenz oder für die Familienarbeit richtet sich meist nach dem jeweils höheren Einkommen. Der, der das niedrigere Einkommen hat, geht in Karenz.

Wenn man bedenkt, wie wichtig der Kontakt der Kinder zu den Vätern, aber auch wie wichtig für die Väter der Kontakt zu den Kindern und der Erwerb sozialer Kompetenzen in der Familie für ihre Qualifikation in der Arbeitswelt ist, kann man in diesem Bereich gar nicht genug tun.

Ich habe jetzt zwar schon meine 7 Minuten Redezeit verbraucht, würde aber gerne noch etwas zu den gesundheitspolitischen Aspekten sagen. Vielleicht einen Schlusssatz: Die Familie schafft die Grundlage für körperliche und seelische Gesundheit von Kindern und damit natürlich auch von Erwachsenen. Daher ist mir Gesundheitsförderung ein ganz besonderes Anliegen, in Bezug auf Ernährung, Bewegung, Verhalten, natürlich aber auch seelische Balance, Unfallverhütung und medizinische Vorsorge. Diesbezüglich setzen wir mit unseren entsprechenden Gesundheitsförderungsprogrammen bereits Akzente, beziehungsweise wir versuchen flächendeckend, die Familien in diesem Bemühen zu unterstützen. – Danke.

10.49

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Danke, Frau Bundesministerin.

Ich bitte nun Herrn Bundesminister Dr. Bartenstein um sein Statement.

10.49

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Als gewissermaßen Vierter im Bunde, als Arbeitsminister, aber auch ein bisschen als Familienminister außer Dienst freut es mich, zum Thema „Familie – Generationen – Solidarität“ Stellung nehmen zu dürfen. Ich glaube, es geht vor allem um Solidarität mit unseren Familien, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen, auch im Vergleich zu jenen, die – aus welchen Gründen immer – keine Kinder haben.

Es ist nahe liegend, dass ich mich als Arbeitsminister vor allem mit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftige – ein auch gesellschaftspolitisches Problem, für dessen Lösung nicht allein die Frauen und Familien zuständig sein dürfen, sondern auch die Wirtschaft nebst Vätern einzubinden ist. Es ist wahrlich nicht besonders beeindruckend, wenn gerade einmal 2 Prozent der Karenzen von Vätern in Anspruch genommen werden.

Es geht aber auch darum, Unternehmer und Unternehmungen davon zu überzeugen, dass familienfreundliche Maßnahmen kurz- und mittelfristig betriebswirtschaftliche Vorteile bringen. Ich erinnere an die bessere Mitarbeitermotivation, an geringere Mitarbeiterfluktuation, geringere Abwesenheitsquoten – alles wissenschaftlich nachgewiesen, aber noch zu wenig bekannt.

Lassen Sie mich hier auch anführen, dass wir heute zwar nach wie vor leicht steigende Arbeitslosenzahlen in Österreich haben, aber ziemlich genau wissen, dass wir auf Grund der demographischen Entwicklung spätestens ab dem Jahre 2010, wahrscheinlich schon etwas früher, einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften haben werden und es an unseren Betrieben liegen wird, motivierte und glänzend ausgebildete Frauen an

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein

sich zu binden, unter anderem mit dem Angebot der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Flexible Arbeitszeitgestaltung als etwas, was im Mittelpunkt steht, wurde unter anderem von Maria Rauch-Kallat schon angesprochen. Lassen Sie mich hinzufügen: Es ist ganz wichtig, dass sich all das nicht nur an Frauen und Mütter, sondern gerade auch an Männer und Väter richtet.

In den letzten Jahren ist es gelungen, das eine oder andere auf die Schiene zu bringen. So erinnere ich etwa daran, dass es gemeinsam mit Ridi Steibl und anderen bundesweit Wettbewerbe für mehr Familien- und Frauenfreundlichkeit gibt. Maria Rauch-Kallat hat daran zweifellos ihren Anteil. Es gibt Audits für Familie und Beruf, Zertifizierungen – Unternehmungen, Ministerien sind dabei, unter anderen auch meines. Und es gibt auch eine Reihe von gesetzlichen und arbeitsrechtlichen Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen.

Meiner Überzeugung nach ist die Schaffung des **Kinderbetreuungsgeldes** insbesondere auch eine Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Schaffung von Wahlfreiheit. Denken Sie an die enorme Erhöhung der Zuverdienstgrenze, denken Sie daran, dass es erstmals gelungen ist, die Karenzierung vom Bezug des Kinderbetreuungsgeldes weitgehend zu entkoppeln.

Wir haben darüber hinaus andere und weitergehende Möglichkeiten geschaffen, zwar kündigungsgeschützt zu bleiben, aber trotzdem während der Karenzierung entweder beim selben oder bei anderen Arbeitgebern bis zu 13 Wochen pro Jahr, das heißt bis zu einem Vierteljahr, sogar bis zur Vollzeit weiter tätig zu sein.

Da Ministerin Rauch-Kallat als Frauenministerin auf die Harmonisierungsdiskussion eingegangen ist: Es wird und muss uns gelingen, hier weitere Verbesserungen für Frauen und Mütter zu erreichen, unter anderem dadurch, dass bereits gesichert ist, dass es in Zukunft Ersatzzeiten nicht mehr geben wird, sondern dass alle derartigen Zeiten als Beitragszeiten gewertet werden. Offen sind noch Details der jeweiligen Bemessungsgrundlage.

Insgesamt muss die Harmonisierungsdiskussion natürlich eine solche sein, wo dann Familien, Frauen und Mütter am Schluss sagen: Es sieht für uns besser aus, es ist leichter, eine Familie zu gründen!

Die **Familienhospizkarenz** wurde als weiterer Mosaikstein von mehr Familienfreundlichkeit schon angesprochen, unter anderem von Frau Staatssekretärin Haubner. Es wird vor allem meine Aufgabe sein, bis Jahresmitte erstmals eine Evaluierung dieser Maßnahme vorzulegen, die – ich darf das wiederholen – in Europa nicht nur keinen Vergleich zu scheuen braucht, sondern bis jetzt auch keinen hat.

Lassen Sie mich zuletzt dem Parlament danken, dass nunmehr die von mir und der Bundesregierung dem Parlament zugeleitete Regierungsvorlage Mitte Mai zur Diskussion kommt, nämlich die der **Elternteilzeit**, des Anspruchs auf Teilzeit für Eltern. Ich meine, dass auch da ein weiterer großer Mosaikstein zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist, dass es für die Wirtschaft und auch für die Familien ein durchaus akzeptabler und guter Kompromiss ist, im Wesentlichen bis zum 7. Lebensjahr des Kindes als Elternteil von Teilzeit Gebrauch machen zu können.

Lassen Sie mich abschließend als für das AMS und die Arbeitsmarktverwaltung zuständiger Minister darauf hinweisen, dass das AMS viel und immer mehr tut für Wiedereinsteiger, Wiedereinsteigerinnen, dass das recht gut funktioniert. Uns ist bewusst, dass Karenzierung, dass die Möglichkeit zur Kinderbetreuung über längere Zeit gut und wichtig ist, aber mindestens ebenso wichtig ist, dass man dann auch die Möglich-

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein

keit hat, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und einzusteigen. Und da wollen wir helfen. – Danke.

10.55

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Danke, Herr Bundesminister, auch für die exakte Einhaltung der Redezeit, sie wurde sogar noch ein wenig unterboten.

Impulsreferate

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Wir kommen nun zu den Impulsreferaten.

Ich bitte als Ersten Herrn Universitätsprofessor Dr. Prisching, von der ÖVP nominiert, zum Rednerpult.

10.56

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching (Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Soziologie): Meine Damen und Herren! Es gab einmal eine klassische Familie, eine Kernfamilie, in der klassischen Beschreibung: Vater, Mutter, Kinder, ein bestimmter Normallebenslauf, eine geschlechtsbestimmte Arbeitsteilung, eine klare Rollenzuschreibung, lebenslange Dauer – zumindest von der Anlage her.

Diese klassische Familie befindet sich ein wenig in Erosion, jedenfalls kann sie nicht mehr als Normalform betrachtet werden, dergegenüber alle anderen Lebensformen als deviant aufgefasst werden. Und die Menschen finden sich damit sehr schwer zurecht.

Ich formuliere dazu in der gegebenen Zeit acht Thesen oder acht Stichworte.

Mein erstes Stichwort bezieht sich auf die **Leistungen der Familie** – man soll ja mit einer guten Botschaft beginnen.

Die Familie, in welcher Form auch immer, mag mittlerweile ein wenig derangiert sein, aber sie erbringt eine ganze Menge sehr verdienstvoller und wichtiger Leistungen, und das sind Leistungen als Ort der Vorherrschaft emotioneller und persönlicher Beziehungen, gleichsam als der effizienteste „Wellnessbetrieb“ für das einzelne Mitglied – das ist in dieser turbulenten Welt nicht unwichtig –, und als Ort der Ganzheitlichkeit des Menschen in seiner Gesamtpersönlichkeit, als Ort des Rückzugs, der Pause, der Entspannung, als Ort, an dem man das Marketing-Ich auch einmal abstreifen und die Ich-AG ein bisschen suspendieren kann.

Weiters: als Ort der Sozialisation der Nachkommenschaft, natürlich, der Vermittlung von Weltbildern, von Solidarität, von Identität, von Tugenden, wenn man dieses altväterische Wort verwenden darf, zumindest in Form einer gewissen Rest-Instanz der Einflussnahme.

Oder: als Ort der psychischen und gesundheitlichen Stabilisierung der Mitglieder. Es wurde angesprochen: Eine stabile Partnerschaft erhöht bekanntlich empirisch die Lebenserwartung und verbessert die Gesundheit.

Oder: als Ort der Zivilgesellschaft, wo auch andere kommunale Aktivitäten verknüpft sind, als Ort der Produktion von Sozialkapital, wie man das heutzutage nennt.

Und schließlich auch als Ort einer wirtschaftlich effektiven und effizienten Organisationsform des Lebens; auch das soll man nicht unterschätzen.

Das war die gute Botschaft. Wir sollten nicht allzu leichtsinnig mit dieser Institution umgehen, weniger gute Botschaften folgen ohnehin.

Zweites Stichwort: die **Erosion der Familie**. Seit den sechziger Jahren ändert sich das Bild der Familie grundlegend. Es ändern sich das Bewusstsein ihrer Mitglieder, die Ge-

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching

staltungsoptionen, die legitimen Erwartungshaltungen. Die Auflösung des traditionellen Modells ist Schritt für Schritt, aber doch in beachtlicher Geschwindigkeit vorgegangen. Das fängt an mit: Duldung von vorehelicher Sexualität, Entwicklung eines entsprechend freieren Ethos, Akzeptanz der Praxis des nichtehelichen Zusammenlebens, dann Duldung aller übrigen, vorher als „abweichend“ bezeichneten Verhaltensweisen, Scheidung, außerehelicher Sex, gleichgeschlechtliche Beziehungen, Leben in Kommunen bis hin zu Swinging und anderen Praktiken. Dazu parallel das Aufkommen legitimer kinderloser privater Lebensformen, nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern und so weiter.

Es wird, wie schon gesagt wurde, weniger geheiratet, öfter geschieden, es werden weniger Kinder in die Welt gesetzt, es gibt unterschiedliche Lebensmodelle. Es gibt ein neues Framing der Familie, ein neues Bild, in unseren Köpfen. Es handelt sich nicht mehr um die unbedingte Form einer Beziehung, die man eingehen kann oder nicht: Sie wird in gewissem Sinne gestaltbar.

Aber keiner weiß so recht, welche Gestaltungsmöglichkeiten zwischen den Partnern verhandelbar, welche Formen überhaupt für alle aushaltbar, lebbar sind. Das ist nicht ganz einfach. Wir sind in einer Ära des Probierens – alles fließt! –, wir haben es mit einer liquiden Familie oder einer Gruppe von Familienformen zu tun.

Drittes Stichwort: **divergierende Familienbilder**. Es gibt ganz polare Auffassungen zur Familie, die oft recht sonderbar sind. Eine radikal progressistische Auffassung hält die Familie für eine repressive und überflüssige Institution, eine Art unausweichlicher männlicher Unterdrückung. – Diese Idee geht an den Wünschen der Menschen und ihrer Lebenswirklichkeit vorbei und bedarf keiner ernsthaften Diskussion.

Ebensowenig muss die pointiert traditionalistische Auffassung intensiv diskutiert werden. Das klassische wahre und natürliche Familienmodell leistet den zeitgeistigen Entwicklungen hinhaltenden, wenn auch chancenlosen Widerstand. Zentral natürlich für den Wandel sind – und irgendwo spielt sich zwischen diesen Polaritäten die Wirklichkeit ab – die durchaus gerechte und gerechtfertigte Änderung des Frauenbildes und der Lebensplan der Frauen, denn man kann über die angemessene Rolle der Frauen denken, wie man will: Man kommt an dem Sachverhalt nicht vorbei, dass sie einfach nicht mehr willens sind, dem ganz klassischen, traditionellen Modell zu folgen – immer weniger jedenfalls. Man mag es für besser halten, dass sie sich völlig der Kindererziehung und der Betreuung von Männern widmen – sie tun es nicht! Frauen werden wie Männer danach trachten, im Beruf zu bleiben. Kurzzeitige Ausstiege sind natürlich möglich, allenfalls reduzierte Formen, Teilzeitjobs, die sehr oft den Wünschen entsprechen, nicht nur erzwungen sind. Natürlich gilt das zunehmend für beide Partner, auch das wurde einleitend schon erwähnt. Das wird hoffentlich auch für Männer im Laufe der Zeit attraktiver, auch wenn dabei vermutlich noch einige Zeit vergehen dürfte.

Aber mit der Berufstätigkeit beider Partner muss man grundsätzlich zurechtkommen, und jede andere Diskussion ist müßig.

Viertes Stichwort: **drei zeitgeistige Trends**. Was steckt denn außer der Emanzipation der Frauen noch hinter den Veränderungen? Der Wandel der Familie geht natürlich mit gesamtgesellschaftlichen Veränderungen einher; die Familie ist keine Insel.

Ich simplifiziere und vergrößere jetzt schamlos drei Trends, die die Familie zur Lifestyle-Variante machen. Der **erste Trend** ist ein irgendwo, sagen wir, „**bohemiafter Progressismus**“. Für eine ganz progressistische Lebenshaltung sind moralische Verbindlichkeiten überhaupt freiheitsbehindernd, Moral ist eine persönliche Angelegenheit. In Bezug auf die Familie hat dies verschiedentlich zu einer systematischen Abwertung traditioneller Verpflichtungen geführt. Alternativformen scheinen gleichsam der Inbegriff von Freiheit, Unkonventionalität und Kreativität zu sein, während eine normale stabile

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching

Zweierbeziehung fast negative Konnotationen bekommt. Deren Akteure sind so irgendwie konventionell blind, feig, trauen sich nicht, ja sind vermutlich persönlich nicht so attraktiv. Eine zeitgeistige Haltung, die so eine Seitenblicke-Gesellschaft verallgemeinert: Nur schön locker bleiben! Manchmal hat man das Gefühl, man muss sich beinahe entschuldigen, wenn man schon 20 Jahre mit der derselben Frau unterwegs ist. (*Heiterkeit.*)

Aber „anything goes“ ist die primitivste Variante von Selbstbestimmung.

Ein **zweiter Trend**: die **luxuriöse Multi-Optionsgesellschaft**. Da sind auch die üblichen sozialwissenschaftlichen Stichworte zu nennen: Individualisierung, Pluralisierung, Eigenständigkeit, Selbstverwirklichung, Permissivität, Verlust vorgegebener Haltepunkte, Gestaltung des Lebens allein durch Reflexion, Bastelbiographien, Optionenstress; die Lebensmöglichkeiten und Lebensoptionen scheinen ganz unbegrenzt zu sein. Der Konsumismus hat gesiegt, auch in der Familie, und überall sind wir mit euphorischen Propagandawelten konfrontiert, mit immer besseren Optionen, und wenn es schon immer bessere Handys gibt, dann gibt es vielleicht auch immer bessere Partner. Ehe ist keine Lebensentscheidung mehr, sondern eine Art von Bemühungszusage für die nächsten paar Jahre, während derer man die Augen offen hält, was bessere Optionen betrifft.

Familie gibt es in dem Sinne, nur die Besetzungen wechseln hie und da. Die Sozialwissenschaftler nennen das dann „sequentielle Monogamie“. Schon immer ein Partner, aber eben in einer gewissen Sequenz.

Und ein **dritter Trend**, ebenfalls vergrößernd natürlich: unser **wirtschaftsdynamischer Liberalismus**. Wirtschaft und Gesellschaft verlangen in turbulenten Zeiten wegen der 24-Stunden-Anforderungen an Flexibilität und Mobilität des Einzelnen eigentlich genau genommen das allein stehende Individuum, das nicht partnerschaftsbehinderte Individuum, das nicht familienimmobilisierte Individuum. Flexibilität ist Chiffre der Zeit. Das läuft oft darauf hinaus: Gehe keine Bindungen ein, bring keine Opfer, leg dich nicht fest! Was die Progressiven „Selbstentfaltung“ nennen, ist bei den Wirtschaftsliberalen die von oben gewünschte Flexibilität, die jederzeitige Verfügbarkeit. Das ergänzt sich bestens, es läuft auf dasselbe hinaus: die Erziehung zum persönlichen Bindungsverzicht, zum kollektiven Solidaritätsverzicht; man steht sich anders besser. Und solchen Trends gilt es auch ein wenig gegenzuarbeiten.

Fünftes Stichwort: die **Sehnsucht nach Familie**. Es gibt empirisch gute Befunde dafür, was die Menschen anstreben: Sie wollen einen verlässlichen Partner, Kinder, Treue, Liebe, sie streben eigentlich ein sehr konventionelles Familienmodell an – entgegen anderslautenden Bekundungen. Aber natürlich wollen die beiden Partner auch einen guten Job, Selbstentfaltung und ein wenig Spaß. Das alles zusammen schaffen sie nicht. Deswegen scheuen sie ein wenig zurück – auch vor der Eheschließung. Die Einzigen, die in absehbarer Zeit heiraten wollen, sind die gleichgeschlechtlichen Paare.

Das betrifft natürlich auch andere Phänomene, wie Scheidungen, Geburtenraten, Scheidungsraten. Die Menschen gehen **nicht** leichtsinnig auseinander; sie leiden darunter. Man werfe nur einen Blick auf die Mordtaten im Umfeld von Scheidungen. Aber Scheidungen haben nun einmal einen eigendynamischen Beschleunigungseffekt, es gibt eine Scheidungsspirale, Scheidungen erzeugen neue Scheidungen, lassen diese auch wieder attraktiver erscheinen, Scheidung ist vererblich, Scheidung ist normal. – Aber die Menschen wollen es nicht.

Das Gleiche bei der Geburtenrate; Kinderlosigkeit, Kinderarmut. Die meisten wollen Kinder, die meisten wollen zwei Kinder. Die Kluft zur 1,3 Reproduktionsrate ist erklärungsbedürftig. Es ist nicht eine bewusste Wertentscheidung von Paaren oder Frauen vor allem, im Allgemeinen auch nicht unbedingt ein materielles Problem, auch wenn

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching

man gewisse Engpässe natürlich beseitigen muss: Es handelt sich eher um eine Tyrannei kleiner Entscheidungen – auch in den Lebensläufen, auch in den Karrieren. Jetzt, mit 26, geht es gerade nicht, noch ein paar Jahre im Beruf, mit 33 wäre es für die Frauen richtig, dann ist gerade der Partner abhanden bekommen, mit 36 ginge es, es muss aber schnell gehen, sonst ist es irgendwie vorbei. Wenn es da nicht geht, konzentriert man sich halt auf die Karriere und lässt die Sache bedauernd sein.

Es sind kleine Entscheidungen, es sind Entscheidungen, die nicht so von vornherein auf Familienverzicht und auf weniger Kinder hinauslaufen.

Das Problem wird nämlich oft missverstanden: Die zögerlichen Heiraten, die geringen Kinderzahlen, die steigenden Scheidungsraten sind **nicht** darauf zurückzuführen, dass die Menschen von der Ehe, von Partnerbeziehung oder vom Kinderkriegen nichts mehr halten oder zu leichtsinnig damit umgehen. Sie wünschen sich zum überwiegenden Teil nichts sehnlicher, aber sie schaffen es nicht. Da muss man ihnen ein wenig helfen. Die alternativen Formen Singles, Alleinerzieher und so weiter sind im Allgemeinen nicht die großartigen, befreienden Wege, sondern Zwangslösungen, Zwischenperioden, Second- oder Third-best-Lösungen. Es tut sich eine Kluft auf zwischen den Wünschen und Sehnsüchten einerseits und der Wirklichkeit andererseits. Partnerbeziehungen werden randvoll mit Enttäuschungen.

Sechster Punkt: Erziehungsverweigerung. Eltern leben vielfach mit dem schlechten Gewissen unter den gegebenen Umständen, dass Kinder versorgt, aber nicht moralisch erzogen werden. Alle sind anderweitig beschäftigt. Auch hier natürlich zunächst eine gute Botschaft: Die Erziehung ist weithin viel kompetenter, viel bemühter, viel kindgerechter, viel partnerschaftlicher geworden im Vergleich mit und im Kontrast zu früheren autoritären Horrorszenerarien.

Dennoch kann man oft beinahe von einem Erziehungsverzicht sprechen. Das hat mit manchen pädagogischen Verirrungen zu tun, wenn gemeint wird, dass Erziehung überhaupt nur Repression sei, mit der Abwertung von Sekundär-Tugenden, mit dem Abschieben von Aufgaben auf die Schule, aber noch mehr auch mit der Trennung der Lebenswelten von Eltern und Kindern. Die Interaktionszeiten verringern sich ganz einfach, weil die Beschäftigung anderweitig ist: entweder im Beruf oder vorm Fernseher oder sonst wo. Kinder sollen oft ein wenig pflegeleicht sein, aber Kinder sind prinzipiell nicht pflegeleicht, das weiß jeder, der damit zu tun hat.

Der Haushalt als Betrieb löst sich auf, dort ist tagsüber normalerweise auch niemand mehr. Kinder wachsen eher als Dienstleistungskonsumenten auf: mit Animatoren und medialen Attraktionen, also ohnehin in einer öffentlichen und vermarktlichten Sphäre. Das wird sich verstärken. Auch was Kinderbetreuungseinrichtungen als aktuelles Thema betrifft – die werden kommen, im Interesse vor allem der Unabhängigkeit der Eltern. Wie immer man darüber denkt: Der Trend geht dorthin.

Siebenter Punkt – vorletzter Punkt schon –: die **rechtliche Auflösung der Familien**. Es gibt Bestrebungen, den Familienbegriff ausfransen zu lassen; jedes Zusammenleben ist Familie. Das kann relativ obskur werden. In Finnland gab es vor Jahren Vorschläge, auch eine Person mit Katze oder Hund als „Familie“ zu bezeichnen, weil man ja niemanden diskriminieren möchte. Man kann sicher alles Familie nennen, dann gibt es keine Krise der Familie. Das mag bequem sein, löst aber nicht das Problem.

Kohabitation mit Rechtsansprüchen zu verbinden, wird in guter Absicht gefordert. Das kann aber gerade auch für Frauen eine Falle sein, wenn aus der Unverbindlichkeit Verbindlichkeit wird, in ein Verhältnis hinein, dem man gerade durch Ehevermeidung auszuweichen wünschte.

Referent Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching

Da lassen sich alle möglichen Erweiterungen denken. Tendenziell geht es rechtlich in diese Richtung hin zu einer Art von „Sekundär-Ehe“, „Ehe linker Hand“ mit vermindertem Rechtsstatus – das hat es in der Geschichte ja bereits gegeben; interessante Entwicklung.

Achter – und letzter – **Punkt:** Was die *anwachsende Gruppe der Älteren* betrifft, so sind die erwartbaren Rahmenbedingungen mittlerweile gut belegt – das haben wir ja alles durchdekliniert im Zuge der Pensionsreform –: steigende Lebenserwartung, eine gewisse Veralterung der Gesellschaft, die Herausbildung der neuen Gruppe der jungen Alten; mit 60 Jahren war man irgendwann ein ehrwürdiger Greis, inzwischen gehen diese joggen und lernen surfen –, das erst langsam entstehende Problem der Gesundheitskosten – das kommt erst auf uns zu – und der Pflegeanforderungen, für das noch keine Lösungen in Sicht sind.

Die Älteren sind generell wohldotiert, leisten auch wesentliche materielle Beiträge für die Nachkommenschaft – das hebt auch ihre Reputation gewissermaßen. Es herrscht, wie schon gesagt wurde, Intimität auf Abstand; durchaus gute Beziehungen. Die Älteren stehen aber zunehmend als familiäre Alltagshilfe für Kinder und Enkel nicht zur Verfügung und werden auch selbst weniger von der nächsten Generation versorgt werden.

Das Pensionsproblem ist in Wahrheit eine Kleinigkeit, gut berechenbar, verglichen mit dem Gesundheitsproblem – Gesundheitskosten, Pflegekosten –, das noch auf uns zukommt. Das alles ist sozusagen im Entstehen.

Auch der Jugendlichkeitswahn unserer Gesellschaft, in dem sich eine infantilisierte Gesellschaft findet – bis hin zum Kuriosum der Schönheitsoperationen für alle Altersklassen –, wird nicht vermeiden können, dass die letzte Lebensphase eben prekär wird und dass für uns alle irgendwann die Stunde des Todes kommt. Über die entsprechenden Karenzmöglichkeiten und so weiter wurde auch schon geredet. So sind die Menschen nun eben einmal.

Schlussbemerkung: das *Dilemma der Familienpolitik*. Ich rede nicht über Familienpolitik – Kollege Guger wird dann so quasi über die ökonomischen Probleme berichten –, aber Familienpolitik hat es natürlich schwer, und zwar aus verschiedenen Gründen:

Erstens: Generelle Regeln sind schwer aufzustellen, wenn die Lebenslagen ganz unterschiedlich sind. In einer pluralistischen Gesellschaft mit zahlreichen unterschiedlichen Lebensmodellen erhebt jeder den Anspruch, ganz besonders bedürftig und förderungswürdig zu sein. Also wird man alle dann ganz besonders fördern.

Zweitens: Jede Förderung – und die österreichische Familienförderung wird international ja ganz gut gelobt – beseitigt nicht nur Knappheiten, sondern setzt auch Anreize, macht nicht nur erwünschte Lebenslagen attraktiver, sondern auch bestimmte nicht angestrebte Lebensarrangements – ein generelles Problem jeder Sozialpolitik.

Drittens: Familienpolitik ist natürlich nicht nur Familienpolitik – es wurde angedeutet –, denn im Grunde haben alle Politikfelder auch mit Familienpolitik zu tun: Arbeitspolitik, Bildungspolitik, Wohnungspolitik und so weiter. Deswegen hilft auch nur eine Vielfalt von einzelnen Maßnahmen. – All das kann ich hier nicht ausführen.

Und letztens, viertens: Die Familienpolitik ist in einer liberalen Gesellschaft nur sehr beschränkt dafür zuständig, bestimmte Lebensmodelle herbeizuführen. Eine gewisse Behutsamkeit ist also geboten im Umgang mit einem Repertoire von Förderungsmaßnahmen. Behutsamkeit, denn das Neu-Arrangement der Geschlechter ist schwierig, aber das müssen die Menschen im Grunde schon selbst erfinden. – Ich bedanke mich.

11.14

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Danke, Herr Professor Prisching, für diese pointierte Sachverhaltsdarstellung.

Ich darf überleiten zu Herrn Mag. Alois Guger, nominiert von der SPÖ. – Bitte.

11.15

Referent Mag. Alois Guger (Wirtschaftsforschungsinstitut): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte an das Thema aus ökonomischer Perspektive herangehen und mich vor allem mit dem Problem, mit der Herausforderung der demographischen Alterung und mit dem Wandel in den Familien, mit dem Wandel der gesellschaftlichen Entwürfe – insbesondere des Frauen- und Familienbildes – und den Folgen für die Gesellschaft beziehungsweise den ökonomischen Prozess befassen.

Zunächst möchte ich auf das Problem der Alterung der Bevölkerung eingehen: Die demographische Entwicklung ist nicht so sehr ein Problem – noch längere Zeit kein Problem! – des Schrumpfens der Bevölkerung, sondern es ist ein Problem der **Alterung der Bevölkerung**, das heißt der unterschiedlichen Zusammensetzung. Wir werden in den nächsten 50 Jahren etwa 1 Million mehr Menschen im Pensionsalter haben, wir werden aber 730 000 Menschen im erwerbsfähigen Alter haben. Das heißt, es stellt sich damit in allen Industrieländern die Frage, wie weniger aktive Menschen mehr abhängige Menschen erhalten können – und das ist die eigentliche Herausforderung durch die Demographie.

Aber ich glaube, wir müssen uns vor Augen halten, dass dies nicht so sehr, wie es immer wieder dargestellt wird, ein Finanzierungsproblem ist. In der ganzen Pensionsdebatte wird ständig nur von Finanzierungsproblemen gesprochen: Soll man das System umlagefinanzieren, oder soll man es kapitalgedeckt finanzieren, also anlagefinanzieren? – Das macht für die demographische Herausforderung überhaupt keinen Unterschied! Das Entscheidende ist, dass die Pensionsthematik eine **Produktionsproblematik** ist, das heißt, es werden weniger Menschen für mehr Menschen produzieren müssen.

Wenn immer davon gesprochen wird, dass das System dadurch unfinanzierbar wird, dann muss ich sagen: Wenn es danach ginge, wären wir schon alle verhungert! – Um die Jahrhundertwende hat **ein** Bauer **drei** Konsumenten ernährt, heute ernährt er 90 Konsumenten! Ich komme von einem Bauernhof und habe auch Landwirtschaft gelernt. Ich kann Ihnen sagen, mein Bruder braucht sich weniger „hinunterzurackern“, um seine 90 Konsumenten mit Gütern zu versorgen, als das die Bauern um die Jahrhundertwende mussten. – Also das Entscheidende ist der Produktivitätsfortschritt! Es ist keine Frage, dass diese Alterungsproblematik nicht so sehr ein ökonomisches Problem ist, sondern eine Frage des politischen Willens.

Es entsteht aber trotzdem ein entscheidendes ökonomisches Problem: Wir sind nämlich mit einem **schrumpfenden Arbeitsangebot** konfrontiert. Nun können wir dem schrumpfenden Arbeitsangebot mit mehr Produktivität begegnen, aber wir haben ein Problem: Unser Wirtschaftssystem, das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem, braucht **Wachstum**. Daher ist es sehr wichtig, dass das Arbeitsangebot in Zukunft möglichst hoch gehalten wird. Das heißt, es geht darum: Wie kann die Erwerbsbeteiligung erhöht werden, damit auch die entsprechende Produktion zu schaffen ist – nicht nur durch höhere Produktivität, sondern auch durch mehr Erwerbspersonen?

Ich finde es daher richtig, dass die **Europäische Union** von einer **Aktivierungsstrategie** ausgeht. Es gibt ja Dokumente im Sozialbericht der Europäischen Union, in denen extra darauf hingewiesen wird, dass an die Pensionsproblematik in erster Linie durch eine Aktivierungsstrategie heranzugehen ist, dass es nicht nur darum geht, sozusagen die Systeme völlig zu verändern, oder darum, ob jetzt umlage- oder kapitalfinanziert wird, sondern es geht darum, dass mehr Menschen in den Erwerbsprozess

Referent Mag. Alois Guger

kommen, weil eben sehr viele Menschen gerade in Mitteleuropa **außerhalb** des Erwerbsprozesses stehen, obwohl sie noch im aktiven Alter sind.

Wir haben einerseits das Problem, dass die **Jugenderwerbsbeteiligung** bei uns relativ gering ist – gerade in Deutschland und in Österreich, wo wir sehr lange Ausbildungszeiten haben –, wir haben das Problem, dass die **Frauenerwerbsbeteiligung** relativ niedrig ist, und wir haben drittens das Problem, dass wir **zu früh in Pension** gehen. Das heißt, wir brauchen auch Arbeitsplätze für die Älteren, und das ist auch eine Herausforderung an die Beschäftigungspolitik.

Da bin ich jedoch nicht so optimistisch, wie Herr Minister Bartenstein vorher war, dass wir schon ab 2010 keine Probleme mehr haben werden. Da wird er sich noch sehr anstrengen müssen, aber ungefähr um fünf Jahre versetzt würde ich ihm schon zustimmen. Wir haben das Problem, dass wir zu wenig Arbeitsangebote in Zukunft haben werden, und daher ist es wichtig, die entsprechenden Strategien zu fahren.

Wir brauchen also eine Aktivierungsstrategie, die die Erwerbsbeteiligung erhöht und Möglichkeiten bietet, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Aber wir brauchen auch – hier gibt es einen Zusammenhang mit der Familienpolitik und mit der Bildungspolitik – ein entsprechendes Erziehungssystem, das sicherstellt, dass die jungen Menschen entsprechend ausgebildet werden, damit sie später produktive Teilnehmer in der Gesellschaft sind und einen Arbeitsplatz finden. Auf Grund der Globalisierung ist es in unseren Gesellschaften mit hohem Lohnniveau, aber auch hohem Produktivitätsniveau wichtig, dass die jungen Menschen entsprechend ausgebildet sind.

Ich möchte nun den Zusammenhang herstellen zwischen dieser **demographischen Herausforderung** auf der einen Seite und dem **Wandel in den Lebensentwürfen** auf der anderen Seite, gerade was den Wandel des Frauenbildes betrifft. Immer wieder wird als eine Ursache für den Rückgang der Fertilitätsraten der Wandel im Frauenbild gesehen: die höhere Ausbildung und das Streben nach einer Erwerbskarriere und einer unabhängigen Persönlichkeit.

Ich möchte dazu sagen, das ist gerade die Chance, die wir jetzt haben. Dadurch, dass wir in Zukunft mit dem Arbeitsangebot Probleme haben werden, nämlich zu wenig Leute bekommen werden, müssen wir diesen Aspekt des Wandels des Frauenbildes nicht nur als einen Aspekt sehen, der die Fertilitätsrate drückt, sondern wir müssen ihn auch sehen als Möglichkeit, die **Erwerbsbeteiligung** zu erhöhen und daher mehr Menschen in den Erwerbsprozess zu bekommen. Es ist das eigentlich eine Chance für die Bewältigung des demographischen Prozesses.

Daher ist ein ganz entscheidender Schritt, wie das auch die EU hervorhebt, dass die Familienpolitik sich daran orientiert, dass die Möglichkeit der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** verbessert wird, dass das wirklich zum Hauptthema gemacht wird.

Wenn die Politik das gesellschaftliche Gleichgewicht fördern möchte, dann ist es notwendig, dass die gesellschaftlichen Institutionen so angepasst werden, dass einerseits die Menschen ihren Lebensentwürfen entsprechend leben können, dass aber auch diese Institutionen funktional sind im gesellschaftlichen Zusammenhang, nämlich das Gleichgewicht in der Gesellschaft fördern.

Daher, muss ich sagen, ist es auch ganz sinnvoll, dass die OECD in ihrem Bericht über die Familienpolitik in Österreich darauf hinweist, wie wichtig es ist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein entsprechend **flexibles Betreuungsangebot** verbessert wird, dass es ein leistbares ganztägiges Betreuungsangebot gibt, dass der Anspruch auf **Teilzeit** gegeben ist. Es wird auch vorgeschlagen, sich gerade im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsgeld eine Veränderung bei der Zuverdienstgrenze zu überlegen. Weiters wird vorgeschlagen, die Möglichkeit zu bieten, die bestimmte

Referent Mag. Alois Guger

Menge an Kinderbetreuungsgeld, die vorgesehen ist, in einem kürzeren Zeitraum zu konsumieren, wenn man früher wieder in den Erwerbsprozess eintritt.

Wie wir nämlich auch im Rahmen einer Untersuchung am Wifo gesehen haben, gibt es durchaus Probleme hinsichtlich der **Integration in den Erwerbsprozess**. Es ist so, dass das Kinderbetreuungsgeld wohl Anreize hat, eine höhere Erwerbsbeteiligung anzustreben, andererseits ist aber auch der Anreiz sehr groß, länger aus dem Erwerbsleben draußen zu bleiben. Wir sehen eines: Wenn die Periode des Transfergeldbezuges zu Ende ist, ist die Erwerbsbeteiligung höher, aber nicht die Beschäftigung. Der Erwerbswille ist nachher höher, aber es ist auch die Arbeitslosigkeit höher.

Daher ist es sehr wichtig – es ist auch, glaube ich, geplant, das Kinderbetreuungsgeld zu evaluieren –, dass man diese Gesichtspunkte mit hereinbringt. Was auch als wichtig betont wird, ist, dass der Kündigungsschutz mit der Dauer des Bezugs in Übereinstimmung gebracht wird.

Ich glaube, auf einen kurzen Nenner gebracht geht es darum: Wenn wir von der Politik her den Prozess unterstützen wollen, dann ist es wichtig, dass unser sehr leistungsfähiger Wohlfahrts- und Sozialstaat von einem sehr ausgebauten Transferstaat zu einem **Dienstleistungsstaat** in höherem Maße umgebaut oder ausgebaut wird. Wir haben in unserem Sozialstaat ein geringes Angebot an Dienstleistungen, aber im internationalen Vergleich ein sehr großes Angebot an Transfers. Das gilt nicht nur für die Kinderbetreuung. Ich glaube, das ist wirklich eine Anregung, die wir von den internationalen Organisationen aufnehmen können.

Es zeigt sich nämlich, dass gerade in jenen Ländern, in denen die **Erwerbsbeteiligung** höher ist, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist, die Fertilitätsrate höher ist. Es gibt zum Beispiel in Dänemark und in den Niederlanden in den letzten 20 Jahren **keinen** Rückgang der Fertilitätsrate zu verzeichnen. Vielmehr gibt es in Dänemark, Schweden und Frankreich wieder einen Anstieg der Fertilitätsraten – lauter Länder, in denen die Kinderbetreuungsmöglichkeiten entsprechend ausgebaut sind.

Zum Schluss möchte ich kurz auf den **Generationenvertrag** eingehen. Der Generationenvertrag ist ja eigentlich ein Drei-Generationenvertrag: Die aktive Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 60 muss die Kinder erhalten, muss die Alten erhalten. Der Gesellschaftsvertrag ist kein rechtliches Konstrukt, kein rechtlicher Anspruch, sondern das ist ein **Vertrauensverhältnis**. Daher bedauere ich sehr, dass in der Pensionsdebatte dieses Vertrauensverhältnis eigentlich sehr stark gestört wird. Es wird immer wieder mit der Keule „Unfinanzierbarkeit“ herumgeschlagen, obwohl es dafür ökonomisch **keinen** Hintergrund gibt. Es wäre wichtig, dass gesehen wird, welche Bedeutung der Sozialstaat für die gesellschaftliche Solidarität, für die Solidarität zwischen den Generationen hat.

Wir müssen sehen, welche große Errungenschaft in allen westlichen Demokratien und Industriestaaten die Pensionssysteme sind. Noch vor 20, 30 Jahren war Alter eigentlich ein Synonym für Armut, und zwar für einen Großteil der Bevölkerung. Heute ist Alter **kein** Synonym für Armut, sondern bietet noch einen relativ langen Lebensabschnitt, den man ohne Armutsrisiko und ohne Erwerbsverpflichtung verbringen kann.

Es ist, glaube ich, entscheidend, dass wir dieses System insofern sichern, als diese erste solidarische Säule diese Rolle weiter behält. Ich fürchte nämlich, wenn es zu einem zu starken Umbau kommt, nämlich weg von der ersten Säule zu den anderen Säulen, zu einer Aushöhlung der ersten Säule, indem der Staat Finanzmittel zur Förderung der anderen Säulen braucht, dass das dann nicht mehr für alle zur Verfügung steht. Früher haben es sich auch viele leisten können, die einen vermögenden Hintergrund hatten, früh in Pension zu gehen beziehungsweise den Lebensabend zu genie-

Referent Mag. Alois Guger

Ben, aber wenn das demokratisch für alle zur Verfügung stehen soll, dann müssen wir mit den Mitteln haushalten.

Ein Aushöhlen der ersten Säule und eine massive öffentliche Förderung der anderen Säulen bedeuten eine starke Umverteilung zu denen, die es ohnehin im Leben geschafft haben. Eine Betriebspension bekommt jemand, der gut ausgebildet ist, und wer gut verdient, leistet sich ohnehin eine dritte Säule – in unseren Breiten wird ja sehr viel gespart.

Das Problem ist: In Irland zum Beispiel wird bereits gleich viel für die Förderung der zweiten und dritten Säule aufgebracht, wie die ganze erste Säule kostet, und in Australien wird halb so viel dafür aufgebracht.

Wenn wir ständig davon reden, dass die Finanzierung der ersten Säule ein Problem bereitet, dann müssen wir überlegen, wo wir die Mittel einsetzen, um die Altersversorgung möglichst breit zur Verfügung zu haben. – Ich danke.

11.29

Vorsitzende Abgeordnete Ridi Steibl: Danke, Herr Mag. Guger.

Bevor ich nun zu Herrn Dr. Martin Werding überleite, übergebe ich den Vorsitz an meine Kollegin Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl. Die Familiensprecherinnen aller Parteien wechseln hier eineinhalbstündlich einander ab. Das heißt, den nächsten Referenten darf eigentlich nicht mehr ich ankündigen, sondern meine Kollegin, und ich bitte darum.

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Sie auch sehr herzlich bei dieser Enquete begrüßen und den nächsten Referenten ans Rednerpult bitten. Das ist, wie meine Kollegin schon angekündigt hat, Herr Dr. Martin Werding. – Bitte.

11.31

Referent Dr. Martin Werding (Institut für Wirtschaftsforschung, Bereich Sozialpolitik und Arbeitsmärkte; München): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will es nicht verabsäumen, mich zuallererst für die Gelegenheit zu bedanken, hier zu Ihnen allen zu sprechen. Es ist zweifelsohne immer eine Ehre, in einem parlamentarischen Gremium das Wort ergreifen zu dürfen. Das gilt umso mehr, wenn diese Gelegenheit mir als einem Ausländer gegeben wird.

Familienpolitik ist eine **Querschnittsaufgabe**, das ist heute schon mehrfach gesagt worden, und die Tatsache, dass nicht weniger als drei Bundesminister zur Eröffnung dieser Enquete anwesend sind, dokumentiert das ganz eindringlich. Familienpolitik kann daher auch nicht so betrieben werden, dass sie aus dem Blickwinkel eines einzelnen Ressorts gemacht wird, das verantwortlich ist für einige spezielle Leistungen und bei unveränderter Politik in allen anderen Bereichen Kinderbetreuungsgeld, Familienbeihilfe und Ähnliches gewährt. Vielmehr ist es eine Querschnittsaufgabe, und das ist ganz besonders wichtig vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der die ganze Diskussion über Familienpolitik in ihrer vollen Breite in vielen Ländern zur Zeit motiviert.

Demographischer Wandel – das ist auch schon gesagt worden – bedeutet möglicherweise Schwankungen der Bevölkerungszahl. In manchen Ländern wird mit einem

Referent Dr. Martin Werding

Sinken gerechnet, in anderen wird das weitere Wachstum gebremst. Das sind Fragen, die aus ökonomischer Sicht ziemlich uninteressant sind. Was interessant ist am demographischen Wandel, sind die sehr nachhaltigen Verschiebungen im Altersaufbau einer Bevölkerung, die er mit sich bringt, und zwar unstrittig überall, wo der demographische Wandel den gängigen Mustern folgt: mit gesunkener Geburtenzahl und steigender Lebenserwartung.

Dies zur Kenntnis zu nehmen, ist überhaupt keine Frage irgendwelcher ideologischer Standpunkte, Bevölkerungsideologien, sondern dieser Umstand stellt im Grunde nicht nur an Ökonomen, sondern auch an andere Disziplinen die Anforderung, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen, die Auswirkungen, die diese Verschiebung im Altersaufbau auf sozialpolitische Maßnahmen und die Rahmenbedingungen dafür, auf die Arbeitsmärkte und damit auch auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft im Ganzen hat. Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, genau das sind die Ressorts, die hier vertreten sind. Sie fassen also die Dinge tatsächlich in dieser Breite ins Auge.

Wenn man also vor dem Hintergrund des demographischen Wandels über Familienpolitik in voller Breite nachdenkt, dann heißt das, das Gesamtgefüge aller Instrumente neu zu denken, die zu einem Leistungstransfer, zu einem Leistungsaustausch zwischen Angehörigen verschiedener Generationen führen; konkret die **Alterssicherung** – sie steht von Anfang an im Mittelpunkt des Interesses. Ganz ähnliche Fragen stellen sich hinsichtlich der Sicherung im Krankheitsfall, bei Pflegebedürftigkeit. Gleichzeitig gibt es auch intergenerationellen Leistungsaustausch, finanzielle Ströme in anderer Richtung: Unterstützung bei Erziehungsleistungen, Bildungspolitik.

Dieses Paket muss im Grunde insgesamt angeschaut werden. Vor dem Hintergrund der Verschiebung im Altersaufbau kann vieles, was dort nach Regeln ablief, die zu einer Zeit etabliert wurden, als der demographische Wandel vielleicht noch nicht so sichtbar war, zu Umverteilungen zwischen Generationen führen. Wiederum werden diese Umverteilungen erst im Zuge des demographischen Wandels sichtbar. Nichtsdestotrotz ist spätestens dann der Augenblick gekommen, darüber ernsthaft nachzudenken. Wenn dieses Gesamtgefüge aller Politikbereiche, über die ich gesprochen habe, nicht stimmt, dann bewirkt die engere Auswahl familienpolitischer Instrumente, die es gibt, tatsächlich nur marginale Korrekturen.

Wegen seines quantitativen Gewichts hat das **System der Alterssicherung** in diesem Zusammenhang sicherlich besondere Bedeutung, gleichzeitig aber auch den Vorteil, dass die Zusammenhänge in diesem Bereich berechenbarer, klarer vorhersehbar sind als beispielsweise in der Gesundheitspolitik. Quantitatives Gewicht: Es geht hier um rund 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Österreich – Trend steigend im Zuge des demographischen Wandels, wenn an der bisherigen Pensionspolitik festgehalten wird.

Gleichzeitig – das gilt für Ihr Land wie auch für meines – gibt es trotz gewisser Schritte zur Berücksichtigung von Erziehungsleistung im Pensionsrecht erkennbare, vom Rentensystem ausgehende **Verzerrungen** in den **Leistungsbeziehungen** zwischen Generationen. Da ist eine besondere Quelle der Umverteilung zwischen Generationen, die wegen der Heterogenität von Haushalten hinsichtlich ihrer gewünschten und realisierten Kinderzahl zur Umverteilung zwischen Familien und Kinderlosen beziehungsweise zwischen kinderreichen und kinderarmen Haushalten führt. Ich will mich in meinem Statement vor allem auf diese Zusammenhänge konzentrieren.

In der Wissenschaft, gerade unter Ökonomen, herrschte, und zwar dominiert von angelsächsischen Fachkollegen, in den vergangenen Jahren immer enormes Misstrauen gegenüber umlagefinanzierten Pensionssystemen, zu denen auch das Ihre gehört. Das hat sich erst in den letzten Jahren wieder ein bisschen gebessert, indem auch der Blick

Referent Dr. Martin Werding

auf Unsicherheiten und Finanzierungsprobleme kapitalgedeckter Vorsorgesysteme klarer wurde.

Ein Festhalten am **umlagefinanzierten Rentensystem** ist – das ist im Grunde heute etablierter volkswirtschaftlicher Kenntnisstand – nicht nur sinnvoll, weil es so schwierig ist, durch Reformen davon wegzukommen, sondern es hat bei sinnvoller Ausgestaltung auch eine wichtige sozialpolitische Funktion.

Was aber in der Debatte bis heute aus unserer Sicht nicht ganz zur Kenntnis genommen wird, ist Folgendes: Umlagesysteme sind in Wirklichkeit nicht einfach nur Systeme, die laufend Beiträge einnehmen und umverteilen, ein Finanzierungsmechanismus, sondern sie sind auf ihre Weise auch **gedeckte Systeme**. Der Deckungsstock hinter einem Umlagesystem ist nicht irgendein Stock an Finanzanlagen, Staatsanleihen oder ein Stock an Realkapital, sondern ist der zukünftige Humanvermögensbestand einer Volkswirtschaft, der aus heutigen Entscheidungen über die Erziehung und Ausbildung einer nächsten Generation resultiert. Das ist der Deckungsstock, aus dem in 20, 30, 50 Jahren umlagefinanzierte Pensionen finanziert werden.

Dieses Humanvermögen ergibt sich nicht aus einem naturhaften Prozess, ist einfach im richtigen Augenblick vorhanden, sondern unterliegt zahlreichen Entscheidungen der zukünftigen Erwerbsperson selber, aber auch ihrer Eltern über Bildungspartizipation und, was natürlich noch fundamentaler ist, über die Geburt und Erziehung von Kindern, die dann überhaupt Träger zukünftigen Humanvermögens sein können.

Kinder zu erziehen, für ihre Ausbildung in finanzieller Hinsicht zumindest teilweise aufzukommen bedeutet einen ganz massiven **Ressourceneinsatz**. Berechnungen zur Höhe von Kinderkosten für Österreich gibt es einige, die auch ein klares Bild sprechen; ich könnte es hier nur referieren, darum überspringe ich das. Diese Kosten bestehen vor allem aus direkten Ausgaben für die Kinder und mehr noch aus einem nur vorübergehenden und teilweise anfallenden Einkommensverzicht, der quantitativ aber meistens dann doch sehr viel bedeutsamer ist. Für diese Leistung könnte eine umlagefinanzierte Pension im Prinzip so etwas wie einen „späteren Ertrag“ darstellen. Wir haben eine Investition – und später den Rückfluss daraus.

Die Art und Weise, wie umlagefinanzierte Rentensysteme typischerweise ausgestaltet sind, sorgt allerdings dafür, dass dieser fundamentale Zusammenhang, Humankapitaldeckung als Investition, als Vorleistung für die spätere Alterssicherung und der daraus resultierende Rückfluss in Form einer verlässlichen Alterssicherung, volkswirtschaftlich zwar nach wie vor gegeben ist, aber einzelwirtschaftlich für potentielle Eltern so gut wie kaum spürbar gemacht wird. Damit fallen eben volkswirtschaftliche und einzelwirtschaftliche – verzeihen Sie diesen etwas kaltherzigen Begriff in diesem Zusammenhang! – Rationalität schlicht auseinander, und das erzeugt eben ein Problem.

Die Zusammenhänge, um die es hier geht, sind komplex, aber nicht wirklich kompliziert. Ich glaube, man kann sie doch relativ leicht transparent machen, wenn man sich vorstellt: Wir haben einen Investitionsvorgang, so wie es auch eine Ersparnis darstellen würde, und Rentensysteme enteignen im Grunde den gesamten Ertrag und verteilen ihn auf eine komplette Generation – unabhängig davon, ob und inwieweit sie an diesen Investitionen tatsächlich beteiligt war.

Um da die richtigen Anreize zu setzen, aber auch um – das ist dann eher eine Frage der Gerechtigkeit – eine gerechte Zuordnung von Erträgen und Finanzierungsverantwortung zu schaffen, müssen und können Pensionen daher viel stärker als bisher nach Vorleistung zur Bildung von Humanvermögen – und das heißt konkret: nach Leistung zur Erziehung und Ausbildung von Kindern – differenziert werden.

Referent Dr. Martin Werding

Eine in dieser Hinsicht undifferenzierte oder bei weitem zu wenig differenzierte Bemessung von Pensionen belastet Familien – ich habe das schon angesprochen –, und zwar entweder die Kinder, wenn das geltende Pensionsrecht mit einem Pensionsniveau, das dem heutigen entspricht, unverändert über die Phase des demographischen Wandels hinweg fortgeschrieben wird, oder diese undifferenzierte Gewährung von Pensionen – undifferenziert hinsichtlich Kinderzahl, Erziehungsleistung, Ausbildungsfinanzierung – belastet die Eltern, nämlich dann, wenn die Politik einen anderen Weg geht und das Pensionsniveau im Zuge des demographischen Wandels reduziert, um die Beitragssätze finanzierbar zu halten. Begünstigt werden durch eine solche Art, umlagefinanzierte Rentensysteme zu fahren, diejenigen, die keine oder relativ wenige Leistungen zur Bildung von Humanvermögen erbracht haben.

Der Punkt ist – und das ist nicht im Sinne einer normativen Aussage, sondern das ist schlicht eine beschreibende Aussage –: **Kinderlose** – um hier den „Extremfall“ zu nennen – finanzieren in gewisser Weise ihre **Altersvorsorge** nicht oder nicht voll, zumindest soweit sie über umlagefinanzierte Alterssicherungssysteme abgewickelt wird, und schaffen damit – das ist eine besonders schwerwiegende Nebenwirkung – im Grunde das Bild eines unrealistisch hohen Konsumstandards, nach dem sich potentielle Eltern bei ihren Entscheidungen über Kinder richten.

Ich kann in grober Form zumindest für Deutschland ein paar Hinweise zu möglichen Quantitäten, um die es hier geht, geben. Ähnliche Berechnungen für Österreich haben wir nicht angestellt, aber ich kann sagen, dass sie eine ganz ähnliche Sprache sprechen würden, wenn ich mir die möglichen Berechnungsgrundlagen und die Zahlen, die mir dazu zur Verfügung stehen, anschau.

Die **begünstigenden Effekte**, die von der Erziehung und Ausbildung eines Kindes für **alle** anderen Mitglieder eines **umlagefinanzierten Rentensystems** ausgehen, bestehen aus dem Barwert der während der gesamten Lebenszeit von diesem Kind entrichteten Pensionsbeiträge. Den mathematischen Beweis überspringe ich hier – er ist vergleichsweise einfach, aber würde uns jetzt aufhalten und vom Thema wegführen. Dieser Barwert liegt bei einer realistischen Dauer eines Vollzeiterwerbslebens bei einem realistischen Lohnprofil in Deutschland im Bereich von 100 000 bis 150 000 €. Dieser Wert nimmt sich vergleichsweise niedrig aus, weil hier Lebenszeitprofile auf einen Barwert zum Geburtszeitpunkt des Kindes abdiskontiert werden.

Wenn man in gleicher Weise die zusätzlichen Renten, die auf Grund von Kindererziehung im deutschen Rentenrecht zurzeit gewährt werden – und diese sind etwas großzügiger, als das in Österreich zurzeit der Fall ist –, gegenrechnet und praktisch fragt: Inwieweit wird dieser Effekt, den eine positive Entscheidung für ein Kind, eine durchschnittliche Ausbildung dieses Kindes et cetera hat, durch das Rentenrecht schon wieder kompensiert?, dann sieht man, dass der vergleichbar errechnete Barwert der zusätzlichen Rentenansprüche unter 10 Prozent dieses externen Effektes – das ist es aus ökonomischer Sicht – liegt und in Einzelfällen – weil die rentenrechtlichen Regelungen auch diesen Fall zulassen – auch bei null liegen kann.

Im fiskalischen System Österreichs leisten **Kinderlose** oder auch **Kinderarme** – letzten Endes haben wir ein Kontinuum möglicher Kinderzahlen, solange sie nur ganz-zahlig sind – wie in vielen anderen Ländern durch die Mitfinanzierung des Bildungssystems und von familienpolitischen Leistungen durchaus einen **eigenen Beitrag** zur Finanzierung von Kinderkosten, zur Finanzierung der Kosten der Bildung von Humanvermögen. Bei der Grundidee, die ökonomischen Zusammenhänge, die hinter einem umlagefinanzierten Rentensystem stehen, spürbar zu machen, diese Humankapital- oder Humanvermögensdeckung des Pensionssystems offen zu legen, ist diese Finanzierungsbeteiligung aller Typen von Haushalten, aller Ausprägungen, die wir hinsichtlich Kinderzahl beobachten, zu beachten.

Referent Dr. Martin Werding

Außerdem – auch das ist ein Aspekt, der in diesem Zusammenhang zu beachten ist – kann eine umlagefinanzierte Pension zugleich gegen das Risiko unfreiwilliger Kinderlosigkeit versichern. Das ist einer der Gründe, weshalb solche Systeme, beginnend vor etwas über hundert Jahren, geschaffen wurden. Allerdings kann diese Versicherung nicht hundertprozentig sein auf Grund möglicher Rückwirkungen, denn – darauf möchte ich noch hinweisen – der Umstand, dass umlagefinanzierte Rentensysteme üblicher Art den Ertrag von Kindern sozialisieren, umverteilen unabhängig davon, wie weit sich jemand an den Investitionen beteiligt hat, die erforderlich sind, um dieses System überhaupt fortsetzen zu können, hat einen negativen Effekt auf die Fertilität, der sich auch empirisch zeigen lässt.

Aus theoretischer Sicht ist dieser Effekt glasklar, und es hat eine längere Debatte darüber gegeben, ob er empirisch wichtig ist. Es gibt aus mehreren Quellen, von verschiedenen Autorengruppen, mit verschiedenen Modellansätzen, empirische Arbeiten, die diesen Effekt belegen. Sie sagen damit nicht, dass der gesamte Rückgang der Fertilität, den wir in den meisten Industrieländern seit Mitte der sechziger Jahre beobachtet haben, nur dadurch erklärbar ist – das wäre Unsinn –, aber wir haben diesen Effekt als einen zusätzlichen Effekt, der sich, wenn man die anderen Effekte, die hier am Werk waren, kontrolliert, isolieren lässt und der durchaus eine nennenswerte Stärke hat.

Die Zusammenhänge im Rentensystem, die ich hier jetzt so knapp angedeutet habe, sind im Prinzip berechenbar. Ähnliches gilt – und da wird es etwas schwieriger, Quantitäten zu nennen – auch für die Absicherung von Krankheitskosten, Pflegerisiken, die ein ganz ähnliches Altersprofil aufweisen: Das Risiko, hohe Krankheitskosten zu haben, pflegebedürftig zu werden, variiert mit dem Alter systematisch so, dass wir hier letzten Endes denselben Umlagemechanismus, mit ganz denselben Effekten, am Werk haben. Das heißt also auch: Zu den 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die das Rentensystem, das Pensionssystem momentan belegt, können Sie guten Gewissens noch einmal 8 bis 9 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts von anderen altersspezifischen staatlichen Ausgaben rechnen, bei denen ganz ähnliche Mechanismen wirken und wo auch mit der Alterung ein entsprechender Anstieg abzusehen ist.

Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, aber letztlich auch der Effizienz – selbst wenn entsprechende normative Urteile gerade über Generationengerechtigkeit aus wissenschaftlicher Sicht nicht mit letzter Sicherheit gefällt werden können –, diese momentan bestehenden Umverteilungsvorgänge und die Fehlanreize, die sie erzeugen, in Zukunft zu ändern. Das ist angesichts des demographischen Wandels eine Notwendigkeit.

Wenn wir Sozialpolitik, soziale Sicherung gegen Alter, Krankheit und Pflegebedürftigkeit auf Dauer betreiben wollen, dann werden wir uns diesen Fragen stellen müssen. Und es wäre wünschenswert – wobei ich mich hier natürlich auf eine ökonomische Sicht und auf wenige Felder, aber aus meiner Sicht sehr wichtige Handlungsfelder der Familienpolitik beschränkt habe –, dass Sie diesen Fragen bei Ihrer Enquete in der Tat auch noch weiter nachgehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

11.48

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Als nächste Expertin bitte ich Frau Mag. Michaela Moser, die von der Fraktion der Grünen nominiert wurde, ans Rednerpult.

11.48

Referentin Mag. Michaela Moser (Armutskonferenz): Sehr geehrte Damen und Herren! Einige von Ihnen kennen mich wahrscheinlich als Vertreterin der Armutskonferenz; ich gehöre darüber hinaus aber auch der wissenschaftlichen Zunft der EthikerInnen an, also jener Menschen, die es sich zur Aufgabe machen, systematisch darüber nachzu-

Referentin Mag. Michaela Moser

denken, wie gutes Leben gelingen kann und was die einzelnen Menschen, aber auch Institutionen dazu beitragen können, **damit** dieses gute Leben gelingen kann.

Das Thema dieser Enquete, „Familie – Generationen – Solidarität“, trifft ins Herz dieser Fragen. In einer Zeit, in der die politischen Herausforderungen groß sind und viele Menschen so etwas wie soziale Kälte verstärkt spüren, ist die Besinnung auf die **positiven Familienwerte** nahe liegend und verständlich.

Ich möchte Sie dabei allerdings zu einem Perspektivenwechsel einladen. Genau gesagt, möchte ich Sie dazu einladen, die zum Teil jetzt schon genannten positiven familiären Werte auch als Grundwerte für das staatliche politische Handeln in den Blick zu nehmen. Ich schlage also vor, dass der Staat gewissermaßen und für einige wichtige Bereiche bei den Familien in die Lehre geht. Ich beziehe mich dabei natürlich auf die gut funktionierenden Familien, die ein partnerschaftliches Familienmodell leben.

Zunächst einmal – das haben wir schon gesehen – ist es einfach, Einigkeit zu finden in den ganz allgemeinen Aussagen, also wenn es darum geht, dass das gelingende familiäre Zusammenleben, auch und gerade zwischen den Generationen, gefördert werden muss und Solidarität ein wichtiger Wert ist. Übereinstimmung – nicht nur unter uns, sondern auch in nahezu allen Publikationen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen – werden wir auch finden, wenn es darum geht, dass die Institution Familie, die Normalfamilie in ihrer traditionellen Form, in Auflösung geraten ist, und in vielen Fällen auch, dass sie alles andere als ein problemloses und nur positives Umfeld ist.

Wir kennen die Zahlen von und die Erfahrungen mit familiären Abhängigkeiten und Gewaltverhältnissen. Wir wissen, dass eine beträchtliche Anzahl von Familien in unserem Land in Armut lebt, darunter vor allem AlleinerzieherInnen-Familien, MigrantInnen-Familien, Familien mit niedrigem Erwerbseinkommen und mehreren Kindern. Wir kennen die Zahlen der überschuldeten Haushalte, die Scheidungsquoten und so weiter.

Nichtsdestotrotz – das haben wir gehört und das wissen wir – halten die meisten von uns daran fest, dass Familie ganz grundsätzlich und in einem vielleicht weiteren Sinne verstanden ein **sinnvolles Modell** für gelingendes Zusammenleben ist. Wir tun heute gut daran, **verschiedene** Formen dieses grundsätzlich auf Dauer angelegten verbindlichen Zusammenlebens von erwachsenen Menschen und Kindern mit „Familie“ zu bezeichnen, ein Modell des Zusammenlebens, das grundsätzlich, zumindest was die Erwachsenen betrifft, auf Freiwilligkeit beruhen soll und das für so wichtige Werte steht wie sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und Ermunterung und die Sorge für sich selbst und füreinander.

Wir alle sind ja in unterschiedlichen Familiensystemen aufgewachsen, und wir wissen daher aus eigener Erfahrung, dass es für das Gelingen der Umsetzung dieser Werte genauso wichtig ist, ein Minimum an Einkommen und Gütern im Haushalt zu haben, wie die Bereitschaft zur umfassenden wechselseitigen Sorge füreinander, die Fähigkeit zur Kommunikation über jene Fragen und Anliegen aufzubringen, die es im Rahmen des Zusammenlebens miteinander auszuhandeln gilt.

Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt, wechselseitige Sorge, gelingende Kommunikation und eine gute Kultur des gleichberechtigten Aushandelns zentraler Lebensfragen sind wichtige Werte nicht nur für Familien, sondern für die Gesellschaft als Gesamtes. Die Sicherung dieser Werte und die Zur-Verfügung-Stellung der dafür notwendigen Ressourcen kann deshalb nicht nur Anliegen einer Familienpolitik im engen Sinne und schon gar nicht allein der Familien an sich sein. Wenn es uns mit diesen Werten und Anliegen ernst ist, dann muss sich das auch in der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik und auch in allen anderen Politikbereichen niederschlagen.

Referentin Mag. Michaela Moser

Konkret bedeutet das, dass es politische Rahmenbedingungen zu schaffen gilt, die davon ausgehen und die sicherstellen, dass jedem Menschen zumindest ein existenzsicherndes Minimum an Einkommen zur Verfügung steht und dass er oder sie unabhängig vom Geschlecht einerseits den Anspruch auf die für sie oder ihn notwendigen Fürsorgetätigkeiten einlösen kann, andererseits aber auch selbst den für das Zusammenleben notwendigen Beitrag an Fürsorgeaktivitäten leisten kann, ohne dadurch wirtschaftliche und soziale Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Konkret bedeutet das – ich habe versucht, das in fünf Punkten zusammenzufassen –:

Erstens: den **Zugang aller zu sozialen Gütern und Dienstleistungen** guter Qualität sicherzustellen, genauso wie ein existenzsicherndes Mindesteinkommen. Wir wissen, wenn wir wieder auf die Familienerfahrungen, auf die positiven Familienerfahrungen zurückgreifen – und ich habe ja vorgeschlagen, dass wir bei der Familie zusagen in die Lehre gehen –, dass für ein gutes Zusammenleben eine gewisse Sorge für den Ausgleich notwendig ist. Es kann nicht von einem guten Zusammenleben gesprochen werden – weder in einer Familie noch im staatlichen Zusammenleben –, wenn es den einen auf Kosten der anderen gut geht beziehungsweise eben einigen schlechter geht, weil die anderen auf ihre Kosten leben.

Diese Sorge für den Ausgleich ist auch eine wichtige Aufgabe im Sinne des staatlichen guten Zusammenlebens, und sie ist eine wichtige Aufgabe nicht nur, aber vor allem der Sozialpolitik. Das unlängst im Rahmen einer Volksanwaltschafts-Enquete vorgeschlagene Modell für eine neue Form der Sozialhilfe, ein neues Modell der sozialen Mindestsicherung, ist ein Schritt in die richtige Richtung, und ich kann Herrn Bundesminister Haupt in seiner Aussage, dass ein solches Modell in einem reichen Land wie Österreich finanzierbar sein muss, nur zustimmen.

Für die Sicherstellung der qualitätvollen sozialen Dienstleistungen können nicht einfach nur ehrenamtliche Tätigkeiten herangezogen werden: Es braucht dafür auch die ausreichende Finanzierung jener Organisationen, die professionell für die Sicherstellung dieser Dienstleistungen stehen. – Das zunächst zum Zugang zu sozialen Gütern und zum Mindesteinkommen.

Zweitens: Die Arbeitsmarktzentrierung unseres Systems der sozialen Sicherheit muss gebrochen werden zu Gunsten von Modellen, die auch die **geschlechtergerecht verteilte Übernahme von Fürsorgeaktivitäten** unterstützen, und zwar stärker unterstützen. Die derzeitige Sozialpolitik verstärkt die Ungleichheit, wenn es um Armutfragen geht. Das heißt Folgendes: Wenn wir uns Armutquoten anschauen, dann sehen wir, dass es den so genannten **Gender Inequality Index** gibt. Dieser macht die Benachteiligung, in diesem Fall der Frauen, deutlich, wenn es um die Armutsquote geht, also dass die Armutsquote der Frauen höher ist als die der Männer. Dieser Gender Inequality Index steigt nach den Sozialtransfers. Das heißt also, die Sozialtransfers, so wichtig sie allgemein zur sozialen Absicherung natürlich sind – ihr Beitrag dazu ist unbestritten –, verstärken aber den Ungleichheitseffekt zwischen den Geschlechtern. Und das hängt eben mit der Arbeitsmarktzentrierung unseres Sozialsystems zusammen.

Zusätzlich braucht es natürlich – und das haben wir heute auch schon gehört –, um diese geschlechtergerecht verteilte Übernahme von Fürsorgeaktivitäten zu fördern, auch Bildungsprogramme, Bewusstseinsbildungsprogramme, besonders damit auch Männer ihre pflegerischen Gefühle, die ja in der Natur des Menschen liegen, besser leben können. Lohnarbeitszeiten dürfen dabei selbstverständlich nicht verlängert werden, sondern müssen verkürzt werden.

Damit komme ich zum dritten Punkt: Arbeitsmarkt- und Familienpolitik müssen eine **Vielfalt an Familienmodellen** als Modelle für verbindliches Zusammenleben sichern. Das bedeutet im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, dass es in Richtung Arbeits-

Referentin Mag. Michaela Moser

zeitverkürzung gehen muss, dass wir qualifizierte Teilzeitstellen und flexible Arbeitszeiten brauchen, die auf die Bedürfnisse der ArbeitnehmerInnen im Sinne der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rücksicht nehmen, dass es existenzsichernde Löhne im Sinne des bereits genannten notwendigen Mindesteinkommens braucht.

Im Rahmen der Familienpolitik bedeutet das, dass die unterschiedlichen Formen des verbindlichen Zusammenlebens unterstützt werden müssen und Geschlechtergerechtigkeit in den Blick genommen werden muss.

Viertens ist es wichtig, dass **soziale Rechte individuelle Rechte** bleiben beziehungsweise, wo sie es nicht sind, werden müssen, damit familiäre Strukturen, die von Gewalt und Abhängigkeit gekennzeichnet sind, durchbrochen werden können. Es soll also nicht so sein – und es entspricht ja auch nicht dem guten Bild oder der Idealvorstellung des familiären Zusammenlebens, in welcher Form auch immer –, dass auf Grund wirtschaftlicher Verhältnisse ein Zusammenbleiben sozusagen erzwungen wird, wie es eben – und davon können, neben einigen Studien, auch die Frauenberatungsstellen ein sehr gutes Bild zeichnen – in Fällen von Gewalt in der Familie oft gegeben ist.

Fünftens – und das ist aus meiner Sicht der wichtigste Punkt –: **Soziale Sicherheit** und **Eigeninitiative** dürfen nicht als Widerspruch aufgefasst werden. Vielmehr ist es so, dass gerade gute soziale Rahmenbedingungen, gesicherte soziale Grundrechte, die für hohe Verwirklichungschancen einer jeden Einzelnen/eines jeden Einzelnen sorgen, auch dafür sorgen, dass jeder und jede das eigene Potential auch im Sinne des Gemeinwohls nutzen kann.

Auch in diesem Zusammenhang entspricht es im günstigen Fall unseren Familienerfahrungen: Jene, die wie zum Beispiel auch ich selbst, mit dem Privileg aufgewachsen sind, in einem familiären Umfeld aufzuwachsen, das sowohl soziale als auch wirtschaftliche Sicherheit gibt, und ein gewisses Netz im Hintergrund zu haben, wissen, welch ungemeinen Startvorteil das bedeutet, gerade wenn es darum geht, Eigeninitiative zu setzen, sich zu bewähren, zum Gesamtwohl beizutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ein Kind zur Welt kommt, dann wird es im Allgemeinen von seinen Angehörigen, von seiner Familie willkommen geheißen. Das bedeutet, es wird begrüßt als Mitmensch, der auf die Erfüllung bestimmter Grundbedürfnisse angewiesen ist und auch bleiben wird. Es wird empfangen als Neuling. Sie oder er wird alles zum allerersten Mal erleben und das Zusammenleben der anderen, die schon vorher da waren, bereichern und erneuern. Damit das Leben der Neugeborenen am Anfang, aber auch im Verlauf des ganzen Lebens und insbesondere wieder am Ende gelingen kann, versprechen wir ihnen Nahrung, Obdach, menschliche Nähe, körperliche und geistige Entfaltungsmöglichkeiten und ein Leben in Würde.

Solche Versprechen einzulösen und die dazu nötigen Ressourcen bereitzustellen ist nicht nur Sache der Eltern, sondern der ganzen Gesellschaft. Es ist die primäre Aufgabe der Politik.

Politik hat immer eine symbolische und eine ökonomische Seite. Es geht in ihr um die Frage nach Sinn, um Visionen und um Wünsche und Hoffnungen einerseits und um den Tausch und um die gerechte Verteilung von Gütern, Lebensmitteln und anderen Ressourcen andererseits. Diese beiden Aspekte des politischen sind nicht voneinander zu trennen.

Politik bedeutet nämlich, mit dem Lebensraum und mit allem Lebendigen sorgsam umzugehen, um das Zusammenleben der Menschen so zu organisieren, dass alle in größtmöglicher Sicherheit, Eigenständigkeit und Zugehörigkeit leben und gleichzeitig ihren unverwechselbaren Beitrag zum guten Zusammenleben leisten können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

12.01

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl**Kurzstatements**

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Wir gelangen nun zur zweiten ExpertInnenrunde, nämlich zu den Beiträgen der Fraktionsexperten und -expertinnen.

Die ersten beiden Experten, die jetzt zu uns sprechen werden, sind die von der ÖVP nominierten.

Zuvor ein wichtiger Hinweis: In der zweiten ExpertInnenrunde stehen den einzelnen Rednern beziehungsweise Rednerinnen nur mehr 5 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Ich darf als Erste Frau Mag. Polak ans Rednerpult bitten.

12.02

Mag. Regina Polak (Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Wien, Institut für Pastoraltheologie): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte im Folgenden auf einige Aspekte aus der Jugendwerteforschung eingehen und diese wertephilosophisch ein bisschen reflektieren.

Das erste Thema, das ich ansprechen möchte, ist die auffällige **Werte-Ambivalenz**, die man im Jugendwertebereich beobachten kann. Beispiel: Wir finden eine sehr hohe Kinderwunschorientierung bei Jugendlichen. Es sind nur 4 bis 6 Prozent der österreichischen Jugendlichen, die dezidiert keine Kinder wollen. Gleichzeitig wird dieser Kinderwunsch entweder nicht realisiert oder viel weniger realisiert, wird aufgeschoben und bleibt sodann aufgehoben.

Wir finden sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Jugendlichen die Familie als höchsten Wert – das haben wir heute schon mehrmals zu hören bekommen –, es haben sich auch die inhaltlichen Werte dessen, wie Familiengestaltung konkret aussehen kann, bei einer signifikanten Mehrheit im Einstellungsbereich qualitativ verbessert. Daneben finden wir aber bei 25 Prozent der österreichischen Jugendlichen, dass sie von sich angeben, dass sie zu Hause im familiären Bereich massive Probleme haben. Diese sind auf Grund sozialer und biographischer Benachteiligung ein gefährdetes und möglicherweise auch ein gefährliches Potential für die Gesellschaft.

Wir können Familien beobachten, denen die Power, denen die Energie ausgeht, die dann auch die Verantwortung für ihre – ich sage das einmal so – personale Kindererziehung delegieren, auch wenn sie sich mitunter inkompetent fühlen, die Kinder noch richtig zu erziehen. Es müsste ein Alarmsignal sein, wenn laut Kinder-Studien wahrnehmbar wird, dass einer der massivsten Wünsche der Kinder an die Eltern darin besteht, dass sie mehr Zeit für ihre Kinder haben sollen. Daneben können wir auch an den Rändern unserer Gesellschaft beobachten, dass **Familien** in die **Armutsfalle** geraten, dass sie tatsächlich arm sind.

Welche **Ursachen** hat das? – Ich möchte mich nicht auf die ökonomischen und die politischen konzentrieren, sondern ich möchte ein bisschen im geistigen Bereich suchen, weil dieser jener Bereich ist, der bei solchen Reflexionen in der Regel zu kurz kommt.

Da gibt es zum einen die überhöhten Erwartungen an das, was Familie leisten soll. Es war heute schon einmal die Rede davon, dass Familie sozusagen jener Bereich sein soll, der all die Funktionen an Ganzheitlichkeit, Glück und Sinnerfüllung leistet, die der Rest der Gesellschaft nicht mehr bewerkstelligen kann oder will. Das lässt dann einen gewissen Familialismus entstehen und lässt auch den Eindruck aufkommen, Familie wäre so etwas wie eine Art religiöses Surrogat.

Was es da bräuchte, wäre auf der einen Seite ein Eltern-Empowerment, eine partnerschaftliche Beziehungsschulung, aber auch die Überlegung: Ist es nicht möglich, in

Mag. Regina Polak

einer Gesellschaft Sinn und Glück auch in anderen Lebensbereichen zu finden, etwa in der Arbeit, im politischen Engagement, im sozialen Engagement, vielleicht auch in einem religiösen Engagement?

Eine zweite Ursachenvermutung, die vielleicht diese Ambivalenzen erklären könnte, ist ein Begriff, der in der Literatur verwendet wird und den ich hier als Interpretationsinstrument sehr hilfreich finde, das ist „die Religion der Arbeit“.

Menschen definieren – das tun Jugendliche auch – ihre Zugehörigkeit insbesondere über die Erwerbsarbeit und reagieren, wie die Jugendwerte-Studien zeigen, auch ganz brav und angepasst auf den Ökonomismus unserer Tage. Die Shell-Jugendstudie zum Beispiel hat getitelt „Aufstieg statt Ausstieg“. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird deutlich wahrnehmbar, dass die Leistungsorientierung in den letzten beiden Jahren signifikant gestiegen ist, und zwar bei den jungen Mädchen, aber vor allen Dingen auch bei den jungen Männern, was zur Folge hat, dass die neuen Väter tatsächlich nicht wirklich in Sicht sind, weil ganz einfach Karriere, Beruf und Erfolg realiter, also in der konkreten Umsetzung vor der hohen Familienorientierung Vorrang haben.

Eine dritte Vermutung, die immer wieder geäußert wird und die sozusagen diese Ambivalenz erklären soll, ist die berühmte Erlebnisgesellschaft beziehungsweise Freizeitgesellschaft. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang die Vermutung aussprechen beziehungsweise die Frage stellen – die müsste man auch einmal empirisch genau erforschen, und das versuchen wir gerade an unserem Institut –, ob sich hinter diesem lauten und aktivistischen Freizeit- und Erlebnisgetöse nicht doch auch das verbirgt, was ein amerikanischer Soziologe „*culture of fear*“ im Falle Amerikas genannt hat. Ich denke, dass diese Theorie von einer „Kultur der Angst“, die sich hinter diesen aktivistischen, erlebnisorientierten Werten verbirgt, auch ein ganz massiver Grund sein kann, der aber de facto hinter dem Zwang zum positiven Denken nicht wahrnehmbar wird.

Maßlose Ängste, maßlose Sehnsüchte durchdringen, glaube ich, diese Wertesysteme. Um es ein bisschen polemisch zu formulieren: Wir wollen alles, wir wollen es perfekt, und wir wollen es sofort. Insofern verdoppeln, glaube ich, die Ambivalenzen im Bereich der Jugendwerte de facto, weil man dieses Problem nicht individualisieren will, die Ambivalenzen der gesellschaftlichen Werte. Diese Ambivalenz polarisiert sich auf der einen Seite in einem strukturellen Ökonomismus, der mittlerweile, wie ich meine, auch unsere Denkstrukturen sehr massiv geprägt hat, und auf der anderen Seite in dem Wunsch zum maximalen individuellen Glück, und beides soll dann sozusagen auch noch perfekt aussehen.

In einem solchen **Wertekonzept** stören natürlich Kinder – das ist jetzt gar keine moralische Aussage, die ich da treffe –, sie irritieren sozusagen den Perfektionismus, aber es stören natürlich auch alle anderen Menschen, die da nicht so schnell mitkönnen, also alt werdende Menschen, kranke Menschen, Menschen mit Behinderungen.

Daher stellt sich für mich die ganz zentrale Frage, ob es nicht möglich wäre, einen gesellschaftlichen **Wertediskurs** anzuzetteln, und zwar unter dem Motto: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?, der parteiübergreifend ist und sich solchen Fragen stellt. – Danke schön.

12.08

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Ich darf als Nächsten Herrn Mag. Gumpinger zum Rednerpult bitten; auch er wurde von der Österreichischen Volkspartei nominiert.

Mag. Otto Gumpinger

12.08

Mag. Otto Gumpinger (Österreichischer Familienbund): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte anschließen an die Ausführungen von Herrn Professor Prisching, die ich vielleicht noch ein bisschen vertiefen kann, wahrscheinlich nicht auf diesem Niveau, aber es ist ein Versuch.

Weil meine Vorrednerin die **Wertediskussion** so apostrophiert hat, möchte ich feststellen, dass es schon wichtig ist, bei dieser Enquete auch zu sagen, dass Lebensfreude, dass Spaß am und im Leben sicher kein Gegensatz zum Leben in der Familie ist. Ich glaube, ganz im Gegenteil: Es ist vielleicht ein Gegensatz zu einer oberflächlichen Konsumorientierung, aber nicht im Gegensatz zu Lebensfreude!

Ich meine auch, dass die lebenssinnstiftende Bedeutung von Familie und Kindern etwas aus dem Blickwinkel geraten ist. Die heutige Veranstaltung könnte aber vielleicht dazu beitragen, das zu korrigieren.

Meine Damen und Herren! Sie erwarten sicherlich von mir als Vertreter einer Familienorganisation, dass ich den Wert und die **Bedeutung der Familie** unterstreiche. Das werde ich auch tun. Ich bemühe mich aber, das nicht nur auf Basis persönlicher Meinungen und Behauptungen zu tun, sondern auch mit entsprechenden **wissenschaftlichen Befunden**.

Frau Professor Nave-Herz aus Oldenburg, die in der Familienforschung eine sehr bekannte und anerkannte Person ist, hat vor zwei, drei Jahren festgestellt, dass sich die Diskussion über den Bedeutungsverlust von Ehe und Familie in erster Linie im journalistischen und öffentlichen Bereich abspielt, aber sicherlich nicht im Bereich der Familienforschung, und dass die empirischen Untersuchungen zeigen, dass Familie und auch Ehe kein Auslaufmodell sind und dass da eigentlich kein Bedeutungsverlust konstatiert werden kann.

Weil Professor Prisching vom „Ausfransen“ des Familienbegriffes gesprochen hat, möchte ich sagen: Ich glaube, dass es kein „Ausfransen“ ist. Wenn man Familie definiert, so kann man sagen, dass Familie zumindest jene Lebensform ist, wo Menschen verschiedener Generationen zusammenleben und füreinander Verantwortung tragen. Wenn man diese Definition der Betrachtung der Entwicklung zugrunde legt, dann kann man sagen, dass Ehe und Familie in gar keiner Weise Auslaufmodelle sind oder an Bedeutung in der Gesellschaft verlieren, sondern dass sie sogar noch an Bedeutung gewinnen.

Ich belege das mit einer ganz aktuellen Erhebung des Market-Institutes, die im Jänner dieses Jahres bei 1 000 Österreicherinnen und Österreichern vorgenommen wurde. Diese wurde dann verglichen mit einer gleichartigen von vor fünf Jahren. Da sieht man, dass den Österreicherinnen und Österreichern Familie und Kinder besonders wichtig sind, und zwar rangieren diese Werte mit 76 Prozent an erster Stelle. Das ist eine Zunahme von 15 Prozentpunkten. Damit wurden andere Bereiche überholt, wie zum Beispiel auch der Bereich „persönliche Freiheit“, der an die zweite Stelle gerückt ist. Auch der Wert „beruflicher Erfolg“ liegt mit 40 Prozent dahinter. Da sieht man eigentlich sehr große Abstände, und die zeigen, dass die Bedeutung von Familie und Kindern nicht sinkt, sondern steigt.

Es gibt noch einen interessanten Befund, und zwar eine Erhebung aus dem vergangenen Jahr von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Danach sagen Dreiviertel der Österreicherinnen und Österreicher, dass sie die Aussage, dass die Ehe eine überholte Einrichtung sei, ablehnen.

Auf die Frage, wie sie die Entwicklung sehen, dass Paare sich entscheiden, kinderlos zu bleiben, meinen sie, dass sie den allgemeinen Geburtenrückgang als die besorgnis-

Mag. Otto Gumpinger

erregendste Entwicklung im gesamten Familienbereich sehen. 70 bis 80 Prozent der Befragten beurteilen das als negativ. Das wird also auch von der Mehrheit der Bevölkerung so gesehen. Das ist, glaube ich, auch ein gutes Zeichen dafür, dass diese Entwicklungen im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung sehr präsent sind.

Es wurde hier gesagt, der Kinderwunsch sei wesentlich größer, als es der Realität entspricht. – Der Kinderwunsch ist nach wie vor gegeben, er hat sich nicht abgeschwächt. Die Realität hinkt da hinten nach, mit diesen 0,7. Das heißt, etwa ein Kind weniger, als man sich wünscht, sind derzeit Realität in der österreichischen Gesellschaft.

Diese Studie gibt auch Auskunft darüber, was die Österreicherinnen und Österreicher als wichtig sehen beziehungsweise welche Maßnahmen man setzen soll, um den Familien das Leben zu erleichtern.

Steuererleichterungen, also der finanzielle Bereich, stehen da gleichauf mit flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsplätzen. Erst dahinter rangieren Kinderbetreuungseinrichtungen. – So lautet also der Befund dieser Studie der Akademie der Wissenschaften, und ich meine, dass das auch konform geht mit den tatsächlichen Maßnahmen, die gesetzt wurden und derzeit noch gesetzt werden.

Zu sagen wäre auch noch, dass mehr als zwei Drittel der österreichischen Haushalte keine Ein-Personen-Haushalte sind. Auch da ist also das Bewusstsein ein anderes, als es die Realität darstellt.

Zum Schluss kommend möchte ich sagen: Es ist sehr viel geschehen; zum Beispiel: Kinderabsetzbeträge, Mehrkinderstaffel bei der Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld als ganz großer Meilenstein, Steuerreform 2004 mit den Zuschlägen bei den Alleinerhalter- und Alleinverdienerabsetzbeträgen, Elternteilzeit, die sozusagen in der Zielgeraden ist, Nachmittagsbetreuung im Schulbereich. All das sind Maßnahmen, die die Wünsche, die die Wissenschaft und Familienforschung ausweist, entsprechend berücksichtigen.

Ich glaube, es sind Fortschritte erzielt worden, die der Priorität der Familie entsprechen.

12.14

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzi: Ich darf als Nächste Frau Mag. Sonja Brauner zum Rednerpult bitten; sie wurde von der sozialdemokratischen Fraktion nominiert.

12.15

Mag. Sonja Brauner (Österreichische Kinderfreunde): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, Sie können mir nach über zwei Stunden Zuhören noch aufmerksam folgen. Bei verschiedenen Daten und Fakten wird es wahrscheinlich auch Wiederholungen geben.

Auch ich möchte auf die Familie, den Familienbegriff und vor allem auf die vielfältigen Zusammenlebensformen eingehen.

Ganz kurz zu den Fakten: Wir haben in Österreich 1,4 Millionen Familien mit Kindern. Zirka 70 Prozent der Kinder leben in aufrechten Ehen, zirka 5 Prozent der Kinder leben in Lebensgemeinschaften, und zirka 25 Prozent der Kinder leben in Familien mit einem allein erziehenden Elternteil, zumeist mit der Mutter.

Obwohl zwei Drittel der Kinder in Ehen leben, wissen wir nicht – das sagt die Statistik nicht –, ob diese Ehen die Erst-Ehe, die Zweit-Ehe oder die Dritt-Ehe der Eltern sind. Also wir wissen nicht, ob die Kinder mit ihren leiblichen Eltern oder mit einem Elternteil und einem Lebenspartner der Eltern zusammenleben.

Mag. Sonja Brauner

Was heißt das? – Das heißt, wir haben zunehmend „**Patchwork-Familien**“. Eine „Patchwork-Familie“ ist eine so genannte Fortsetzungsfamilie. Das heißt, es sind Familien, die hervorgehen aus Beziehungen, wo es Kinder gibt, und die werden in die Ehe mitgebracht, und dort kommen dann noch neue Kinder hinzu. Man sagt dann: deine Kinder!, meine Kinder!, und wenn dann gemeinsame Kinder noch hinzukommen, dann heißt es auch noch: unsere Kinder! Es sind komplett neue Familienformen, neue Zusammensetzungsformen, neue Beziehungsnetze, die da entstehen.

Zu diesen neuen Elternschaften – leibliche Elternschaft und soziale Elternschaft – kommen genauso auch leibliche Großeltern und soziale Großeltern dazu, weil auch Großeltern geschieden und wieder verheiratet sein können, und auch die neuen Lebenspartner der Eltern bringen wieder eigene Eltern, also zusätzliche Großeltern in dieses neue Familienbeziehungsgeflecht hinein.

Daraus entsteht eine komplett neue Lebensform, denn sehr viele Kinder haben ein Pendel-Dasein, das heißt, sie verbringen jedes zweite Wochenende bei einem Elternteil, der wieder neu geheiratet hat, der eigene Kinder mitbringt und wo neue Kinder aus anderen Beziehungen zusammenkommen.

Heute haben wir das Thema „Familie – Generationen – Solidarität“ zu behandeln. Bei diesem möchte ich auch auf den intergenerativen Aspekt in der Familie kurz eingehen.

Es ist so, dass die Mehrgenerationen-Familie der Vergangenheit angehört. Frauen bekommen, wie wir wissen, immer später Kinder, und es gibt immer mehr Einzelkinder.

Man kann heute von der sogenannten **Bohnenstangen-Familie** sprechen. Das heißt, auf ein Kinder, ohne Geschwister, kommen vier bis fünf Generationen. Das heißt, immer mehr Kinder erleben heute ihre Großeltern und ihre Urgroßeltern. Teilweise kommt ein Kind auch bis zu einem hundertjährigen Urgroßvater. Aber gleichzeitig haben wir heute eine **Segregation der Generationen**. Das heißt, der wirkliche Kontakt zwischen den Generationen findet fast ausschließlich in der Familie statt. In der Gesamtgesellschaft gibt es kaum mehr intergenerativen Kontakt.

Trotz dieser Zahlen, obwohl immer mehr Kinder ihre leiblichen Großeltern und ihre Urgroßeltern erleben, gibt es auch innerhalb der Familie einen schwächeren Kontakt. Ein Fünftel der Kinder hat gar keine Großeltern. Bei einem Viertel der Kinder gibt es die Großelternschaft nur formal.

Dazu kommt noch – auch das ist heute schon erwähnt worden –, dass die Großeltern zu den so genannten jungen Alten gehören. Das heißt, sie stehen selbst noch aktiv im Erwerbsprozess, sind engagiert, haben ein eigenes Leben und daher oft keine Zeit für ihre Enkelkinder.

Weiters gibt es eine hohe Mobilität bei den Eltern und auch eine Flexibilität, die im Beruf erwartet wird. Das heißt, es gibt geringeren Kontakt, obwohl wir von einer sehr aktiven Generationen-Solidarität ausgehen können.

Es wurde heute hier schon der öffentliche Generationenvertrag angesprochen, das **Pensionsthema**. Es handelt sich dabei, wie Herr Mag. Gruber gesagt hat, um kein reines Finanzierungsproblem. Es ist leider in der Diskussion um die Pensionsreform teilweise viel Vertrauen zwischen den Generationen unnötig kaputtgemacht worden.

Im Gegensatz dazu funktioniert der **private Generationenvertrag** sehr wohl. Es gibt eine sehr starke finanzielle Umverteilung innerhalb der Familien, und zwar von der älteren Generation zur jüngeren Generation. Wir können auch von einer sogenannten **Erben-Generation** sprechen.

Die ältere Generation hat mehr zu bieten als nur einen finanziellen Transfer. Es geht auch um einen sozialen Transfer, es geht auch um einen Wissenstransfer. Die Lebens-

Mag. Sonja Brauner

erfahrungen, die die ältere Generation hat, dieser Schatz der Erinnerungen soll weitergegeben werden. Aus der Zeitgeschichte kann man, wie wir wissen, sehr viel lernen, und da ist es sehr wichtig, dass es diesen sozialen Austausch zwischen den Generationen gibt.

Solidarität kann nicht nur einseitig sein, sie muss auf Geben und Nehmen basieren und auch auf gegenseitigem Verständnis beruhen.

Heute findet ein sehr starker gesellschaftlicher Veränderungsprozess statt: vor allem die Elternrolle, die Vater- und die Mutterrolle, unterliegt einem sehr starken Wandel. Wir wissen – das ist heute schon mehrfach angesprochen worden –, dass die Frauenerwerbstätigkeit stark zugenommen hat. Aber nicht nur das, es haben sich auch die Männer stark verändert. Männer, Väter sind nicht mehr bereit, sich auf die Ernährerrolle reduzieren zu lassen. Väter wollen heute aktiven Anteil am Leben ihrer Kinder haben, sie wollen teilnehmen, sie wollen auch Beziehungs- und Pflegearbeit übernehmen, dabei muss man sie aber unterstützen, das muss man sie auch lassen.

Derzeit gehen – auch das ist schon erwähnt worden – nur 2 Prozent der **Väter** in **Karenz**, nach einer Umfrage wollen das aber 37 Prozent. Und warum gehen sie dann nicht? Auf Grund des großen **finanziellen Verlustes**. Schuld ist also in erster Linie das Geld, und das Familieneinkommen ist nun einmal etwas Lebenswichtiges. So lange der Mann der Hauptverdiener ist – weit überwiegend ist es der Mann – und mehr verdient, so lange werden wir auch in dieser Hinsicht nicht viel verändern können. Daher ist aktive Väter-Förderung, wie wir Kinderfreunde sie wollen, ganz wichtig. Was wir als ersten Schritt fordern, ist ein Vaterschutz-Monat, sodass Vater **und** Mutter einen Monat Zeit bekommen zum Nachdenken, zur neuen Rollenfindung. Auch der Vater ist vom ersten Monat an wichtig, denn in den ersten vier Wochen wird eine Beziehung aufgebaut, und es ist viel schwieriger, das im Nachhinein nachzuholen. – Danke schön.

12.22

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Als Nächste spricht Frau Mag. Schmid zu uns. – Bitte.

12.22

Mag. Gabriele Schmid (Bundesarbeitskammer): Sehr geehrte Damen und Herren! In 5 Minuten muss ich mich auf sehr plakative Aussagen beschränken. Ich hoffe, es besteht die Möglichkeit, zu manchen Dingen danach noch zu diskutieren.

Was verbindet die Begriffe „Familie“, „Generationen“ und „Solidarität“ miteinander?

Familie: Frauen leisten ungebrochen den überwältigenden Anteil an der Versorgungsarbeit in der Familie. Belege dafür wurden schon genannt.

Generationen: Frauen aller Altersgruppen leisten die Pflegearbeit, die Betreuungsarbeit, die Hilfe und die Unterstützungsarbeit für die Alten und für die Jungen in unserer Gesellschaft und sie halten die Verbindung zwischen den Generationen aufrecht. Belege dafür wurden auch schon genannt.

Solidarität: Die gesellschaftliche Solidarität findet in Österreich ihren institutionalisierten Ausdruck im Wohlfahrtsstaat. Familien und Frauen erhalten im Wohlfahrtsstaat zwar Unterstützung, aber Österreich gehört, wie internationale Autoren schon wiederholt festgestellt haben, zum Typus des konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaats, und dieser zeichnet sich dadurch aus, dass er im Besonderen das Familienmodell Ernährer/Hausfrauen-Ehe beziehungsweise in seiner moderneren Form das Familienmodell Frau als Zuverdienerin, Mann als Hauptnährer reguliert, unterstützt und klar bevorzugt. Es sind meiner Meinung nach auch heute schon wiederholt Beispiele für die Bevorzugung dieses Modells genannt worden. Der Gedanke, der dahinter steckt, ist, dass Frauen Teilzeit arbeiten sollen, damit sie die Versorgungsarbeit für die Genera-

Mag. Gabriele Schmid

tionen, für die Jungen und die Alten weiterhin bewältigen können, und die Männer für die Existenz und den Lebensstandard sorgen.

Nun stellen sich dazu drei Fragen. Ist dies gut und richtig so? Also eine ethisch-moralische Frage. Ist es ökonomisch sinnvoll? Und: Ist es sozialpolitisch von Belang?

Zur Frage, ob dies so gut und richtig ist, möchte ich antworten: Menschen, junge und alte Menschen, pflegebedürftige Menschen, betreuungsbedürftige Menschen brauchen liebevolle Zuwendung, sie brauchen Zeit und Freiraum. Ich meine, das ist unbestritten. Ob diese Aufgabe Frauen oder Männer, nicht erwerbstätige Menschen, Teilzeit arbeitende Menschen, Vollzeit erwerbstätige Menschen oder auch Menschen, die diese Tätigkeit professionell als Beruf unter den Qualitätskriterien Zeit und Freiraum ausüben, ist nicht entscheidend.

Zur Frage, ob diese Ausgestaltung des konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaats-Modells ökonomisch sinnvoll ist – wir haben auch dazu schon etwas gehört –: Ich denke nicht, ich denke ganz sicher nicht. Ich möchte nur drei Gründe hierfür ganz kurz erwähnen. Wir haben in Österreich erreicht, dass es massive Bildungsinvestitionen in die Frauenausbildung gibt. Das ist gut und richtig so, aber diese Bildungsinvestitionen sind erst dann sinnvoll, wenn die Frauen das Gelernte auch nützen können und **nicht**, wenn sie aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden oder sich mit wenig qualifizierter Teilzeitarbeit zufrieden geben müssen.

Wirtschaftswachstum, Produktivitätsfortschritt und damit natürlich auch Standortsicherung brauchen qualifizierte Frauen als Arbeitskräfte, vor allem dann, wenn das Arbeitskräfteangebot wie prognostiziert in den nächsten Jahren sinken wird.

Das hohe Niveau der sozialen Sicherheit in Österreich wird durch eine hohe Erwerbsbeteiligung gesichert. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch ganz kurz ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Prisching sagen. In Österreich werden etwa Pensionen vor allem durch Beiträge aus der Erwerbsarbeit finanziert, und das gesamte soziale System, wie Sie ganz sicher wissen, funktioniert so. Daher geht es darum, dass wir viele Menschen und insbesondere viele Frauen in Erwerbsarbeit haben.

Ob diese Ausgestaltung sozialpolitisch von Belang ist? – Ja, sie ist von entscheidendem Belang, denke ich. Und genau hier ist für mich ein wichtiger Punkt festzumachen: Wenn Familienpolitik in den bereits erwähnten Zeiten der Globalisierung, der Flexibilisierung, der allgemeinen Unsicherheit jene Löcher stopfen soll, die der Sozialstaat heute zum einen aufreißt zum anderen nicht schließen will – und hier liegt die Betonung auf „will“ – oder auch nicht schließen kann, weil er seine finanziellen Mittel vor allem in die Finanzierung des Ernährermodells, in das konservative Familienbild fließen lässt, sind mehrere Folgen klar und nachweisbar. Ich nenne nur ganz kurz einige – es gibt viele mehr –: Eine Folge ist – und wir sehen sie – Familienarmut, Einkommensarmut und „working poor“. Wenn in einem Haushalt nur ein Einkommen zur Verfügung steht und viele Personen davon leben müssen, ist Armut für viele Haushalte vorprogrammiert. Wenn Frauen Teilzeit arbeiten und sie verlieren diesen Arbeitsplatz, sind sie im System der sozialen Sicherheit sehr, sehr schlecht abgesichert, das ist klar. Familienarmut, Einkommensarmut wird also befördert.

Die Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird verfestigt, weil weiterhin **jede Frau** – egal, ob sie selbst Kinder bekommt oder nicht – **potentielle Mutter** ist und damit als potentielle Familienbetreuerin auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erleidet. Die Schere zwischen den wohlhabenden und den armen Haushalten geht infolge einer solchen Familienpolitik natürlich auf und eine weitere Privatisierung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen erscheint folgerichtig, weil ja die Familie die Löcher, die nicht mehr zu stopfen sind, schließen soll.

Mag. Gabriele Schmid

Aus einer Fülle von Gründen plädiere ich daher für drei Anliegen, die mir ganz besonders wichtig erscheinen. Das eine ist – und da zitiere ich ganz kurz Bertolt Brecht, der sagt, „wenn die Worte schon wie Asche in meinem Mund sind“, denn so empfinde ich das tatsächlich –: Geld, Initiative, finanzielle Mittel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weiters für alle zugängliche Dienstleistungen, qualitativ hochwertige Dienstleistungen für die Familie, wie Kinderbetreuungseinrichtungen, wie natürlich, in Zukunft besonders wichtig, Pflegeeinrichtungen, mobile Dienste, aber auch viele andere Dinge, wie Zugang zum öffentlichen Verkehr beispielsweise, und schließlich gleiche und gerechte staatliche Unterstützung und Förderung für **alle** Familienformen. – Danke.

12.29

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Als nächsten Experten bitte ich Herrn Günter Danhel, nominiert von der Freiheitlichen Partei, zum Rednerpult.

12.30

Günter Danhel (Institut für Ehe und Familie): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Auswirkungen der Geburtenentwicklung auf die Gesellschaft bei repräsentativen Befragungen weithin als nachhaltig eingeschätzt werden, wurde bereits erwähnt. Wie kann angesichts dieser Ausgangssituation eine **Nachwuchssicherung** und damit die **Zukunft der Gesellschaft** gewährleistet werden? – Bei der Beantwortung dieser Frage muss die Erörterung des Zusammenhangs zwischen Ethik und Demographie über einen Hinweis auf das von Hans Jonas propagierte Prinzip Verantwortung hinaus aus Zeitgründen leider unberücksichtigt bleiben.

Ein weit verbreitetes Vorurteil lautet, dass angesichts der Komplexität individueller und gesellschaftlicher Voraussetzungen für die elterliche Entscheidung **für** Kinder jedes Engagement zur Entfaltung einer Familienpolitik unter demographischen Gesichtspunkten ohnehin zwecklos sei. Eine derartige Auffassung birgt jedoch die Gefahr in sich, dass dadurch familienpolitisches Nicht-Handeln legitimiert wird. Andererseits bedarf die demographische Situation einer differenzierten Wahrnehmung: Neben dem Versuch, die demographische Entwicklung durch Migration zu korrigieren, schien es bisher fast ein Tabu zu sein, die Geburtenentwicklung selbst aktiv in den Blick zu nehmen.

Jede Maßnahme zur Beeinflussung der Geburtenrate muss aber mit den Grundsätzen und dem Grundverständnis einer wahrhaft freiheitlichen Gesellschafts- und Rechtsordnung im Einklang stehen. Ein derartiges Handeln ist keinesfalls ideologisch begründet, sondern die grundlegenden Ziele des Gemeinwesens verlangen nach einer **günstigeren demographischen Entwicklung**, wobei es nicht mehr um Bevölkerungswachstum, sondern um eine nachhaltige Schwächung des Bevölkerungsrückganges geht.

Nicht Nachwuchs in quantitativer Hinsicht, sondern auch das Begabungs- und das Leistungspotential der Familien ist zu sichern. Sowohl passiv-individualistische und liberalistische Grundmuster wie auch kollektiv-autoritäre Modelle – etwa im Sinne einer Bevölkerungspolitik unseligen Angedenkens – zur Steuerung der Geburtenentwicklung sind abzulehnen. Eine auch bevölkerungsbewusste Familienpolitik orientiert sich am Menschen als personales Wesen in der Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft.

Es kann keine Identität zwischen individuellen und gesellschaftlichen Leitbildern mehr vorausgesetzt werden, da der Staat keinen direkten Einfluss auf persönliche und individuelle Entscheidungen nehmen kann und nehmen darf. Andererseits dürfen familienfeindliche politische und wirtschaftliche Bedingungen nicht die Entscheidung für oder gegen Kinder bestimmen.

Günter Danhel

Ich zitiere den deutschen Bevölkerungswissenschaftler Max Wingen: „Die institutionelle Rahmenordnung und die organisatorischen Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind so anzulegen, dass die Verfolgung der individuellen Interessen der einzelnen Paare mit der Erreichung eines auch demografisch ausgerichteten Allgemeininteresses möglichst übereinstimmt – und zwar auf freiheitlicher Grundlage.“ – Zitatende.

Diese ethische Ausgangssituation bestimmt Ansatzpunkte, aber auch Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik. Die 1968 in Teheran ergänzte Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen schreibt das Recht der Paare fest, frei, verantwortlich und informiert über die Zahl ihrer Kinder und den Abstand ihrer Geburt zu entscheiden. Diese Freiheit verlangt allerdings auch, dass Entscheidungen für Kinder nicht auf Grund soziokultureller Bedingungen zur Beeinträchtigung der Lebensentfaltung oder gar zur Armut führen. Wirtschaftliche Systemzwänge dürfen nicht die reproduktiven Rechte einschränken.

Für die Lebensplanung muss Familienpolitik stets verlässlich und nachhaltig sein. Daher ist die gesellschaftliche Ordnung so zu gestalten – und ich zitiere wiederum Wingen –, dass es für den Einzelnen interessant und im Hinblick auf seinen Lebensstil vernünftig erscheint und als lebenssinnstiftend erlebt werden kann, wenn er sich auch für mehrere Kinder entscheidet. – Zitatende.

Daher ist **Familienpolitik** als eine konsistente – das heißt, in sich widerspruchsfreie – **Gesellschaftsordnungspolitik** mit Querschnittscharakter, die den Bedürfnissen junger Paare und Eltern entspricht, auszugestalten. Sie muss ebenso gleichberechtigungsorientiert sein, wie im Sinne der Wahlfreiheit für eine konfliktfreie Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit sorgen. Wohnverhältnisse und Wohnumfeldbedingungen sollen den Bedürfnissen von Familien entsprechen. Demographische Information und Bildung sind verstärkt im Bildungswesen zu berücksichtigen.

Ein familiengemäßes Einkommen – auch unter dem Gesichtspunkt der familiären Leistungen hinsichtlich der Erziehung der Kinder und der Pflege vor allem älterer Angehöriger – ist sicherzustellen. Dazu dient eine familiengerechte Besteuerung ebenso wie die Berücksichtigung von Familienleistungen im Bereich der Sozialversicherung. Der Lastenausgleich – und auch das wurde heute bereits erwähnt – ist zu einem Leistungsausgleich weiterzuentwickeln.

Die Realisierung eines systematischen Ansatzes in der angesprochenen Breite und Nachhaltigkeit ist auch in Österreich bisher noch nicht unternommen worden. Dafür ist es eine, wenn nicht die zentrale Voraussetzung – und ich möchte hier mit einem Zitat von Wingen schließen –, dass eine zukunftsbezogene Politik der Fernverantwortung für nachfolgende Generationen jene Unterstützung findet, die sie angesichts starker Tendenzen in unserer Gesellschaft, Gegenwartsinteressen zu Lasten von Zukunftsinteressen durchzusetzen, sehr dringend braucht. – Zitatende.

Oder, um mit Giscard d'Estaing, dem Präsidenten des Europäischen Verfassungskonvents, zu schließen, der gemeint hat: „Ein Politiker denkt an die nächsten Wahlen, Staatsmänner denken aber in Generationen!“

12.35

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Wir kommen nun zum letzten Statement in dieser ExpertInnenrunde, und ich darf Frau Dr. Novy, nominiert von der grünen Fraktion, zum Rednerpult bitten.

12.35

Dr. Katharina Novy (Soziologin): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich in der Fülle möglicher Themen auf zwei Fragen konzentrieren, zwei wesentliche Fragen für Familienpolitik, nämlich: Wie befasst sich **Familienpolitik** mit **Vätern?** und: Wie

Dr. Katharina Novy

befasst sich **Familienpolitik** mit der **Arbeitswelt**? Diese Fragen hängen sehr stark zusammen. In beiden Bereichen ist eine Fülle von Lippenbekenntnissen zu hören: Väter sind wichtig für Kinder, es geht um die Erhöhung der Karenzväter-Zahl, darum, engagierte Väter zu unterstützen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Allein die Frage ist, wo es weiter geht als Lippenbekenntnisse.

Wir haben schon von der Realität gehört: Etwa 2 Prozent der Kinderbetreuungsgeld-BezieherInnen sind **Väter**. Wenn man sich freut, dass es nicht mehr 1 Prozent, sondern 2 Prozent sind, ist das eine recht niedrige Latte, die da angelegt wird, denn das bedeutet, dass nur zwei von 100 Personen, die zu Hause bleiben, um ihre Kinder zu betreuen, Männer sind. Hier scheint kein sonderlicher Handlungsbedarf gesehen zu werden. Das viele Geld, das zusätzlich in das Kinderbetreuungsgeld gesteckt wurde, hat hier keine große Veränderung gebracht, da wurde nicht viel in die Richtung überlegt: Was ermöglicht es auch Vätern, das wirklich in Anspruch zu nehmen?

Nach der Geburt von Kindern bleiben meist Frauen zu Hause, Väter hingegen arbeiten mehr, weil sie sich nun noch mehr für das Einkommen zuständig fühlen. Die Schere geht also auseinander. Väter bleiben damit Freizeitväter; für den Alltag der Familie sind die Frauen zuständig. Hierbei handelt es sich um ein Wechselspiel von hartnäckigen Rollenbildern einerseits und Realitäten der Arbeitswelt andererseits.

Zu den hartnäckigen Rollenbildern: Ja, auch da gibt es politischen Handlungsbedarf, das heißt, dass konkrete Bewusstseinsbildungs-Projekte angegangen werden müssen. Ein paar Werbeplakate nützen nichts. Es geht darum, Projekte in der Jugendarbeit, Projekte in der Schule, Projekte von Männerberatungsstellen und so weiter zu unterstützen, um da eine Veränderung in Gang zu bringen.

In der Realität der Arbeitswelt gibt es sehr viel zu verändern. – Schon in den achtziger Jahren hat die Soziologin Beck-Gernsheim vom „Eineinhalb-Personen-Beruf“ gesprochen, was so viel bedeutet wie, dass die **Arbeitswelt** so organisiert ist, dass für jeden Berufstätigen noch eine halbe Arbeitskraft nötig ist, um die Alltagsarbeit mitzuorganisieren. Ich denke, dass sich das durch die Entwicklungen in der Arbeitswelt seither noch verschärft hat.

Was bedeutet diese Vorstellung vom „**Eineinhalb-Personen-Beruf**“ konkret? – Das heißt, dass Väter im Alltag der Familie weitgehend abwesend sind, dass es den Frauen überlassen bleibt, die Vereinbarkeit zu ermöglichen, was sehr schwer ist, und dass es für einen Teil von Frauen die Möglichkeit gibt, diese Tätigkeiten wiederum an andere Frauen zu delegieren, also eine Hierarchisierung unter Frauen: schlecht bezahlte, prekäre Arbeitsbedingungen im Haushalt für wenige, vor allem MigrantInnen-Frauen. Nur wenige qualifizierte Frauen leisten sich das.

Familienpolitik kann nicht als ein Segment behandelt werden, das für sich steht und isoliert ist von den restlichen Politikbereichen. Wesentlich ist, Familienpolitik als Querschnittspolitik zu betrachten. Wenn neben der Familienförderung eine Wirtschaftspolitik betrieben wird, die sehr stark auf Liberalisierung und Deregulierung ausgerichtet ist, dann erschwert das natürlich den ArbeitnehmerInnen, diese Vereinbarkeit zu schaffen.

Es gibt ein Auseinanderdriften von **Arbeitszeiten**: einerseits Vollzeit plus Überstunden für Männer, andererseits Teilzeit oder gar prekäre Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung vermehrt für Frauen. Im Sinne einer partnerschaftlichen Entwicklung ist dieses Auseinanderdriften ganz sicher nicht erwünscht, sondern es ginge darum, das wieder zusammenzuführen, und es ist, denke ich, eine so ganz aus der Mode gekommene Forderung wie Arbeitszeitverkürzung sehr wichtig, um diese Spaltung in zwei Arbeitsmärkte nicht weiter voranzutreiben.

Dr. Katharina Novy

Die Initiative „Recht auf Teilzeit“ geht dennoch in eine sehr wichtige Richtung, sie geht nur viel zu wenig weit, weil das, wie Berechnungen zeigen, unter den jetzt vorgeschlagenen Bedingungen nur etwa 23 Prozent der Arbeitnehmerinnen in Anspruch nehmen könnten.

Es geht um qualifizierte Teilzeitarbeit – das ist schon richtig –, es braucht qualifizierte Teilzeitarbeit auch für Männer, und es braucht eben diesen Ausgleich zwischen den Geschlechtern. Es braucht eine Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern, um Frauen die Vereinbarkeit tatsächlich zu ermöglichen, aber auch, um die Vereinbarkeit den Männern zu ermöglichen, das heißt, innerhalb der Familie nicht nur der Ernährer zu sein, sondern tatsächlich auch präsent zu sein und aktiv Verantwortung übernehmen zu können sowie – und das halte ich für wichtig – den Kindern zu ermöglichen, in ihrer Familie präzente Väter und damit auch andere Geschlechterrollen erleben zu können.

12.41

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Wir sind jetzt am Ende der zweiten ExpertInnenrunde angelangt und treten damit in die Diskussion ein, in der eine Redezeitbeschränkung von 5 Minuten besteht. Um 13 Uhr wird die Sitzung für eine etwa einstündige Mittagspause unterbrochen werden.

Als Erste werde ich selbst das Wort ergreifen.

Diskussion

12.42

Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! In den familienpolitischen Debatten steht natürlich immer die Frage des Familienbegriffes, des Familienbildes, das der jeweilige, die jeweilige vertritt, im Mittelpunkt. Und das ist natürlich keine theoretische Diskussion, denn davon leiten sich ja dann auch die konkreten politischen Maßnahmen ab.

Auch heute ist es mir über weite Strecken so vorgekommen, als würden die einen zwar feststellen, dass sich die gesellschaftlichen Realitäten verändert haben, dem aber noch immer eine abwertende, negative, nachtrauernde Bewertung anschließen. Die andere Denkschule besagt: Realitäten sind, wie sie sind; wir haben Lebenswünsche zu entsprechen und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen.

So wird zum Beispiel vom „Ausfransen der Familie“ gesprochen oder die Frage erörtert, ob die Ehe überholt sei oder nicht. – Ich halte das für obsolet, auch wenn wir hören, wie viele gerne in einer Ehe leben wollen. Wir sehen ja, wie viele heiraten und wie viele Lebensrealitäten ein paar Jahre später ganz anders ausschauen. Ob sie gewünscht sind oder nicht, mit diesen Lebensrealitäten haben wir uns jedenfalls auch politisch auseinander zu setzen.

Die Frage nach den Lebensformen, nach dem Familienbild spielt einerseits bei den konkreten politischen Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle, aber auch dann, wenn wir darüber diskutieren, welche grundlegenden gesellschaftlichen Zielsetzungen wir miteinander festlegen wollen. Diese Frage wird jetzt auch im Zuge des Österreich-Konvent erörtert. Dort hat die sozialdemokratische Fraktion als Erste einen sehr umfassenden und ambitionierten Grundrechtskatalog vorgelegt. Man kann nun nachschauen, wie es eine Partei mit der verfassungsrechtlichen Absicherung der Familie oder mit für die Familie wichtigen Rahmenbedingungen hält.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass zum Beispiel laut Entwurf der Sozialdemokratischen Partei alle Familienformen den gleichen verfassungsrechtlichen Schutz verdienen,

Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl

dass dieser verfassungsrechtliche Schutz gewährleistet sein muss – egal, ob es eine traditionelle Ehe ist, ob es eine Lebensgemeinschaft ist, ob es Alleinerziehende sind, Patchwork-Familien, homosexuelle Paare, welche Lebensform auch immer. Im Vergleich dazu soll laut Entwurf der ÖVP der Schutz der Familie nur dem traditionellen Familienmodell zugesichert werden, was dann schon auch wesentliche politische und rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Ich möchte Sie zudem noch davon in Kenntnis setzen, dass im Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion auch **spezifische Lebenssituationen** beziehungsweise deren Berücksichtigung und Unterstützung im **Grundrechtskatalog** festgeschrieben werden sollen. Zum Beispiel wäre aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion ein eigener Artikel zur Festlegung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr wichtig, und zwar in Gestalt eines konkreten Auftrages an den Staat und als ein Recht, das Bürger und Bürgerinnen in Anspruch nehmen können, dass wir also nicht immer nur schöne Worte hören – wie wir das auch heute wieder gehört haben –, sondern dass das auch wirklich als Rechtsanspruch in der Verfassung verankert ist.

Aus unserer Sicht wäre es auch wichtig, einen **Rechtsanspruch** auf familiengerechte Arbeitsbedingungen, einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, auf Alten- und Krankenpflege zu verankern und vieles andere mehr. Ich glaube, dass die Diskussion darüber im Konvent eine wichtige Nagelprobe dafür sein wird, auf welche gemeinsamen gesellschaftspolitischen Festlegungen, Verpflichtungen wir hier im Stande sein werden, uns zu einigen.

Zu den Rahmenbedingungen – in aller Kürze, denn ich möchte mich natürlich auch in die 5-Minuten-Redezeitbeschränkung halten. Wir haben im Sommer eine Wertedebatte geführt, in der es darum ging, wie es mit dem Kinderwunsch ausschaut und weshalb dieser in wesentlich geringerem Ausmaß realisiert wird, als er vorhanden ist. Diesbezüglich habe ich den heutigen Hinweis darauf, dass im Ländervergleich genau dort die höheren Geburtenraten zu verzeichnen sind – also junge Menschen den Kinderwunsch eher realisieren –, wo die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind, sehr wichtig gefunden. In Österreich hingegen wird verstärkt auf Geldleistungen, auf Transferleistungen gesetzt.

Ich möchte diese Erkenntnis mit einer weiteren Beobachtung unterstützen, die wir in den letzten Wochen in einigen Artikeln machen konnten, nämlich dass – wenn man es schichtspezifisch betrachtet – genau jene Schichten, also Bildungsschichten, die Verweigerung am stärksten „leben“ und keine Kinder bekommen, die ökonomisch gut dastehen, die weniger auf die Geldleistungen angewiesen sind, was die These, dass wir mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um die entsprechenden Rahmenbedingungen auszubauen, zusätzlich stützt.

Wir haben heute gehört, dass die Vereinbarkeit ein wichtiges Ziel sei. Wir hören das immer als Lippenbekenntnis, es fehlen mir aber in den letzten Jahren die entsprechenden politischen Maßnahmen, die ich auf Grund der Redezeitbeschränkung nur ganz kurz ansprechen möchte.

Natürlich sind dafür die **Kinderbetreuungseinrichtungen** ganz wichtig. Es hat sich jedoch die Bundesregierung leider von der Verantwortung, die der Bund dafür tragen muss, könnte und irgendwann einmal wahrgenommen hat, völlig verabschiedet. Es gibt sogar unterschiedliche Interpretationen über die fehlende Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir sind uns aber darin einig, es fehlen welche, und zwar in viel zu großem Ausmaß. Für uns ist es ganz wichtig, einzufordern, dass der Bund seine Verpflichtung wahrnimmt, Entsprechendes vorzunehmen.

Zur Frage der **Elternteilzeit**: Sie wurde heute als große Errungenschaft dargestellt. Bundesminister Bartenstein hat von einem „wichtigen Mosaikstein“ gesprochen. Es

Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl

wäre eine ganz wichtige Maßnahme, allerdings wird die Art und Weise, wie das jetzt umgesetzt werden soll, nämlich gekoppelt an einerseits die Betriebsgröße – obwohl man weiß, dass das den meisten Betrieben in Österreich nicht entspricht – beziehungsweise andererseits an die jeweilige Verweildauer im Betrieb – obwohl man weiß, dass die Mobilität immer mehr zunimmt –, dazu führen, dass es kaum jemand in Anspruch nehmen kann.

Also: ein derartiges Recht auf Elternteilzeit hilft nicht wirklich weiter! Was wir brauchen, ist ein Recht, das alle in Anspruch nehmen können – egal, in welchem Betrieb sie arbeiten, ob dieser zufällig groß oder klein ist. Das Kind kann ja wirklich nichts dafür.

Das **Kindergeld** gehört – die OECD-Studie wurde ja zitiert – aus unserer Sicht weiterentwickelt, verbessert, denn es ist ein viel zu starres Modell. Die Bezugsdauer gehört flexibilisiert. Im Moment sind die Anreize so gestaltet, dass man möglichst lang „im Block“ aussteigt und es damit „möglichst“ schwer hat, wieder einzusteigen. Das wäre durch Maßnahmen, die nichts kosten, etwa indem man eine Flexibilisierung der Bezugsdauer verankert, dass man sich also die Zeit für später „aufheben“ und in kleineren Blöcken konsumieren kann, ganz leicht zu bewerkstelligen. Ich verstehe nicht, warum das nicht schon längst in Angriff genommen worden ist.

Die Frage der Zuverdienstgrenze ist bereits angesprochen worden, ebenso die ganz entscheidende Frage der Angleichung des Kündigungsschutzes.

Ein Punkt, der mir besonders wichtig ist, betrifft die Frage der **Familienarmut**. Von Regierungsseite wird immer das Kindergeld als **die** wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der Familienarmut dargestellt. – Aus meiner Sicht stellt sich das genau gegenteilig dar. Natürlich, in der Zeit, in der man diese Geldleistung bezieht, ist es eine Hilfe, eine Unterstützung, durch die langen Ausstiegszeiten ist jedoch der Wegweiser in Richtung Armut gesetzt, das ist überhaupt keine Frage!

Wir wissen aus sämtlichen Studien, dass die armutsgefährdeten Familien jene Familien sind, in denen es nur ein Einkommen gibt, das heißt also, dass es ganz entscheidend für die Bekämpfung der Familienarmut ist, dass es in den Familien zwei Einkommen gibt, dass es auch ein Fraueneinkommen gibt und dass die Frauen, wenn sie einer Berufstätigkeit nachgehen wollen, dabei unterstützt werden.

Der letzte Punkt, den ich noch kurz ansprechen möchte, ist die Frage der **bedarfsorientierten Mindestsicherung**. Ich halte das für einen entscheidenden Punkt, den wir im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Familienarmut verstärkt diskutieren sollten. Ich denke, wir sollten es uns leisten, das zweite soziale Netz entsprechend umzubauen, um diejenigen darin aufzufangen, die in derartige Notsituationen kommen; dies sollte aus unserer Sicht natürlich immer damit verbunden sein, dass sie eine Unterstützung bekommen, um wieder auf eigenen Beinen stehen zu können. – Wir sollten diese Diskussion im Sinne einer tatsächlichen Bekämpfung von Familienarmut schleunigst beginnen!

12.52

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Tancsits. – Bitte.

12.52

Abgeordneter Mag. Walter Tancsits (ÖVP): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal für die Fülle von Informationen und Darstellungen danken, die wir in einem ungemein dichten Programm von den Experten heute bekom-

Abgeordneter Mag. Walter Tancsits

men haben. Das ist, meine ich, eine gute Grundlage dafür, das Thema der Enquete, „Familie – Generationen – Solidarität“, zu diskutieren.

Was wollen wir als handelnde Politiker von einer solchen Veranstaltung? – Letzten Endes sind das die Überprüfung und Evaluierung bereits gesetzter politischer sowie die Überprüfung der Zielrichtungen künftiger, ins Auge zu fassender Maßnahmen.

Ich nehme dankenswerterweise daraus mit, dass der Zusammenhang zwischen Generationenpolitik, Pensionsvorsorge, Altersvorsorge – um gleich die konkreten Stichworte zu sagen, über die wir ja in Österreich jahrelang diskutiert haben – sowie Familienpolitik und Nachwuchs in einem Land, in einer Gesellschaft als gegeben angesehen wird. Das halte ich für etwas Wesentliches und ein bisschen auch für einen Paradigmenwechsel in der österreichischen Politik – wenn ich mich etwa daran erinnere, dass man noch Ende der neunziger Jahre jenen Politikern, die diese Zusammenhänge hergestellt haben, eine überkommene Mutterkreuz-Ideologie und alles Mögliche angehängt hat.

Meiner Überzeugung nach ist einer der Schlüsse daraus, dass man bei den staatlichen Unterstützungssystemen unseres Wohlfahrtsstaates, bei den staatlichen Transferleistungen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit auch auf **Generationen-Verteilungsgerechtigkeit** zu achten hat, dass es also nicht nur darum geht, die allseits diskutierte Gerechtigkeit der Verteilung des Wohlstandes zwischen Arm und Reich – das ist ein ganz wesentlicher Punkt jedes Wohlfahrtsstaates –, sondern auch jene der Verteilung zwischen den Generationen herzustellen. Und daher ist es meiner Ansicht nach richtig und eine Bestätigung der Politik der letzten Jahre, verstärkt in die nachkommende Generation zu „investieren“, ist vielleicht ein schlechtes Wort, aber zumindest ein wenig in diese Richtung zu gehen.

So wird etwa von den arbeitsabhängigen Lohnnebenkosten in Österreich, wie wir wissen, ein sehr großer Anteil für die ältere Generation ausgegeben, ein sehr viel geringerer Anteil jedoch – einer der Experten, ich glaube, es war Mag. Guger, hat ja dargelegt, dass wir eigentlich einem Dreigenerationenvertrag unterliegen – für die nachwachsende Generation. Daher ist es richtig, in dieser Hinsicht verstärkt Maßnahmen zu setzen, aber auch in der Diskussion sensibel zu sein.

Frau Mag. Brauner hat gesagt, dass im Zuge der Pensionsreform durch Wortwahl und bestimmte Ausdrücke Vertrauen zerstört wurde. – Das unterstreiche ich. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, es wäre Pensionsraub, wenn einem Pensionisten 2 € fehlen. Auf der anderen Seite aber sagen Experten – niemand aus diesem Kreis –: Wenn uns in der Krankenversicherung das Geld fehlt, dann besteuern wir den Kids eben das Snowboard oder das Schifahren und so weiter! Da erfolgt dann kein ähnlicher Aufschrei in unserer Gesellschaft.

Ich unterstreiche alles, was in Richtung **Elternteilzeit** gesagt wurde. Es ist natürlich ein Einstiegsmodell und noch nicht das Beste auf der Welt. Aber ich halte es für vollkommen richtig, damit zu beginnen, damit sich eine Entwicklung ergibt. Ich vertrete keine 100-Prozent-Modelle wie das österreichische Sozialpartnerschaftsmodell: Beide Seiten verlangen jeweils 100 Prozent, und dann einigt man sich augenzwinkernd darauf, dass überhaupt nichts weitergeht.

Daher ist es wichtig, einmal einzusteigen! 100 Prozent werden die Möglichkeit haben, das zu nützen, 23 Prozent mit einem gerichtlich durchsetzbaren Rechtsanspruch. Ich halte das auch deshalb für ausgesprochen geschickt, weil es nicht, wie wir es gewohnt sind, eine lohnabhängige Leistung ist, es keinen zusätzlichen Beitrag von Arbeitnehmern und Arbeitgebern abverlangt, sondern ein Appell ist, durch Organisationsinnovation, durch Teamgeist in einem Unternehmen geschickte Lösungen zu finden. Das heißt, diejenigen Unternehmen, die das umsetzen, werden vielleicht sogar einen Vorteil

Abgeordneter Mag. Walter Tancsits

daraus ziehen können. Und jene, die es nicht haben, werden die Arbeitskräfte, die sie für ihr Reüssieren brauchen, vielleicht nicht behalten können.

Ich glaube, Transferpolitik kann nicht alles übernehmen, es geht auch darum, den Menschen etwa über das Steuermodell nicht Dinge wegzunehmen, um ihnen nachher Unterstützungen zu geben und sie abhängig zu machen. Daher begrüße ich ausdrücklich, dass die Ungerechtigkeit, die bisher für Personen mit Kindern in der Besteuerung bestanden hat, mit der Steuerreform zumindest teilweise aufgehoben wird. Bisher war nämlich das Gegenteil von dem, was Sie, Frau Mag. Schmid gesagt haben, der Fall. Unser Steuermodell ist genau das gegenteilige Modell, es ist eine logische Sache: Individualbesteuerung plus Steuerprogression fördert die Zweiverdiener-Familie.

12.59

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: Die nächste und damit letzte Wortmeldung vor der Mittagspause stammt von Frau Abgeordneter Steibl. – Bitte.

13.00

Abgeordnete Ridi Steibl (ÖVP): Frau Vorsitzende! Werte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Enquete! Ich möchte eingangs eine Frage an Sie, Herr Mag. Guger, stellen und Sie diesbezüglich um weitere Ausführungen bitten. Sie haben gemeint, wir brauchen ein neues Erziehungsmodell, das dem Arbeitsmarkt gerecht wird; so zumindest habe ich es verstanden, aber vielleicht können Sie später noch näher darauf eingehen. Ich möchte dazu nur Folgendes sagen: Jahrzehntlang hat es geheißen, dass Kinder **gefördert** gehören, nicht aber, dass sie **gefordert** gehören. Und wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, dann geht das jetzt doch in Richtung Leistungsorientierung.

Ein bisschen belebt, so meine ich, wurde die Debatte durch die Wortmeldungen von Frau Mag. Gabriele Schmid von der Arbeiterkammer und von Frau Dr. Katharina Novy.

Ich denke, dass es gerade bei dieser Enquete heute um viel mehr geht als um ein Aufrechnen dessen, wer was nicht zulässt. Dass die Frauen- beziehungsweise Familienpolitik dieser Regierung konservativ ist, sei dahin gestellt, die Frage ist, wie wir mit **Werten** umgehen. Ist konservativ wirklich etwas so Negatives? Wie lege ich den Begriff „**konservativ**“ aus? Was steckt da drin? Diese Form der Koalitionsregierung gibt es erst seit dem Jahr 1999, davor hat es 30 Jahre SPÖ geführte Regierungen gegeben – da hätte man, wenn man schon so polemisch ist, Stichwort Frauenministerin und so weiter, schon vieles in die Wege leiten können.

Ich denke aber auch, dass vieles nicht schlechter geworden ist. Wenn ich nur als Beispiel anführe, dass mehr Frauen als Männer ein Studium abschließen – zwar inskribieren mehr Männer als Frauen, aber ihr Studium zu Ende bringen bei weitem nicht so viele –, so spricht das doch für eine sehr hohe Qualifizierung. Eine Regierung kann nicht festlegen, ob Frauen nur „Familienarbeit“ – unter Anführungszeichen – innerhalb des Haushaltes leisten, vielleicht auch noch Teilzeit arbeiten sollen beziehungsweise dürfen, sondern ich denke, dass wir in diesem Jahrhundert so weit sind, dass wir den Frauen, den Müttern, den Vätern, den Männern die freie Wahl darüber eigentlich zugehen können. Ich denke, dass die Menschen vor Ort nicht dumm sind – um dieses Wort zu gebrauchen –, sondern sehr wohl **selbst** entscheiden können, wie sie ihr Familienbild eine gewisse Zeit lang planen wollen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, annähernd einen Europavergleich aufzustellen. Daran erkennt man, dass Österreich – das habe ich schon in meinem Eröffnungsstatement gesagt – in Bezug auf **Familienpolitik** sehr gut liegt und dass gerade das **Kinderbetreuungsgeld** – obwohl Sie das nicht hören wollen; auch dass es eine Novellierung gibt, ist gut, denn dann wird man sehen, was eben an Schritten noch notwendig ist, um

Abgeordnete Ridi Steibl

das zu verbessern – für viele Familien sehr wohl zur Armutsbekämpfung beiträgt – **ohne** dass Frauen zurück an den Herd gedrängt werden, wie das seitens der Opposition immer so formuliert wird!

Ebenfalls noch einmal erwähnen möchte ich die **Steuerreform**. Wenn es 900 000 Alleinverdiener gibt, davon 100 000 AlleinerzieherInnen, so denke ich, dass gerade die Anhebung des Alleinverdienerabsetzbetrages durch einen zusätzlichen Kinderzuschlag und einiges mehr Leistungen sind, um die Armutsgefährdung abzubauen.

Ich möchte weiters noch einmal darauf hinweisen, dass es sehr wohl eine Unterstützung für **alle** Familienformen gibt. Haben Sie jemals schon gehört, dass die ÖVP Alleinerzieherinnen und -erzieher nicht unterstützt? – Das glaube ich wirklich nicht!

Stichwort **Elternteilzeit**. – Elternteilzeit wird möglich, und sie wird auch möglich bei weniger als 20 Mitarbeitern, nämlich bis zum 4. Lebensjahr des Kindes in Vereinbarung mit dem Unternehmer, mit dem Arbeitgeber.

In anderen Ländern wird über eine Ausweitung der Arbeitszeit gesprochen – heute ist hier die These aufgestellt worden, eine Arbeitszeitverkürzung einzuführen. Ich denke, man muss schon versuchen, in diesem Bereich sensibel vorzugehen, und sollte nicht jeden Tag Wünsche an das Christkind formulieren.

Eine Frage habe ich noch abschließend – Sie merken, dass mir besagte Ausführungen wirklich Spaß gemacht haben. Wenn es etwas so Negatives ist, wenn eine Mutter – jetzt bleibe ich bei dem Bild Mutter – sagt: Mir ist es wichtig – es geht ja auch um die Kinder und nicht nur um Mann und Frau –, eine gewisse Zeit zu Hause zu bleiben und die Familienarbeit innerhalb der Familie zu übernehmen!, dann frage ich Sie: Wie stehen Sie zum Lebensbild der Gattin des Zweiten Nationalratspräsidenten, die meines Wissens die Familienarbeit schon sehr lange und auch jetzt noch leistet? – Danke schön.

13.05

Vorsitzende Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl: An dieser Stelle **unterbreche** ich die Sitzung für eine Mittagspause und ersuche Sie, sich um 14 Uhr wieder hier einzufinden.

(Die Sitzung wird um 13.05 Uhr unterbrochen und um 14.05 Uhr wieder aufgenommen.)

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz (den Vorsitz übernehmend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich **nehme** die Sitzung **wieder auf**.

Ich hoffe, dass Sie eine angenehme Mittagspause verbracht haben und darf die nächste Rednerin zum Rednerpult bitten: Frau Abgeordnete Mag. Lapp. – Bitte.

14.06

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Frau Vorsitzende! Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir gestärkt in die nachmittägliche Diskussion einsteigen können. In meinen Ausführungen möchte ich darauf eingehen, dass an die Familien in unserer Gesellschaft sehr hohe Anforderungen gestellt werden, dass der Druck auf die Familien sehr stark ist. Wir haben heute schon von den verschiedenen Aufgabenbereichen, die Familien haben, gehört und davon, dass man in der Familie Solidarität leben lernen muss. Kindern wird vermittelt, dass man in einer Gemeinschaft gemeinsam und solidarisch Verantwortung tragen und auch verantwortlich leben muss.

Nun befinden sich diese Familien aber in einer Zeit, in der die staatlichen Leistungen weniger werden und in der die allgemeine gesellschaftliche Solidarität schrumpft. Dadurch erhöht sich der Druck auf die Familien, dadurch kommt es auch zu einer Art Privatisierung der Solidarität. Immer mehr Dinge werden in den Bereich Familie ver-

Abgeordnete Mag. Christine Lapp

lagert. Es ist wichtig, dass der Staat Leistungen zur Verfügung stellt und die Familien unterstützt. Der Staat kann nicht nur die Leistungen der Familien anerkennen, sondern es ist wichtig, dass der Staat auch da solidarisch mitmischet und mitwirkt. Nur die Anerkennung der Leistungen der Familien ist für die Familien, die konkrete Unterstützung brauchen, zu wenig.

Ich möchte dazu folgendes Beispiel bringen: Familien mit **behinderten Kindern** haben eine besonders hohe Verantwortung und haben sich den Wert „**Solidarität**“ sehr hoch gesteckt. Die Zahl der Familien, die erhöhte Kinderbeihilfe, Familienbeihilfe bekommen, ist im letzten Jahr gesunken. Es gibt verschiedene Barrieren beim Zugang zur erhöhten Familienbeihilfe. Das stellt eine sehr große Tour de Force für diese Familien dar.

Wenn diese Kinder heranreifen, jugendlich werden, erwachsen werden, dann können Sie sich vorstellen, dass diese „tour de force“ an Integration in die Gesellschaft, in das Bildungssystem, in das Ausbildungssystem und in den Beruf nicht nachlässt, sondern steigt. Eltern spüren auch die Verantwortung, wenn ihre Kinder erwachsen werden. Wenn behinderte Kinder erwachsen werden, wollen die Eltern wissen, wie es mit ihren behinderten Kindern weitergeht, wenn diese einmal alt sein werden.

Da ist es wichtig, dass das allgemeine solidarische System, dass der Staat Leistungen zur Verfügung stellt und nicht nur sagt: Wir erkennen euch an!, sondern es ist wesentlich, entsprechende Unterstützung zu geben. – Danke.

14.09

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mandak. – Bitte.

14.09

Abgeordnete Sabine Mandak (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister! Ich möchte mich vorab bei Frau Kollegin Steibl bedanken, die die Initiative für diese Enquete ergriffen hat. Es ist zwar in der Folge ein Vier-Parteien-Antrag geworden, aber die Initiative ist ursprünglich von ihr ausgegangen. Dafür ein sehr herzliches Dankeschön von dieser Stelle aus.

Ein Dankeschön möchte ich auch allen Referentinnen und Referenten, die am Vormittag hier Statements abgegeben haben, sagen. Es war ein sehr breites Bild, das sie von den verschiedensten Aspekten, die Familie betreffend, geboten haben. Als Grüne bin ich manchmal gewohnt, irgendwo zu sitzen und zu staunen, wenn ich gewisse Sachen höre. Dem war jedoch am Vormittag nicht so. Auch die Statements der Regierungsmitglieder waren so, dass ich mir gedacht habe: Okay! Aber – so habe ich mir weiter gedacht –: Wenn sie so reden, warum handeln sie dann nicht auch so?

Wenn Sie davon sprechen, dass **Familie** und **Erwerbsarbeit** miteinander vereinbar sein sollen, wenn beides möglich sein soll, dann frage ich Sie: Warum werden dem immer so viele Barrieren im Alltag und in der Praxis in den Weg gelegt? – Einerseits geht es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, andererseits um die Stärkung der Frauen oder zum Beispiel die Verteilungsgerechtigkeit. Wenn wir uns die Entwicklungen anschauen – das ist zum Teil schon am Vormittag angesprochen worden –, so können wir erkennen, dass diese in andere Richtungen gehen. Transferleistungen kommen verstärkt Männern zugute, **nicht** Frauen. Wir wissen, dass die Schere zwischen Armut und Reichtum immer weiter auseinander geht. Was die Frauenrechte oder die Positionen von Frauen betrifft, diesbezüglich tut sich zwar ein bisschen etwas, aber wenn wir so weiter tun, wird das ein Jahrtausendprojekt. Ich hingegen möchte nicht so lange warten. Das heißt, wir brauchen einfach andere Maßnahmen – Maßnahmen, die stärker greifen und zielgerichtet sind.

Abgeordnete Sabine Mandak

Man muss sich überlegen, welche Visionen eigentlich dahinter stehen, wenn man von Vereinbarkeit von Familie und Beruf spricht. Ich nenne Ihnen jetzt jene Vision, die ich habe, die wir Grüne haben: Das ist die Vision, dass sich künftig Männer und Frauen die Erwerbs- **und** die Familienarbeit teilen, weil wir der Überzeugung sind, dass es nur dann wirklich einen Aufschwung in den Familien geben kann, weil eben immer weniger Frauen bereit sind, diese Doppel- und Dreifachbelastung auf sich zu nehmen.

Ich bin der Überzeugung, dass es auch den **Männern** sehr gut täte, wenn sie die Chance hätten, sich im Bereich der **Familienarbeit** verstärkt einzubringen. Auch wenn die Umfrageergebnisse darauf hindeuten, dass die Männer dies ohnehin wollen, kann man aber, wenn man sich die Zahlen, die die Realität widerspiegeln, anschaut, feststellen, dass da dazwischen irgendetwas passiert. Eine Variante ist, dass die Männer sozial erwünschte Antworten geben. Sie wissen, dass sie das momentan als Mann sagen müssen, nämlich: Ich täte das ohnehin gerne, aber leider geht es nicht! – Die andere Variante sind tatsächliche Schranken, und zwar, dass sie ihre Erwerbsarbeit viel zu sehr fordert, sie viel zu sehr eingespannt sind und deswegen nicht mehr so viel Kraft für die Familie übrig haben.

Da gilt es – zumindest unserer Meinung nach! –, einzuhaken und es sowohl Männern als auch Frauen zu ermöglichen, wirklich in beiden Bereichen tätig zu sein und dadurch auch ihr Leben zu bereichern – nicht zuletzt deswegen, weil mehr Standbeine einfach mehr Sicherheit bieten.

Ich hatte das Privileg – jetzt sind meine Kinder schon groß –, über lange Jahre sozusagen drei Standbeine zu haben: Beruf, Familie und Politik. Irgendwie ist es immer gut gelaufen. Die Leute haben gefragt: Warum geht es dir gut, obwohl du so viele Sachen machst? – Meine Antwort war: Weil es immer gut gelaufen ist.

Andere, die „nur“ bei der Familie sind, sind, wenn die Kinder irgendeinen Quatsch machen, am Boden zerstört, weil die Erziehung sozusagen der Fokus ihres Lebens ist, ihre Hauptbeschäftigung ist, und dann bricht für sie sehr viel zusammen.

Wenn sowohl der Mann als auch die Frau erwerbstätig sind, dann ist natürlich eine finanzielle Absicherung gegeben. Damit ist eine Sicherheit, eine weit größere Sicherheit in den Familien da. Ich denke, dass das ein Aspekt ist, den man sehr oft zu bedenken vergisst, nämlich, welche Belastung hierbei auf den allein verdienenden und familienerhaltenden Männern liegt. Wenn wir uns die steigenden Arbeitslosenzahlen anschauen, dann müssen wir sagen: Das ist eine extrem hohe Belastung, die man nicht übersehen darf! Aber eine Erwerbstätigkeit von beiden Elternteilen bedeutet sozusagen auch eine Risikostreuung innerhalb der Familie.

Ich glaube, es braucht politische Steuerung und Maßnahmen. Konsens besteht darüber, dass **Familie ressortübergreifend** zu sehen ist. Das ist schon einmal ein Schritt. Wichtig scheint mir auch zu sein, dass die öffentliche Hand ihre beispielgebende Rolle wahrnimmt. Es gibt zig Tausende Arbeitsplätze, die in öffentlicher Hand sind, und da wäre die Möglichkeit der qualifizierten Teilzeitarbeit zu beweisen.

Leitende Funktionen in **Teilzeitarbeit** sind möglich, aber es gibt noch immer unheimliche Barrieren, weil gesagt wird: Man kann doch nicht einen leitenden Posten haben und nur 30 oder 35 Stunden in der Woche arbeiten! – Natürlich geht das, das ist eine Frage des Managements. Wir haben in Österreich viele Abgeordnete, die auch gute leitende Funktionen innehaben oder einen eigenen Betrieb leiten, und die schaffen das auch. Es wäre zu schaffen, wenn man es machen will.

Ein anderer Bereich sind die **finanziellen Investitionen**. Wir haben heute schon gehört, dass Österreich sehr viel Geld in die Familien investiert. Was aber getan wird, das ist, dass man sehr stark in eine Direktförderung investiert und die Infrastruktur ver-

Abgeordnete Sabine Mandak

nachlässigt. Es nützt einer Frau überhaupt nichts, wenn sie Kinderbetreuungsgeld bekommt, wenn aber keine Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden sind, in denen ihr Kind gut betreut werden kann. Bitte, wer immer auch von Wahlfreiheit spricht, dem muss ich sagen: Diese gibt es in sehr, sehr vielen Bereichen nicht! Da muss ganz stark in die Infrastruktur investiert werden.

Der vorletzte Punkt ist folgender: Man muss den Fokus auf die **Probleme der Familie** richten – und nicht so tun, als sei alles in Ordnung. Familien brauchen Unterstützung vor allem im finanziellen Bereich, um Armut in den Familien und auch zum Beispiel Gewalt in den Familien zu verhindern. Das war ein Thema, das heute nicht angesprochen worden ist. Es gibt noch sehr große Bereiche, die anzusprechen und zu bearbeiten wären.

Noch einmal aus unserer Sicht: Die Neuverteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern ist zu fördern, zu unterstützen als ein wesentlicher Schlüssel, damit Familie in Zukunft nach wie vor dieses erstrebenswerte Lebensbild bleibt, das es Gott sei Dank noch bei sehr vielen ist. – Danke.

14.16

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stehe jetzt selbst auf der Rednerliste und werde versuchen, die glückliche Fügung, dass die Glocke jetzt quasi ohne „Herrin“ ist, nicht auszunützen und mich an die Redezeitbeschränkung zu halten.

14.16

Abgeordnete Barbara Rosenkranz (Freiheitliche): „Familie“, „Generationen“ und „Solidarität“ – diese Begriffe eröffnen natürlich einen sehr weiten Zugang zu diesem Thema, und dementsprechend haben wir dies hier heute auch erfahren. Es gab Diskussionsbeiträge, die sich vor allem mit dem Thema „Familienbilder“ beschäftigt haben – das ist etwas, bei dem sicherlich der weltanschauliche Standort eine große Rolle spielt –, aber es gibt auch einen anderen Zugang, dem ich mich jetzt vor allem widmen möchte, und das ist ein Zugang, der auf Zahlen, Daten und Fakten beruht. Es ist nämlich so, dass zwischen Familien, in denen Generationen heranwachsen und herangezogen werden, und der Solidarität in der Gesellschaft ein enger und nicht lösbarer Zusammenhang besteht. Das ist ein Modell, das seit vielen Jahrtausenden in der Familie im einzelnen funktioniert, und es ist genau dieses Modell, nämlich, dass die Erwerbstätigen für die Alten und für die Jungen sorgen, das, auf die staatliche Ebene gehoben, der Sozialstaat ist, so wie wir ihn kennen.

Insofern ist dieses Verhältnis zwischen den Generationen eine mit Argusaugen zu kontrollierende und zu betrachtende Sache, wenn man davon ausgehen will, dass der Sozialstaat Österreich bestehen bleiben soll. Der Altersaufbau der Gesellschaft ist etwas ganz Entscheidendes dafür, ob wir unseren Sozialstaat in Zukunft behalten können. Insofern ist der **demographische Wandel**, der ja in allen Industriestaaten, vor allem auch in Europa – in Amerika ist das etwas abgeschwächt zu bemerken –, zu bemerken ist, eine ganz wichtige Voraussetzung für alle Planungen in der Politik. Diese Debatte gibt es überall in Europa, die Debatte darüber, inwieweit Pensionssysteme reformiert werden müssen, damit sie bestehen bleiben können. Keine Regierung unterzieht sich dieser Debatte freiwillig – ob Rot-Grün in Deutschland oder Schwarz-Blau in Österreich. Auch Rot-Schwarz musste diese Debatte im vorigen Jahrzehnt bereits führen, niemand führt sie – wie gesagt – freiwillig.

In diesem Zusammenhang habe ich auch gleich eine Frage an den Referenten Dr. Werding. Mag. Guger hat über die Tatsache gesprochen, dass es vor allem um eine Steigerung der Produktivität gehe. Wenn ich aber jetzt feststelle, dass das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern momentan 3 : 1 ist, und

Abgeordnete Barbara Rosenkranz

davon ausgehe, dass es in 30 Jahren 1 : 1 sein wird, dann – mit dem Verstand einer Hausfrau gerechnet – würde ich meinen, dass das eine Produktivitätssteigerung mal drei sein müsste. Wie ist das zu verwirklichen? – Vielleicht könnten Sie uns Ihre Ansicht dazu darlegen.

Dass das **Umlagesystem** erschüttert ist, weil seit Jahrzehnten die Geburtenrate so niedrig ist, wie sie ist, die Geburtenbilanz alles andere als ausgeglichen ist, das ist ein Faktum und wird weitgehend auch unter Experten seit Jahrzehnten so beurteilt. Ich darf es ganz deutlich formulieren: Wir haben nicht wenige Kinder, wir haben **zu** wenige Kinder, um das Sozialsystem aufrechterhalten zu können.

Gesellschaftliche Entwicklungen sind nicht etwas, was schicksalhaft auf uns zukommt, was man einfach ertragen muss, sondern sie haben Ursachen, die verstärkt werden können oder denen entgegengearbeitet werden kann.

Damit bin ich bei der Frage angelangt: Kann Politik wirksam werden? – Die Erfahrung zeigt, dass das so ist. Politische Umbrüche zeitigen unmittelbar darauf demographische Umbrüche. Man hat das nach der Wiedervereinigung in Deutschland gesehen, man hat das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gesehen. Man sieht es auch bei solch kleinen Dingen wie folgendem: Als in Schweden – und das ist ein Argument gegen die einzig ausschlaggebende Wirkung von Kinderbetreuungseinrichtungen – die Karenzzeit gekürzt wurde, ist die Geburtenrate gefallen, obwohl die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen gleich geblieben ist. Man sieht, dass Politik wirkt.

Es zeigt sich auch darin, dass zwischen dem Kinderwunsch und der Wirklichkeit die schon öfters angesprochene Diskrepanz besteht. Würden die Eltern jene Kinder realisieren, die sie sich zu wünschen angeben, dann hätten wir überhaupt kein Problem, dann hätten wir eine Geburtenrate, die ein ausgeglichenes Generationenverhältnis garantiert.

Das heißt, das ist genau der Handlungsspielraum der Politik – bei aller Wahlfreiheit, die natürlich ein wichtiges Kriterium sein muss. Dieser Handlungsspielraum zwischen dem geäußerten Kinderwunsch und dem verwirklichten muss gefüllt werden.

Als ich meinem Klub vorgeschlagen habe, diese Enquete bei Ihnen zu entrieren – ich bin sehr froh, dass es dazu gekommen ist –, war einer der Gründe, dass die Blindheit gegenüber der **demographischen Entwicklung** – eine Blindheit, die über Jahrzehnte auch in Österreich bestanden hat – überwunden wird, dass ein für alle Mal klar wird – wenn das ein Ergebnis dieser Enquete ist, dann ist das, glaube ich, ein großer Erfolg –, dass der Sozialstaat die demographische Entwicklung absolut im Auge behalten muss, dass das keine Frage der ideologischen Standortbestimmung ist, sondern dass es eine ganz pragmatische Notwendigkeit ist, dies zu erkennen.

Dort, wo es ein bisschen besser funktioniert, wie in Frankreich, ist es auch so, von ganz links bis ganz rechts ist eines klar: Es muss **pragmatische familienpolitische Maßnahmen** geben, kein Entweder-Oder, es darf nicht heißen: Kinderbetreuungseinrichtungen oder direkte Geldleistung, sondern es muss ein Sowohl-Als-auch sein. Es muss ein verstärktes Bemühen aller politischen Parteien geben. Wenn diese Enquete dazu beiträgt, dann ist sie, glaube ich, ein Erfolg.

14.21

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Riener. – Bitte.

Abgeordnete Barbara Riener

14.21

Abgeordnete Barbara Riener (ÖVP): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich ganz kurz an Frau Kollegin Mandak wenden und ihr sagen: Im öffentlichen Dienst in der Steiermark gibt es eine ausgezeichnete Regelung für **Teilzeitarbeit**. Wir haben auch bei Führungskräften bereits Teilzeitarbeit. Das große Problem ist bei uns aber immer wieder, dass es dann heißt: Ja das ist ein geschützter Bereich, dort ist es einfach möglich! Das heißt, da sind wir auch in einem Diskurs und in einem Spannungsfeld, wo wir – Sie wissen, ich bin dort Personalvertreterin – in der Diskussion mit unserem Dienstgeber immer wieder etwas mehr Argumente bräuchten.

Ich möchte aber jetzt zum Thema dieser Enquete kommen. Ich bin sehr froh darüber, dass die Diskussionsbeiträge vom Inhalt her sehr breit waren, und möchte mich zuerst auf eine Aussage von Herrn Mag. Guger bezüglich der Fertilitätsrate konzentrieren, der da meinte, dass sie in Schweden und in Frankreich höher sei. Wir hatten vor kurzem in Graz eine gute Veranstaltung, bei der Dr. Bliem Vortragender war – das ist ein deutscher Statistiker –, der hat aufgezeigt, dass in Schweden schon seit einiger Zeit und nun auch in Frankreich die Fertilitätsrate, also diese Kurve im Sinken begriffen ist.

Sein Fazit daraus war, dass finanzielle Zuwendungen in diesem Bereich – so wie bei der Belohnung von Kindern – nur kurzfristig eine Änderung bringen und nicht langfristig. Die Schlussfolgerung daraus heißt für uns: Wir müssen die Lebensbedingungen komplexer anschauen – teilweise ist das heute auch schon in den Vorträgen der Experten angeklungen – und die Komplexität auch erkennen, also auch erkennen, welche anderen Maßnahmen, nicht nur eine, sondern mehrere, das wieder betrifft.

Der Vorschlag von Mag. Guger, den **Wiedereinstieg in den Beruf** zu forcieren, indem man das Kinderbetreuungsgeld erhöht, wenn weniger Zeit konsumiert wird, hat bei mir zu verschiedenen Gedankengängen geführt, und ich habe mir die Frage gestellt: Aber wie geht es dann den Kindern?, und das hat mich unweigerlich zu den Ausführungen der Frau Mag. Polak geführt, die gesagt hat, dass laut Jugendstudie der größte Wunsch der Kinder ist, dass die **Eltern mehr Zeit** für sie haben. Da stellt sich die Frage: Wenn ich mehr außer Haus bin – für manche ist es nicht anders möglich; keine Frage – und weniger Zeit mit meinen Kindern verbringe – wobei ich gar nicht den Unterschied zwischen quantitativ und qualitativ anspreche; diese Diskussion ist mir schon klar –, wie soll ich dann diesen Wunsch erfüllen? Wie soll ich das dann wahrnehmen, mich damit auseinandersetzen? – Meine Kollegin Lapp hat vorhin gesagt: Ich muss Solidarität lernen! Solidarität bedeutet auch, sich Zeit zu nehmen für eine Auseinandersetzung, sich Zeit zu nehmen, miteinander etwas ausdiskutieren.

Diese Gedankengänge wurden auch von Professor Prisching ein bisschen unterstützt, und zwar mit der Aussage: Trennung der Lebenswelt von Eltern und Kindern – was ja genau diese Richtung bedeuten würde – oder Erziehungsverzicht.

Damit komme ich auf die Veranstaltung in Graz zu sprechen, wo über Frankreich gesprochen wurde. Dort werden Kinder, auch wenn sie noch sehr klein sind, in Kinderbetreuungseinrichtungen – ich sage jetzt wirklich: Einrichtungen – gegeben – nicht zu Tagesmüttern!; das sage ich ausdrücklich dazu –, und dort erkennt man bereits, dass die Aggressivität der Kinder in den Schulen steigt. Ich sage es so, wie es Dr. Wagner von der Konrad-Adenauer-Stiftung gebracht und aufgezeigt hat.

Meiner Meinung nach ist noch etwas wichtig, wenn es um das **Sicherheitsgefühl** geht, nämlich: Sicherheitsgefühl im Kleinkind- und Babyalter bedeutet auch, Geborgenheitsgefühl zu haben. Das muss sich aber auch entwickeln. Sicherheitsgefühl bedeutet, nach Möglichkeit mit einer gleich bleibenden Bezugsperson in Interaktion zu treten. All

Abgeordnete Barbara Riener

die Forschungen gehen in diese Richtung. Die Entwicklungspsychologie zeigt auf, wie wichtig das im Babyalter und im frühkindlichen Alter ist.

Jetzt mache ich einen radikalen Sprung – ich glaube, meine Redezeit ist schon bald zu Ende – zum Ausdruck „*culture of fear*“. Das heißt, dass man ein Sicherheitsgefühl nicht aufbauen, mit der Angst nicht umgehen kann, dass die Gefühle überdeckt sind durch Betriebsamkeit. Ich höre immer wieder bei Kindern und Jugendlichen: Der ist ja schon so vernünftig!, aber da frage ich mich: Wer schaut auf die emotionale Reife des Kindes? Kann ich einem Kind, meinem Kind das zumuten?

Wenn ich dann die **Selbstmordstatistik** hernehme – Österreich liegt europaweit hinter Finnland auf dem zweiten Platz, und wir haben mehr Tote durch Selbstmord als durch Unfälle; ich weiß schon, dass es ein bisschen schwierig ist, das jetzt in der kurzen Zeit nachzuvollziehen –, habe ich das Gefühl, dass das ein riesiges Tabu-Thema ist.

Selbstmord bedeutet unter anderem manchmal auch, dass jemand sein Leben nicht wirklich meistern kann, Lebensangst bekommt und mit dieser Lebensangst nicht umgehen kann.

Für mich sind da drei große Fragezeichen, und ich würde mir wünschen, dass wir uns ein bisschen mehr damit beschäftigen.

14.27

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächster Redner: Herr Christoph Riedl. – Bitte.

14.27

Christoph Riedl (Bundesjugendvertretung): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Christoph Riedl. Ich arbeite bei der Katholischen Jungschar Österreichs und bin Delegierter der Österreichischen Bundesjugendvertretung.

Vor genau einem Monat haben hier in diesem Haus die Katholische Jungschar Österreichs und die Österreichischen Kinderfreunde 25 000 Kinderwünsche an die Frau Staatssekretärin und an den Nationalratspräsidenten übergeben – **25 000 Kinderwünsche**, die wir im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Kinderrechte österreichweit erhoben haben. Man möchte vielleicht glauben, dass an erster Stelle materielle Wünsche oder Ähnliches steht – dem ist nicht so.

Auf Platz eins steht der Wunsch nach mehr Spielplätzen, mehr Freizeitmöglichkeiten, aber dann kommen schon Wünsche wie: kein Krieg mehr, sondern Frieden auf der Welt, Essen für alle Menschen, mehr Zeit von Seiten der Eltern und saubere Umwelt. – Das sind doch alles Wünsche, die mehr auf das Gemeinwohl als auf das eigene Wohl abzielen.

Wir sind daher der Meinung – das ist die Schlussfolgerung, die wir daraus ziehen –, dass Kinder und Jugendliche, wenn sie gefragt werden, sehr wohl etwas zu sagen haben und dass es die Verantwortung der Politik ist, das, was sie zu sagen haben, auch zu hören.

Es ist daher unser großes Anliegen und unser Wunsch, dass dieser **Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Kinderrechte in Österreich** zu konkreten Ergebnissen führt. Kindermaterie und Jugendmaterie ist Querschnittsmaterie und geht durch alle Ministerien, durch alle Bereiche unserer Gesellschaft. Deshalb sind wir, wenn der Endbericht dann vorliegt, gefordert, uns noch einmal mit den Fragen auseinander zu setzen: Wo und in welchen Bereichen werden Kinderrechte derzeit nicht ausreichend durchgesetzt und wo wird ihnen entsprochen? Wo besteht diesbezüglich in Österreich noch Handlungsbedarf?

Christoph Riedl

Erster Handlungsbedarf: Die **Kinderrechtskonvention** wäre endlich in den Verfassungsrang zu erheben. Es gibt weltweit zwei Länder, die die Kinderrechtskonvention noch gar nicht unterschrieben haben, das sind Somalia und die Vereinigten Staaten von Amerika. Österreich sollte diesbezüglich auch noch einen weiteren Schritt tun. Derzeit ist es ein einfaches Bundesgesetz, aber mit einem Erfüllungsvorbehalt, das heißt, in der Rechtsprechung kann man sich bei Behörden oder vor Gerichten nicht unmittelbar auf die Kinderrechtskonvention berufen, in Belgien zum Beispiel ist das schon möglich.

Gerade jetzt, wo unsere Verfassung neu diskutiert wird, wäre, glaube ich, eine gute Gelegenheit gegeben, da den ersten Schritt zu setzen. Leider sind Jugendvertreter im Österreich-Konvent nicht dabei, daher muss ich das hier auch ganz klar deponieren.

Kinder möchten ihre Meinung sagen, Jugendliche möchten ihre Meinung sagen, sie brauchen dazu aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Partizipation darf nicht erst mit dem Wahlalter beginnen, wo auch immer das angesetzt ist, Partizipation und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen muss in der Familie gelernt werden, muss in den Einrichtungen und Institutionen weitergeführt werden, das heißt, beginnt von klein auf.

Gerade auf Grund der demographischen Entwicklung in Österreich – immer weniger Kinder, immer mehr ältere Menschen – glauben wir als Lobby und Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen, dass es notwendig ist, Institutionen, Mitbestimmung und Partizipation jetzt und heute für Kinder und Jugendliche zu stärken, damit sie überhaupt die Möglichkeit haben, in 20 oder 30 Jahren gehört zu werden.

Jetzt müssen wir einen Weg einschlagen, wo wir es schaffen, Kindern und Jugendlichen in einer für sie angemessenen Weise Gehör zu verschaffen, sie ernst zu nehmen, sonst sehen sich Kinder und Jugendliche in zwanzig, dreißig Jahren einem wirklich großen Problem gegenüber, nämlich dass sie noch weniger mitzureden haben, weil es auf Grund der **demographischen Entwicklung** einfach eine große Gruppe von viel älteren Menschen geben wird, die mitentscheiden.

Also es geht darum, da Rahmenbedingungen zu schaffen. Wie könnten diese aussehen? – Wir fordern eine **Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung** von Gesetzen. Aber auch bei Bauvorhaben und sonstigen Projekten wäre es durchaus möglich – genauso wie bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung –, zu prüfen, welche Auswirkungen etwas auf Kinder und Jugendliche hat, denn viele Gesetze, die beschlossen werden, haben vielleicht nicht unmittelbar diesen Bezug, aber in unseren Augen sind die Auswirkungen für Kinder und Jugendliche immer sehr stark zu bemerken. Stichwort: Ladenöffnungszeiten, Arbeitsmarktpolitik oder sonstige Maßnahmen, die die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebensrealität betreffen.

Herr Bundesminister Haupt, Sie haben gesagt, Kinder und Jugendliche sollen eingeladen werden, ihre Lebensräume selbst zu gestalten, und die Politik ist aufgefordert, ihnen Gehör zu verschaffen. – Wir nehmen das sehr ernst und hoffen und wünschen uns, dass auch mit dem Abschluss des Nationalen Aktionsplans den Wünschen und Anliegen der Kinder und Jugendlichen Gehör verschafft wird, die Anliegen ernst genommen werden und als erster Schritt die Kinderrechtskonvention in den Verfassungsrang erhoben wird. – Vielen Dank.

14.32

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächster Redner: Herr Torsten Engelage. – Bitte.

Torsten Engelage

14.32

Torsten Engelage (Bundesjugendvertretung): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Bundesminister! Werte Anwesende! Wie mein Vorredner habe auch ich das Vergnügen, hier die Bundesjugendvertretung zu vertreten. Ich bin von der Sozialistischen Jugend Österreich. Wir von der Bundesjugendvertretung freuen uns, dass wir es nach langem Ringen geschafft haben, endlich auch in dem einen oder anderen Gremium Gehör zu finden – wie erwähnt, noch nicht im Österreich-Konvent, aber diese Enquete ist für uns ein erstes positives Zeichen.

Es ist hier heute sehr viel von **Solidarität** gesprochen worden – einer Solidarität, die zumindest für mein Dafürhalten sehr stark unter einem finanziellen Gesichtspunkt betrachtet wurde. Worauf ich jetzt den Fokus richten möchte – Christoph Riedl hat es schon angedeutet –, ist, dass es nicht nur um Solidarität im finanziellen Sinn geht – Eltern zahlen für ihre Kinder, Kinder zahlen dann als Erwachsene für ihre alt gewordenen Vorgänger und Vorgängerinnen –, sondern es geht auch darum, Solidarität im **politischen, im partizipatorischen Sinne** zu haben.

Als Bundesjugendvertretung haben wir eine sehr klare Meinung gefunden. Als Bundesjugendvertretung sprechen wir uns für eine **Senkung des Wahlalters** aus vor dem Hintergrund, dass wir eine demographische Verschiebung in unserer Gesellschaft haben – wie schon erwähnt, werden immer mehr ältere Menschen immer weniger jüngeren Menschen gegenüberstehen. Diese immer weniger jüngeren Menschen werden ein Problem haben, nämlich, dass sie immer schwieriger Gehör finden werden. Schon heute muss man sich vor Augen halten, dass viele Gesetze sehr stark nach dem Gesichtspunkt der WählerInnenschaft und somit nach den Anliegen der Seniorinnen und Senioren in diesem Land ausgerichtet werden. Jugendliche drohen somit langfristig unter die Räder zu geraten, sogar auch mittel- und kurzfristig, was wir feststellen können, wenn wir uns zum Beispiel die Pensionsreform ansehen, von der die große Zahl der Jugendlichen unter 35 Jahren durchaus dramatische Einbußen zu befürchten hat.

Vor diesem Hintergrund und vor allem auch vor dem Hintergrund dessen, dass sich der Adoleszenzzeitpunkt immer weiter verschiebt, Jugendliche viel früher reif werden – wir haben in unserer Gesellschaft schon seit 50 Jahren eine Entwicklung dahin gehend, dass wir Jugendliche immer früher als erwachsen betrachten können –, sprechen wir, die Bundesjugendvertretung, uns klar für eine Senkung des Wahlalters aus. Wir haben schon in den letzten hundert Jahren sukzessive Absenkungen des Wahlalters erlebt.

Doch nicht nur die Senkung des Wahlalters ist uns ein Anliegen, sondern es geht auch darum, den Lebensraum für Jugendliche anders zu gestalten. Die BundesschülerInnenvertretung hat erst vor kurzem dazu eine **Charta der SchülerInnenrechte** veröffentlicht. In dieser Charta der SchülerInnenrechte geht es auch darum, den Lebensraum Schule und den Lebensraum außerhalb der Schule für Jugendliche adäquat zu gestalten.

Nicht vergessen werden sollen hier Jugendliche, die nicht in der BundesschülerInnenvertretung erfasst werden, sprich berufstätige Jugendliche, Lehrlinge und dergleichen.

Eines, was seitens der Bundesjugendvertretung vielleicht noch anzumerken ist: Wir haben heute sehr viel darüber diskutiert, dass Kinder Zeit mit ihren Eltern brauchen, dass Kinder die Begleitung ihrer Eltern im Prozess des Heranwachsens brauchen. Ein Argument, das für uns vielleicht deswegen durchaus relevant sein mag, ist: Wir erleben auch schon heute eine Form der Arbeitszeitverkürzung, nämlich auf der einen Seite für das Heer der Arbeitslosen, während auf der anderen Seite viele Eltern länger und mehr arbeiten müssen. Die Zahl derer, die mehr als einen Job wahrnehmen, ist auch schon erklecklich.

Torsten Engelage

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Bundesjugendvertretung, dass darüber nachgedacht wird, wie Zeit und Raum für Jugendliche geschaffen werden können, vor allem auch im familiären Zusammenleben – wobei der Begriff „Familie“ hier vielleicht noch kritisch zu hinterfragen ist. Wie schon angedeutet, ist Familie nicht nur eine Gemeinschaft von Mann, Frau, Kind, Kleinwagen und Hund, sondern es gibt unterschiedliche Lebensformen, die zu berücksichtigen sind. – Danke.

14.36

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächster Redner: Herr Mag. Mandl. – Bitte.

14.36

Mag. Lukas Mandl (Bundesjugendvertretung): Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Lukas Mandl, ich komme von der Jungen Volkspartei; auch ich bin delegiert für die Österreichische Bundesjugendvertretung.

Wenn ich mir die heutige Diskussion anschau, dann fällt mir das Sprichwort ein: „Aller Anfang ist schwer.“ – Ich weiß natürlich, dass nicht erst seit heute Politik und Familienpolitik gemacht werden, sondern schon länger. Ich erinnere mich an das Kinderbetreuungsgeld, dessen Einführung ein wichtiger Schritt war, zu dem ich später noch kurz etwas sagen werde. Aber die Referate des Vormittags, die allesamt interessant waren, aus denen ich viel gelernt habe und für die ich mich bedanken möchte, sind parallel gelaufen, und es war noch wenig Interaktion zu spüren. Ich glaube aber, zu dieser Interaktion müssen wir kommen, um tatsächlich familienpolitische Maßnahmen, wie sie uns allen in unterschiedlichen Ausprägungen wahrscheinlich in den Köpfen herum-schwirren, umsetzen zu können.

Für die Arbeit in diese Richtung und zur Erreichung dieses Ziels wäre es ganz gut, zu einem Konsens zu kommen, was „Generationen“ und „Solidarität“, wie es im Titel der heutigen Veranstaltung getrennt voneinander steht, eigentlich bedeuten, ob man nicht vielmehr von „**Generationensolidarität**“ als zusammengesetztem Hauptwort sprechen und sagen sollte: In der Familie – auch die wird im Titel der heutigen Veranstaltung genannt – manifestiert sich ganz konkret diese Generationensolidarität. Worin? – Ich glaube, sie manifestiert sich in Betreuung. Das könnte die Überschrift sein: Betreuung von Alten, Betreuung von Jungen, Betreuung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und Betreuung von Kranken. Das geschieht in der Familie am besten und am häufigsten. Hier kann Politik ermöglichen – wie Politik überhaupt Chancen und Möglichkeiten schaffen sollte –, dass das auch geschehen kann.

Generationensolidarität – auch das zeigt sich am Beispiel Betreuung – hat eine materielle und eine immaterielle Seite, beide sind gleich wichtig und beide gehören in dieser Auseinandersetzung beleuchtet. Wenn Politik ermöglichen will, dass die Leistungen, die eine materielle und eine immaterielle Seite haben, also die Leistungen der Betreuung auch wirklich möglich werden, dann muss sie weiter gehen als bisher. Viele Experten haben Beispiele heute schon genannt – ich kann das vielleicht weniger gut –, wie etwa: Erhöhung der Zuverdienstgrenze, Zahlung der Familienbeihilfe während der Zeit des Zivildienstes und des Präsenzdienstes, Verstärkung des freiwilligen sozialen Jahres auch für Aufgaben der Betreuung im Inland, die für die Gesundheitsberufe, in denen wir nach wie vor zu wenige Ausbildungs- und Arbeitsplätze haben, notwendig sein wird. Aus dem sozialen Jahr heraus könnte sich eine Ausbildungsschiene in Richtung Gesundheitsberufe ergeben.

Familienpolitik darf auf keinen Fall, und zwar noch weniger als andere Materien, als isolierte Materie betrachtet werden. Familienpolitik ist, glaube ich, der Schlüssel zu den großen Herausforderungen, vor denen wir im Bereich der demographischen Entwicklung stehen. Die demographische Entwicklung hat Auswirkungen auf so viele Gesell-

Mag. Lukas Mandl

schaftsbereiche, weit mehr als nur auf die Familie, weit mehr als nur auf das Pensionsystem, weit mehr als nur auf das Gesundheitssystem.

Ich zitiere nur ganz kurz Professor Schleicher, der genau das an der Uni Graz erforscht: Auswirkungen der **demographischen Entwicklung** auf die Bereiche Demokratie – Stichwort Wahlrecht –, Volkswirtschaft, Steueraufkommen, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt, Unternehmen, Bildung und Schule, Bundesheer, Konsumgüter, Wohnbau und Freizeit, Tourismus.

Es gibt wahrlich viel zu tun. Zu leugnen, dass die demographische Entwicklung zu Maßnahmen führen muss, weil sonst Systeme zusammenbrechen, funktioniert, wie ich meine, nicht mehr. Im Gegenteil: Familienpolitik als Schlüssel zur Lösung der Probleme auf Grund der demographischen Entwicklung zu sehen, ist, glaube ich, angebracht.

Ein letzter Punkt, der so einen Konsens beinhalten könnte, den wir gemeinsam haben, um an familienpolitischen Maßnahmen zu basteln, ist – und das würde ich eigentlich auch gerne von politischen Vertretern hören –, dass die Kinder und Jugendlichen und auch die Kinder von morgen der Maßstab für politische Entscheidungen und für politische Maßnahmen sind. Ich bin mir sicher, dass es möglich ist, das auch auszusprechen.

14.41

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächste Rednerin: Frau Mag. Moser. – Bitte.

14.41

Mag. Michaela Moser (Armutskonferenz): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte gerne noch einmal auf das Thema „Unterstützung“ zurückkommen. Nicht nur heute, sondern öfters wird im Zusammenhang mit Sozialleistungen die Annahme oder auch Angst geäußert, dass Unterstützung abhängig macht.

Drei Punkte dazu: Zum einen stellt sich dabei für mich die Frage nach dem **Menschenbild**. Ich glaube, dass es darum geht, Bedürftigkeit etwas zu entstigmatisieren, also in welcher Welt wir leben oder welches Menschenbild wir haben, wenn so etwas wie Scheitern, wie Bedürftigkeit nicht zum Menschsein dazugehören darf. Wenn wir mehr Zeit für diese Diskussion hätten, dann könnten wir das auch in Verbindung bringen mit „culture of fear“ und mit vielen anderen der genannten Themen. Wechselseitiges aufeinander Verwiesensein ist konstituierend für das Menschsein. Auch die Sehnsucht nach Familie macht das, wie ich meine, deutlich.

Zweitens geht es darum, **Formen der Unterstützung** zu finden, die eben **nicht** abhängig machen. Abhängig macht Unterstützung, wenn sie, wie beispielsweise die Sozialhilfe in der jetzigen Form, armutsverfestigend wirkt, indem Menschen, die Sozialhilfe beziehen wollen, zum Beispiel ein Auto, das sie besitzen, verkaufen müssen, um Sozialhilfe beziehen zu können, was bedeutet, dass sie ein halbes Jahr später das Auto, das sie vielleicht brauchen würden, um einen Arbeitsplatz annehmen zu können, nicht mehr haben. Der Ausstieg wird sozusagen im System verwehrt.

Da wäre – das habe ich ja heute schon erwähnt – durch die vorgeschlagene **Sozialhilfereform** ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Wir haben als Armutskonferenz natürlich weitergehende Vorschläge, aber trotzdem würde ich den Herrn Bundesminister bitten, mit dieser Reform **nicht** zehn Jahre zu warten. Ich glaube auch, es wäre ein schöner Erfolg für einen Sozialminister, dieses Projekt zu forcieren, und „speed“ würde dann einmal nicht „killen“, sondern Lebensmöglichkeiten und Lebenschancen eröffnen.

Mag. Michaela Moser

Drittens: **Unterstützung** ist notwendig, in vielen Fällen überlebensnotwendig. Ich beziehe mich da wieder auf Unterstützung im Sinne von sozialen Transfers und sozialen Dienstleistungen.

Anfang des Jahres war das Verhältnis von Arbeitssuchenden zu verfügbaren **Arbeitsplätzen** in Österreich 20 zu 1, in Wien sogar über 40 zu 1. Damit wird im Bereich der Arbeitslosigkeit deutlich, dass Unterstützung notwendig ist, dass es eben 19 beziehungsweise 39 Menschen gibt, für die nicht sofort zumindest und nicht in absehbarer Zeit ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Da ist Solidarität gefragt, was ja auch ein Thema dieser Enquete ist – **Solidarität** zwischen **Arbeitslosen** und **Arbeit Besitzenden**, aber auch im Sinne der Verteilung von **bezahlter** und **unbezahlter** Arbeit.

Solidarität ist aber auch gefragt im Zusammenhang mit dem Sozialsystem und dem Steuersystem, worauf ich an dieser Stelle hinweisen möchte und zuletzt auch darauf, dass Steuern auch an anderen Orten, nicht nur von Arbeitskräften, lukriert werden können und Österreich nach wie vor weltweit zu den Schlusslichtern in der Vermögensbesteuerung gehört.

14.44

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Sonnberger. – Bitte.

14.44

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger (ÖVP): Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Frau Vorsitzende! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Ausführungen des Vertreters der Sozialistischen Jugend eingehen.

Gerade bei der **Pensionsreform** stellt sich die Frage, ob auch in Zukunft noch Solidarität in diesem Land geübt wird oder nicht. Wenn Sie auch auf den ersten Blick den Eindruck zu erwecken scheinen, dass das langweilig ist, so meine ich doch, dass es notwendig ist. Sie haben wahrscheinlich gegähnt, weil 20 Jahre nichts geschehen ist und weil es notwendig ist. Wenn die Menschen um drei Jahre später in den Arbeitsprozess einsteigen, wenn sie um drei bis vier Jahre früher aufhören, wenn sie um zehn Jahre länger leben und man nicht bereit ist, hier Veränderungen durchzuführen, dann ist das meines und unseres Erachtens unsolidarisch. Deshalb war diese Pensionsreform letztendlich auch zugunsten unserer Jugend, unserer nachfolgenden Generationen notwendig.

Der Wunsch nach Familie und das Bekenntnis zur Familie sind eigentlich im Aufwind. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass diese Regierung und auch das Parlament versucht haben, **Familienpolitik** zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung zu machen. „Kinderbetreuungsgeld für alle“ – das ist eine **Frage der Solidarität!** Ich habe leider oft auch gehört, dass „Kinderbetreuungsgeld für alle“ eigentlich unsozial und nicht gerecht sei. Wir behaupten, wissen es und haben es letztendlich auch so durchgesetzt, dass „Kinderbetreuungsgeld für alle“ eine solidarische Maßnahme ist: 24 Monate davon pensionsbegründend, 30 Monate pensionserhöhend, wobei durch die Anhebung der Bemessungsgrundlage um 35 Prozent auch ein Zeichen gesetzt wurde. Ich weiß, dass das nur Schritte in die richtige Richtung sind und dass man von heute auf morgen nicht alles regeln kann, aber es sind zumindest Ansätze dafür, eine Wertigkeit entsprechend darzustellen.

Familienhospizkarenz oder „**Abfertigung neu**“ sind auch Fragen der Solidarität. „Abfertigung neu“ heißt letztendlich, dass in Österreich bisher eine Million Menschen eine Abfertigung bekommen haben und in Zukunft 3,1 Millionen Menschen eine Abfertigung bekommen werden. Das ist auch solidarisch gegenüber den 2 Millionen Menschen, die

Abgeordneter Dr. Peter Sonnberger

bisher keinen Anspruch auf Abfertigung gehabt haben. Weiteres Beispiel: Pflegegeld ab der Geburt.

Ein wichtiger Bereich – und ich glaube, da wird sich in Zukunft noch einiges tun müssen – ist die Frage der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Auch da gibt es mit dem Recht auf **Elternteilzeit** ein positives Beispiel. Ich möchte nur das Land Oberösterreich erwähnen. Mich wundert da schon ein bisschen die Stellungnahme der Vertreterin der Arbeiterkammer. Wenn auf der einen Seite über 30 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Land Oberösterreich momentan schon in Teilzeit beschäftigt sind und das ein Wunsch vieler Familien, vieler Frauen, vieler Männer ist, aber die Vertretung dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer anführt, Teilzeit sei nicht gut, mache abhängig, das sei unsolidarisch, dann muss ich sagen: Ganz im Gegenteil, das ist der richtige Ansatz! Es ist ein **Wunsch der Bevölkerung**, es ist ein **Wunsch der Frauen**, es ist ein **Wunsch der Männer!**

Natürlich wird es in Zukunft – und da gebe ich der grünen Vorrednerin völlig Recht – noch mehr notwendig sein, Familie unter dem Aspekt zu sehen, dass Mann und Frau die Kindererziehung auch machen können und dass Familie und Beruf noch flexibler gestaltet werden können. Auch wir sind für mehr Flexibilität, vor allem aber für Wahlfreiheit und nicht für ein Schwarz-weiß-System, für ein Entweder-oder, sondern für ein Sowohl-als-auch. Es muss möglichst viele Varianten geben. Die Familien selbst sind durchaus in der Lage, sich ihr Modell für ihre Bereiche auszusuchen.

Ein positives Beispiel noch: **Steuerreform**. Bei der Individualbesteuerung wurde, wie ich meine, in Form des Kinderzuschlages eine richtige und sozial gerechte Maßnahme gesetzt. Es geht natürlich auch um bewusstseinsbildende Maßnahmen, und das nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und auf Gemeindeebene.

Ich möchte nur ein paar Beispiele aus Oberösterreich bringen: 400 € Kinderbetreuungsbonus für Kinder zwischen dem 4. und 6. Lebensjahr verbunden mit einer entsprechenden Elternbildung – auch Elternbildung ist, wie ich meine, ein Thema, das in Zukunft verstärkt forciert werden soll –, Unfallversicherung für Haushalt und Familie, Unfallversicherung für Kinder, Begleitpersonen im Krankenhaus, Schulbeginnhilfe, Mutter-Kind-Zuschuss, Familienkarte, verstärkte Initiativen im Kinderbetreuungsbereich. Da sind natürlich Gemeinden und Länder gefordert, für Weiterentwicklung zu sorgen. Wenn man sich letztendlich auch die wissenschaftliche Untersuchung, die Präsident Gumpinger hier angeführt hat, anschaut, dann kann man, meine ich, sagen: Die Familie hat durchaus Zukunft!

14.50

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Achleitner. – Bitte.

14.50

Abgeordnete Dipl.-Ing. Elke Achleitner (Freiheitliche): Frau Vorsitzende! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! **Familienpolitische Transferleistungen** sind wichtig, wenn sie ganz gezielt auf die Familien ausgerichtet sind, und es sollte sicher in keiner Weise die Rede davon sein, dass sie Familien dadurch abhängig machen. Deshalb finde ich es auch sehr begrüßenswert, dass gerade bei der kommenden Steuerreform Maßnahmen, welche die Familien auch weiter unterstützen, im Rahmen des Familienpaketes, das sich nicht nur auf eine Familienform bezieht, sondern auf unterschiedliche Familienformen – dabei spreche ich insbesondere auch die AlleinerzieherInnen an –, an den Anfang dieses Jahres vorgezogen werden, denn es soll nicht sein, dass Familien, die sich entscheiden, Kinder zu bekommen, höhere oder zu hohe finanzielle Belastungen erfahren.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Elke Achleitner

Neben der Weiterentwicklung von solchen Transfergeldern ist aber ein ganz großer Aspekt – und da bin ich sehr froh, auch Kollegin Mandak hat es zuvor angesprochen und soeben auch Kollege Sonnberger –, dass die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ein zentrales Thema sein muss, gerade was die Frauen betrifft. Es ist natürlich sehr begrüßenswert, dass die Frauen immer besser ausgebildet sind. Es hat, wie wir wissen, bereits ein hoher Anteil von Frauen einen Schulabschluss mit Matura und auch eine Universitätsausbildung absolviert. Trotzdem ist es aber nach wie vor so, dass über 80 Prozent der Arbeiten in Familie und Haushalt in der traditionellen Rolle von Frauen geleistet werden – was aber nicht heißt, dass Männer sich nicht wünschen, auch an diesem Familienleben teilzunehmen. Laut Umfrage sind es über 37 Prozent der Männer, die verstärkt in Kinderbetreuung und in Familienarbeit einbezogen werden wollen. Da ist wirklich ein Fokus darauf zu lenken, dass auch im Rahmen der Bewusstseinsbildung einiges gemacht wird, denn nach wie vor haben Männer auch noch ein gesellschaftliches Problem, nämlich was ihr Ansehen betrifft, weil es dann heißt, es sei besser, im Berufsleben zu sein. Familienarbeit durch Männer wird leider in der Gesellschaft nach wie vor noch als eher negativ angesehen.

Es zahlt sich allerdings aus, wenn die **Väter**, wenn Männer verstärkt in der **Kindererziehung** tätig sind: einerseits für die Erziehung der Kinder, aber andererseits auch für die berufliche Fortbildung der Männer, da es einen sehr starken persönlichkeitsbildenden Charakter hat, wenn sich die Männer verstärkt in der Kindererziehung engagieren. Studien zeigen auch, dass Väter, die in Karenz waren, höhere Sozialkompetenz, höhere Teamfähigkeit und Ergebnisorientiertheit aufweisen.

Natürlich bringt diese intensive Einbeziehung von Männern auch für die Frauen einen Vorteil, und zwar durch die Entlastung, die Frauen erfahren, weil sie dann viel bessere Möglichkeiten haben, Beruf und Familienarbeit miteinander zu vereinbaren, wenn man sich Familienarbeit partnerschaftlich aufteilt. Ich finde es auch sehr gut, dass gerade in diesem Bereich schon erste Schritte gesetzt werden. Natürlich, es ist noch mehr zu tun, es muss auch mehr getan werden, aber gerade im Sozialministerium werden Maßnahmen gesetzt, damit die Männer mehr in die Familienarbeit integriert werden.

Ich kann abschließend nur feststellen, dass der Rolle der Männer und Väter ein wesentlicher Teil in einer erfolgreichen Familienpolitik zukommt.

14.54

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächste Rednerin: Frau Haller. – Bitte.

14.54

Edith Haller (Freiheitlicher Familienverband): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Bundesminister! Mein Name ist Edith Haller. Ich bin derzeit Vorsitzende des Freiheitlichen Familienverbandes Österreich. Manche von Ihnen kennen mich noch als Vorgängerin der freiheitlichen Familiensprecherin Barbara Rosenkranz. Ich habe zwölf Jahre für die Freiheitliche Partei Familienpolitik in diesem Hohen Haus gemacht.

Meines Wissens war es auch meine Nachfolgerin, Frau Barbara Rosenkranz, die die Initiative für diese heutige Veranstaltung gesetzt hat, und dafür bin ich ihr persönlich und als Vorsitzende des Freiheitlichen Familienverbandes äußerst dankbar.

Wenn Frau Steibl gemeint hat, dass es neue historische Herausforderungen in dieser Richtung gibt, dann glaube ich, sagen zu müssen, dass das nicht neue Herausforderungen sind, sondern dass diese Herausforderungen eigentlich den Interessierten schon lange bekannt sind, dass man aber in der Öffentlichkeit und auch in der Politik großteils die Augen davor verschlossen hat.

Edith Haller

Die Familiensprecherin der SPÖ, Frau Kuntzl, hat ihren Vorrednern teilweise irgendwie überholtes konservatives Wunschdenken, ideologisches Wunschdenken unterstellt, möchte ich fast sagen. Sie hat bewusst gesagt, die Realität in der Familie von heute sei einfach eine andere.

Da muss ich mir eigentlich und auch Ihnen die Frage stellen, ob es hier nicht einfach ein unterschiedliches Politikverständnis gibt. Politik und vor allem Familienpolitik, Generationenpolitik kann doch nicht nur auf Reparaturmaßnahmen bei Versäumnissen der Politik ausgerichtet sein, sondern sie muss Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen, initiieren. Weichenstellungen gerade in Bezug auf Generationen, auf Pensionssysteme und so weiter müssen eher langfristig ausgelegt sein.

Eine Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung des Sozialstaates sind Kinder. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Dass für das gedeihliche Aufwachsen von Kindern eine vernünftige Familienpolitik, und zwar eine vernünftige Familienpolitik abseits von ideologischen Positionierungen, notwendig ist, ist für mich unabdinglich.

Wir sprechen heute immer von **Solidarität**, von **Generationensolidarität**, und da hätte ich an den Experten Danhel gerne eine Frage gestellt. Solidarität hat doch auch etwas oder sehr viel mit Gerechtigkeit zu tun. Wenn man jetzt von den Herausforderungen spricht, die durch die veränderten Familiensituationen auf uns zukommen, die auch Auswirkungen auf das Pensionssystem und so weiter haben, dann sollte man, glaube ich, das wirklich auch einmal unter dem Aspekt der Gerechtigkeit betrachten, und da hätte ich Sie gebeten, dass Sie vielleicht noch ein bisschen genauer darauf eingehen.

Ich bin aber auch der Meinung, dass Ehe **kein** Auslaufmodell ist und auch nicht sein darf – das sagen auch die Umfragen – und dass man da nicht resignieren darf. Es ist eine Wunschvorstellung. Einfach zu sagen: Ja, ja, heute ist es einfach anders, und es ist einfach so!, das ist auch nicht mein Zugang und nicht der Zugang des Freiheitlichen Familienverbandes zur Politik.

Dass die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** Auswirkungen auf die Fertilität hat, das ist ja auch unbestritten. Dass aber die dogmatische Forderung nur nach Kinderbetreuungsplätzen und mehr Kinderbetreuungsplätzen dabei nicht ausschlaggebend ist, das dürfte auch klar sein. Man braucht nur nach Ostdeutschland zu blicken.

Ich glaube auch, dass die Sozialdemokratie mit den ihr angeschlossenen Institutionen den Menschen nur als Arbeiter sieht und dass ihrer Ansicht nach nur die Arbeit zählt. Das ist aber in der Realität wieder nicht so! Die so genannte Gisser-Studie, die ja relativ neu ist, besagt ja, dass eigentlich nur 8 Prozent der befragten Frauen bis zum Schuleintritt des Kindes einen Vollerwerb anstreben – nur 8 Prozent! – und ungefähr die Hälfte, also an die 40 Prozent, lieber zu Hause bleiben wollen, zumindest eine gewisse Zeit, und wieder an die 40 Prozent eine Teilzeitarbeit anstreben. Also ich glaube, das sind die Herausforderungen. Man soll nicht Teilzeitarbeit abwerten. Ich glaube, man muss hier wirklich versuchen, bessere Bedingungen zu schaffen.

Ein **Großteil des Bruttosozialproduktes** – ich glaube, in etwa die Hälfte; in Deutschland sind es, wie ich gehört habe, 51 Prozent, ich nehme an, dass das in Österreich auch nicht viel anders ist – wird durch **Familienleistungen** erbracht. Deshalb ist es unabdingbar, dass man Familienleistungen noch mehr als bisher in die Politik mit einbezieht. Die schwarz-blaue Regierung hat damit bereits begonnen, aber für mich persönlich als Familienpolitikerin und Vorsitzende eines Familienverbandes gäbe es da noch allerhand zu tun, besonders in Richtung Harmonisierung der Pensionssysteme und bessere Anrechnung der Familienarbeit.

Ich möchte aber noch etwas anführen, was mir in all diesen Jahren, in denen ich Familienpolitik gemacht habe, auch aufgefallen ist. Es gibt sehr, sehr viele Studien und

Edith Haller

Untersuchungen, aber in Österreich habe ich bisher eine große **umfassende** Studie vermisst, nicht nur für Teilbereiche, sondern eine **umfassende** Studie – damit würden wir nur dem Beispiel anderer europäischer Staaten folgen –, die den **volkswirtschaftlichen Nutzen** des gesamten Sozialsystems Familie zum Gegenstand hat, und zwar mit den Kriterien Wirtschaftswachstum, konjunkturelle Entwicklung, Konsumquote, und in die auch die Leistungen der Familie in Bezug auf Kindererziehung, in Bezug auf Altenpflege und so weiter mit einbezogen werden. Das wäre als Anregung meinerseits gedacht.

15.02

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächster Redner ist Herr Mag. Pitzinger. – Bitte.

15.02

Mag. Peter Pitzinger (Amt der NÖ Landesregierung; Familienreferat): Grüß Gott, sehr geehrte Damen und Herren! Der Fokus der heutigen Veranstaltung liegt eindeutig auf der Generationensolidarität. Diese kann man allerdings nicht allein durch Steigerung der Produktivität sichern, sondern ich denke, dazu braucht man starke Familien und Kinder. Als Vertreter des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung möchte ich die Initiativen und Leistungen des Landes Niederösterreich für starke Familien in die Diskussion einbringen.

Unserer Überzeugung nach ist die **Wahlfreiheit** ein ganz wichtiges Element. Auch wenn Ökonomen am liebsten 100 Prozent der jungen Mütter hinter der Werkbank sehen wollen, ist es, glaube ich, wichtig, dass das Land darauf schaut, wie die Lebenswirklichkeit und die Lebenswünsche der Familien tatsächlich aussehen. Deswegen bieten wir unsere **Familienpolitik** in **zwei Richtungen** an: einerseits die Familienhilfe für jene Familien, die die Kinder in den ersten Lebensjahren selbst betreuen wollen. Hier zahlen wir die Familienhilfe im Anschluss an das Kinderbetreuungsgeld bis maximal zum 42. Lebensmonat in der Höhe des Kinderbetreuungsgeldes maximal; das richtet sich nach dem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen. Und andererseits bieten wir für jene, die Kinderbetreuung wollen oder brauchen, ein quantitativ und qualitativ sehr gutes Netz an außerhäuslicher Kinderbetreuung in Niederösterreich.

Stichwortartig darf ich erwähnen: Der Kindergarten ist bei uns in Niederösterreich am Vormittag kostenlos. Am Nachmittag und bis in die Abendstunden **muss** der Kindergarten offen halten – ich betone: muss; das ist im Kindergartengesetz normiert –, wenn wenigstens drei Kinder diesen Bedarf haben. Wir fördern Tagesmütter, Tagesbetreuungseinrichtungen wie Kindergruppen, wir fördern Horte. Es werden einerseits die Träger dieser Einrichtungen gefördert über die Objektförderung, andererseits aber auch die Eltern über die Subjektförderung, die sich nach dem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen richtet.

Was die heute schon viel zitierte Alleinerzieherin betrifft: Eine Alleinerzieherin, die ein durchschnittliches Einkommen hat, beispielsweise bei einem großen Handelskonzern beschäftigt ist, muss bei uns durch diese Subjektförderung des Landes Niederösterreich für die Tagesmutter nichts zahlen.

Wir gehen darüber hinaus und haben auch neue, innovative Formen der Kinderbetreuung wie **Mobile Mamis** und **Flying Nannies**, die im Haushalt der Familien selber Betreuung anbieten. Wir engagieren uns im Bereich der Nachmittagsbetreuung, indem wir ein eigenes „**Aktionsteam Nachmittagsbetreuung**“ ins Leben gerufen haben, das sich darum kümmert, dass Schulerhalter am Nachmittag ganztägige Schulformen im Bereich der Volksschule anbieten.

Mag. Peter Pitzinger

Neben diesen Kinderbetreuungsangeboten und der Familienhilfe haben wir eine Reihe weiterer Initiativen, die ich jetzt natürlich nicht alle nennen kann. Ich darf nur als Titel anführen: Partnerschaftstraining, Elternschule, kommunale Familienpolitik, Spielplatzförderung mit Blick auf die Vertreter der Jungschar. Bei der Spielplatzförderung **müssen** die Kinder beteiligt werden, sonst zahlen wir keine Förderung aus. Es gibt noch andere Leistungen wie Familienpass und so weiter, etwa eine spezielle Hilfe für Mehrkinderfamilien, die ab vier Kindern einen Zuschuss für ein größeres Familienauto bekommen.

Meine Damen und Herren! Die Herausforderung ist die Sicherung der **Generationen-solidarität** durch starke Familien, und ich glaube, es geht nicht nur allein darum, den materiellen Wohlstand der älteren Generation durch eine erste, zweite, dritte oder x-te Säule zu sichern. Ich glaube, die Herausforderung wird sein, dass der **soziale** Wohlstand gesichert ist, das heißt, dass die ältere Generation soziale Kontakte hat, und das geht keinesfalls allein durch Produktivität. Dazu ist Nachkommenschaft, dazu sind Kinder notwendig.

Ziel muss dabei sein, ein ausgewogenes Verhältnis zu schaffen zwischen Kindern, erwerbstätiger Bevölkerung und nicht mehr erwerbstätiger Bevölkerung. Präsident Gumpinger und andere Experten haben heute schon mehrmals darauf hingewiesen: Der Kinderwunsch ist vorhanden! Wir müssen keine pronatalistische Politik machen und sagen: Ihr sollt Kinder bekommen! Das ist lächerlich. Es ist ein Kinderwunsch vorhanden. Die Statistik Austria sagt uns: mindestens zwei Kinder pro Frau, und tatsächlich kommen 1,3 Kinder auf die Welt.

Ich glaube, das Allerwichtigste in der Familienpolitik ist, danach zu trachten, dass diese Kinder auch tatsächlich auf die Welt kommen, dass man es den Müttern und Vätern ermöglicht, dass diese Kinder auf die Welt kommen, und das Land Niederösterreich will durch seine Leistungen dazu seinen Beitrag leisten. – Danke.

15.06

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächste Rednerin: Frau Elisabeth Anselm. – Bitte.

15.06

Elisabeth Anselm (Österreichisches Hilfswerk): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Name ist Elisabeth Anselm. Ich darf als stellvertretende Geschäftsführerin des Österreichischen Hilfswerks zu Ihnen sprechen. Ich spreche daher vor einem stark praktischen Hintergrund, und dementsprechend sind auch meine Anmerkungen zu den Themen.

Das **Österreichische Hilfswerk** ist in Kernfeldern der heute angesprochenen Thematik tätig. Wir sind einerseits im Bereich Pflege und Altenhilfe und andererseits im Bereich Kinderbetreuung tätig, mit mittlerweile 6 000 Mitarbeitern in ganz Österreich. Aus unseren praktischen Erfahrungen gibt es zwei Ebenen der Betrachtung. Das eine ist die Frage der Transfers, der Geldleistungen – da ist mit Pflegegeld und Kindergeld in Österreich ja schon einiges passiert. Uns drückt der Schuh vor allem im Bereich Infrastruktur und in der Frage des Ausbaus einer entsprechenden Betreuungslandschaft.

Ein Wort zur Kinderbetreuung, eines zur Pflege: Im Bereich der **Kinderbetreuung** wäre es uns sehr wichtig – und das sagen uns auch die Eltern, mit denen wir täglich zu tun haben –, dass wir, wenn wir von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sprechen, da auch Ernst machen. Das heißt, es darf nicht sein, dass in der öffentlichen Förderlandschaft Initiativen und Angebote privater Träger diskriminiert sind. Das gilt für viele Anbieter im Bereich der öffentlichen Wohlfahrt wie das Hilfswerk, aber auch andere namhafte Träger, die das mit Sorge beobachten. Eines unserer Erfolgsmodelle sind

Elisabeth Anselm

Tagesmütter und Tagesväter, und auch da haben wir regelmäßig das Problem, dass diese Modelle weniger gefördert werden als beispielsweise Gemeindecindergärten oder Ähnliches. Gerade diese Modelle bieten aber durch ihre Flexibilität und durch ihre familienähnliche Situation in der Betreuung große Chancen, bedürfnisgerecht zu agieren, nicht nur für Eltern – apropos Öffnungszeiten! –, sondern natürlich auch für die Kinder.

Das Zweite ist die **Pflege**, und dieser Bereich stellt sich für uns fast noch dramatischer dar. Es gibt eine Artikel-15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Der Bund ist seinen vereinbarungsgemäßen Aufträgen nachgekommen und hat das Pflegegeld eingeführt. Die Länder sind in vielen Fragen noch säumig, denn die Länder hätten die Aufgabe, die mobilen Dienste und die Infrastruktur im Bereich Pflege auszubauen. Das beste Pflegegeld nützt wenig, wenn man sich damit in der Betreuungslandschaft nicht entsprechende Dienste kaufen kann. Da ist natürlich auch einiges weitergegangen, aber hier sind die Länder leider säumig, müssen wir feststellen.

Eine zweite Frage, die heute noch nicht angesprochen wurde und an die Sie vielleicht im ersten Moment auch nicht denken würden, wenn Sie über Familienpolitik nachdenken: Im Bereich der Pflege – und wir sind sehr stark im Bereich der mobilen Pflege tätig, die **ganz intensiv** mit den Familien zusammenarbeitet – werden wir uns bald die Frage stellen: Wer soll uns pflegen?, denn wir haben riesige Probleme im Bereich Personal, insbesondere im Bereich des qualifizierten Personals. Da geht es um Imagefragen, da geht es um Fragen der Modernisierung von Ausbildung und Berufsbildern, aber da geht es auch darum, dass wir wirklich mühselig in Jahren einen Kollektivvertrag für die Branche Gesundheit und Soziales ab 1. Juli 2004 erstritten haben und morgen und übermorgen die Finanzverantwortlichen der Länder tagen und es beunruhigende Signale in die Richtung gibt, dass dieser Kollektivvertrag Privatsache sei. Was das für uns als Träger heißt, wenn wir von den Landesfinanzreferenten und den für die Finanzen Verantwortlichen Signale dahin gehend bekommen, dass keine Zusagen gemacht werden, diese Kosten, die durch den Kollektivvertrag entstehen, abzudecken, das muss ich Ihnen nicht erläutern. – Danke.

15.10

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Frau Pitzinger-Ryba ist die nächste Rednerin. – Bitte.

15.10

Alice Pitzinger-Ryba (Österreichischer Familienbund): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Lieber Herr Bundesminister! Ich denke, wir Frauen sind schon sehr arm. Wenn wir Kinder bekommen und zu Hause bleiben, dann sind wir die dumpfen Hausfrauen, die für die Gesellschaft überhaupt keine Leistung erbringen. Wir erziehen zwar die Kinder für die Gesellschaft, bekommen dafür aber nichts bezahlt. Wenn ich meine Kinder einer Dienstleistungsgesellschaft übergebe, dann kostet die Kinderbetreuung sehr viel, die Putzfrau kostet sehr viel, und die Nachhilfestunden kosten sehr viel.

Wer von uns traut sich heute noch zu sagen, dass die traditionelle Familie – allein „traditionell“ traut man sich ja kaum mehr zu sagen, weil das schon so einen negativen Beigeschmack hat –, bestehend aus Vater, Mutter, Kind, schützenswert ist?

Aber auch den Frauen, die Kinder bekommen und gleich wieder außerhäuslich erwerbstätig sind, geht es nicht viel besser: Entweder sind sie „Rabenmütter“, die sich um ihre Kinder überhaupt nicht kümmern. Auch ich gehöre dazu, ich erwische mich fast täglich beim schlechten Gewissen. Aber im Job geht es uns dann auch nicht besser, denn da sind die Chefs sowieso der Meinung: Die wird jetzt demnächst nach Hause gehen, weil das Kind krank wird! Sitzungen kann man ab 16 Uhr nicht mehr

Alice Pitzinger-Ryba

ansetzen, denn dann schauen die Frauen ständig auf die Uhr und sagen, sie müssen nach Hause gehen und die Kinder vom Kindergarten abholen!

Die kinderlosen Kolleginnen sind auch nicht sehr freundlich, wenn man Teilzeit arbeitet, weil sie der Meinung sind, wenn man zu Mittag nach Hause geht, die arbeitet nur die Hälfte. Dass man auch nur die Hälfte bezahlt bekommt, steht auf einem anderen Blatt.

Und dann bleiben noch die Frauen – es sind leider schon 40 Prozent der jungen Akademikerinnen –, die überhaupt keine Kinder bekommen. Aber auch denen geht es nicht besser, denn diese sind dann „egozentriert“ und „eigentlich gar keine Frauen“, weil sie überhaupt keine Kinder haben wollen.

Also egal, was wir auch machen: Es ist immer falsch! Jetzt frage ich mich wirklich, meine Damen und Herren: Woher nimmt die Gesellschaft das Recht, uns Frauen so zu kategorisieren? Wird ein Mann einmal so kategorisiert?

Ich sage Ihnen noch ein Beispiel. Im „*Spiegel*“ war ein sehr langer Artikel über „*Wir Rabenmütter*“. Da hat eine Französin, deren Kinder schon aus der ärgsten Kinderphase sind, erzählt, sie ist immer aus Amerika zurückgekommen und war todmüde, wollte sich aber mit ihren Kindern beschäftigen. Sie ist deshalb mit ihnen ins Kino gegangen, um im Kino schlafen zu können. Sie wollte eben die Kinder nicht alleine lassen.

Meine Damen und Herren! Welcher Vater würde das machen, dass er nach Hause kommt und dann ins Kino geht, um bei den Kindern zu sein? – Der geht ins Schlafzimmer, macht die Tür zu und schläft sich einmal ordentlich aus!

Solange die Gesellschaft so funktioniert, wird es uns allen einfach überhaupt nicht besser gehen. – Aber was kann die Familienpolitik jetzt wirklich leisten?

Da ist einmal die **Kinderbetreuung**. Es wurde heute wieder sehr stark moniert, auch von Frau Abgeordneter Mandak, dass so viele Kinderbetreuungsplätze fehlen. – Ich würde Sie wirklich einladen: Sagen Sie mir konkrete Fälle, wo das der Fall ist! Der Österreichische Familienbund hat eine Initiative unter www.kinderbetreuung.at laufen, und ich verspreche Ihnen: Für jeden Fall, den Sie uns bringen, werden wir einen Kinderbetreuungsplatz finden. Nehmen Sie mich beim Wort!

In der Diskussion heißt es immer, es gibt zu wenige Kinderbetreuungsplätze. Es ist aber ein eigenes Phänomen unserer Zeit: Es gibt immer weniger Kinder und immer mehr Kinderbetreuungsplätze. Was heißt das jetzt? Das heißt, mit dem Rechenstift kann man das Kinderbetreuungsproblem nicht lösen. Das ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Eines muss uns auch klar sein: Wir haben heute um 12 Prozent weniger Kinder zwischen drei und fünf Jahren als noch vor acht Jahren, aber 8 Prozent mehr Kinderbetreuungsplätze für diese Altersgruppe. Also wir sind absolut auf dem richtigen Weg. Das Gleiche gilt auch für die unter Dreijährigen und auch für die Hort-Kinder. Es geht in der Kinderbetreuung darum – und das ist der einzig richtige Weg –, individuelle Lösungen zu finden und zu schaffen, Lösungen, die auch und vor allem den Kindern nützen; auch das ist heute noch viel zu kurz gekommen. Es ist ganz wichtig, Kinderbetreuungseinrichtungen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu schaffen, die es den Kindern ermöglichen, in einer familienähnlichen Situation aufzuwachsen. Die Kollegin hat vorhin schon gesagt, welche große Gefahren es in sich birgt, wenn man Kinder direkt vom Kreißsaal irgendwo hineinstopft und die Betreuung delegiert.

Das Letzte, was ich noch sagen möchte, ist: Natürlich gehört auch eine Bewusstseinsbildung her, dass Familie etwas Gutes und etwas Schönes ist. Ich hoffe, dass jetzt

Alice Pitzinger-Ryba

nicht wieder alle die Augen verdrehen und sagen: Um Gottes willen, diese soft skills! – Natürlich müssen wir jungen Leuten Mut machen, Mut machen, wieder Kinder zu haben, und ihnen sagen, es ist etwas Schönes. Und glauben Sie mir, ich habe fünf Kinder und war immer berufstätig, ich weiß, wovon ich spreche, und ich weiß um die Sorgen und Nöte von Familien mit Kindern. Aber ich weiß auch, wie unglaublich bereichernd und schön das sein kann, und das müssen wir den jungen Leuten wieder ins Bewusstsein rufen.

Wenn Frau Mag. Brauner sagt, die Großeltern haben halt auch keine Zeit, denn die haben auch ihr eigenes Leben, dann ist das genau der Punkt: Jeder hat sein eigenes Leben. Jeder bekommt vielleicht 1,3 Kinder oder vielleicht sogar zwei Kinder. Dann werden sie ganz schnell in die Kinderbetreuung gegeben. In den Ferien fahren wir mit ihnen in Kinderhotels – da haben wir sie zwar mit, aber beschäftigen sie auch wieder. Kinder sind nicht mehr der integrative Bestandteil unserer Gesellschaft, und dort müssen wir wieder hinkommen. – Danke schön.

15.16

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Nächste Rednerin: Frau Mag. Moritz. – Bitte.

15.16

Mag. Ingrid Moritz (Bundesarbeitskammer): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte die Frage Kinderbetreuungsgeld ansprechen. Es wurde am Anfang von Herrn Mag. Pitzinger gesagt, viele wollen die Frauen hinter der Werkbank sehen. Die Frage ist angesichts der **verlängerten Dauer** beim **Kinderbetreuungsgeld**, wie viele noch hinter der Werkbank sind. Das Ergebnis im Zusammenhang mit dem Kinderbetreuungsgeld ist: Die Beschäftigung von Frauen ist zurückgegangen.

Das wurde vom Wifo untersucht: Unter der alten Regelung waren bis zum 24. Lebensmonat des Kindes 49 Prozent erwerbstätig. Nunmehr sind mit dem 24. Lebensmonat nur mehr 29 Prozent erwerbstätig. Das heißt, es erfolgt die Rückkehr in den Beruf zeitlich sehr stark verzögert. In der Untersuchung wurde auch angeschaut, was 33 Monate nach der Geburt passiert, das heißt drei Monate nach Ablauf der Geldleistung Kinderbetreuungsgeld. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Erwerbsbeteiligung der Frauen gleich geblieben ist, was ein Ausdruck dafür ist, dass Frauen auch arbeiten wollen. Allerdings gibt es eine ganz massive Verschiebung von der Beschäftigung zur Arbeitslosigkeit: Die Beschäftigung ist um 7 Prozent zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit um 35 Prozent gestiegen.

Interessant bei diesem Ergebnis ist auch, dass es vor allem Frauen mit höheren Einkommen, das heißt höher qualifizierte Frauen, wenn sie ihre Berufstätigkeit länger unterbrechen, offenbar schwieriger haben. Bei den Frauen mit 2 000 € und mehr Einkommen hat sich die Rückkehrtrate relativ am meisten verschlechtert.

Aus einem anderen Untersuchungsergebnis – im Auftrag der Arbeiterkammer läuft nämlich eine Studie von L&R – ist uns bekannt, dass sehr viele wissen, wie lange das Kinderbetreuungsgeld bezogen werden kann. 83 Prozent sagen, sie wissen über die Dauer dieser Leistung Bescheid, können sie angeben. Allerdings über die arbeitsrechtliche Dauer, über den Kündigungsschutz weiß nur die Hälfte der Bezieherinnen Bescheid. Und ich denke, das ist genau die Falle, die beim Kinderbetreuungsgeld enthalten ist: das Auseinanderklaffen von Arbeitsrecht und Leistungsrecht.

Nach einer Untersuchung, die von der Regierung beim ÖIF in Auftrag gegeben wurde, sagen zwei Drittel aller Frauen, dass sie innerhalb von zweieinhalb Jahren in den Beruf zurückkehren möchten, aber nur 35 Prozent kehren zurück.

Mag. Ingrid Moritz

Das ist die Bestandsaufnahme, das sind die Ergebnisse des Kinderbetreuungsgeldes. Was sind die Schlussfolgerungen daraus?

Wir meinen, wenn immer von der Wahlfreiheit geredet wird, dann soll es diese **Wahlfreiheit** auch tatsächlich geben. Die Eltern sollen bereits beim Antrag wählen können, ob sie das **Kinderbetreuungsgeld** in Höhe von **436 € monatlich**, wie es derzeit ist, beziehen wollen – oder ob sie diese Leistung bis zum **zweiten Geburtstag** in Höhe von **555 €** in Anspruch nehmen wollen. Das würde denselben Betrag ergeben. Es sollte für die Eltern, wenn hier keine Lenkung in Richtung längerer Berufsunterbrechung stattfinden soll, diese Wahlmöglichkeit geben.

Ein wichtiger Punkt ist, dass eine **Aufklärungspflicht** der Arbeitgeber in das Gesetz aufgenommen wird. Derzeit ist die Situation so, dass Arbeitgeber sehr häufig darauf warten, dass die Arbeitnehmerinnen nicht zeitgerecht zurückkehren, und dann eine Entlassung aussprechen oder einen Austritt annehmen. Das ist eine große Falle für Frauen. Das heißt, die Arbeitgeber, die hier schweigend zuschauen, entziehen sich dieser ganzen Rückkehrrechte. Wir glauben, dass es hier eine Aufklärungspflicht brauchen würde. Vorbildhaft gibt es das schon in den Kollektivverträgen im Bereich Bergbau und Metall.

Weiters wäre wichtig, dass der **Zuverdienst** erleichtert wird, dass auch, so wie in der Vergangenheit, bei Teilzeitkarenz keine Zuverdienstgrenzen gelten. Das wäre eine wichtige Maßnahme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Ein weiterer Punkt wäre auch die rasche Umsetzung der **Elternteilzeit**. Wir von der Arbeiterkammer wissen aus den Beratungen: Sehr viele rufen an, sind interessiert; sie stehen vor dem Dilemma, dass sie jetzt in Karenz sind und nicht wissen: Müssen sie jetzt einen Austritt mit Abfertigungsanspruch machen, oder können sie demnächst Elternteilzeit in Anspruch nehmen? – Das ist jetzt schon mehrmals verschoben worden: Zuerst hat es geheißen: 1. April; dann hat es geheißen: 1. Mai; jetzt ist die Frage: Kommt es am 1. Juni oder am 1. Juli oder noch später? – Das, denke ich, sind wichtige Maßnahmen.

Abschließend noch eine Anmerkung zur Kritik des Abgeordneten Sonnberger an der Position der Arbeiterkammer zur **Teilzeitarbeit**. – Ich denke, die Arbeiterkammer hat immer die Ansicht vertreten, dass freiwillige Teilzeitarbeit als Mitgestaltungsrecht durchaus sehr wichtig ist; was aber nicht sein kann, ist, dass die Rahmenbedingungen dafür fehlen und dass man überhaupt nur in der Rolle der Zuverdienerin arbeiten kann. – Das heißt also: Mitgestaltungsrechte ja, aber nicht unfreiwillige Teilzeitarbeit dadurch forcieren, dass die Rahmenbedingungen, wie etwa Kinderbetreuung, fehlen. – Danke.

15.21

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Frau Dr. Novy ist die nächste Rednerin. – Bitte.

15.21

Dr. Katharina Novy (Soziologin): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Fragen rund um „Zeit“ – Zeit für Kinder, Teilzeit, Verteilung von Arbeitszeit und Familienzeit – eingehen.

Zum Ersten: Ich finde es interessant, dass, wenn es konkret wird, wenn es um Kinderbetreuungsgeld und Ähnliches geht, dann immer sehr schnell der Eindruck entsteht, es sollten doch **Frauen** die Möglichkeit haben, länger zu Hause zu bleiben; Kinder brauchen die Zeit der Mütter. Die Väter sind, obwohl ursprünglich erwähnt, sehr schnell wieder unter den Tisch gefallen. Geborgenheit und eine Bezugsperson für Kinder sind sehr wichtig – aber das ist der **Vater** genauso wie die **Mutter**, und das fällt einfach

Dr. Katharina Novy

immer wieder sehr schön unter den Tisch. 30 Stunden Arbeitszeit für Männer, 30 Stunden Arbeitszeit für Frauen, oder 35 Stunden – da wäre schon sehr viel Zeit für die Kinder übrig.

Auch den Wert der Institutionen möchte ich hier noch einmal kurz ansprechen, zumal doch immer dieses „Abschieben“ im Raum steht, so als ob Kinderbetreuung nur etwas wäre, das Eltern in Anspruch nehmen, damit sie die Kinder versorgt wissen und selbst arbeiten gehen können. Obwohl auch das ein wichtiger Aspekt ist, besteht ein anderer wichtiger Aspekt darin, dass das für Kinder sehr wesentliche **andere** Erfahrungen sind: Kinder brauchen nicht nur Familie, Kinder brauchen auch andere Möglichkeiten, und ganz besonders wichtig ist das für Kinder in Familien, die Probleme haben. Es gibt Depressionen, es gibt Gewalt, es gibt Armut in Familien – und gerade da sind diese Institutionen sehr wichtig.

Zum Bereich **Teilzeit** – obwohl dieses Thema auch vorhin gerade angeschnitten worden ist –: Teilzeit ist nicht gleich Teilzeit! Das muss, glaube ich, gesagt werden. Teilzeit ist von Frauen oder Männern nicht immer gewünscht, Teilzeit ist sehr oft erzwungen. Es ist die Frage, in wessen Interesse mit welchen Regelungen zu welchen Zeiten Teilzeit stattfindet. Teilzeit im Handel, wo am Abend, an den Wochenenden gearbeitet wird, ist wohl nicht das, was als familienfreundlich gelten kann. Es geht also um Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen bei der Teilzeit.

Erwähnt worden ist die **Vorreiterrolle** im **öffentlichen Dienst**, von der ich glaube, dass sie sehr wichtig ist und dass das so oft zu vernehmende Schimpfen auf den öffentlichen Dienst sehr kontraproduktiv ist. Ich denke, man sollte das nützen, dass der öffentliche Dienst auch öffentlich gestaltbar ist und hier einfach vieles auszuprobieren ist.

Zur Frage **Teilzeit** auch noch etwas aus eigener Erfahrung: In vielen Gesprächen mit Müttern mit sehr kleinen Kindern nehme ich wahr, dass der Wunsch nach Teilzeit auch daraus resultiert, dass die Arbeitswelt so, wie sie gestaltet ist – 45, 50 Stunden –, einfach nicht attraktiv erscheint. Viele Frauen sind bis zu dem Zeitpunkt, wo sie Kinder haben, heute genauso in äußerst fordernden Berufen tätig, sie sind engagiert, sie lieben diesen Beruf, wissen aber: Jetzt, mit dem Kind, bleibt die Aufgabe, Beruf und Familie zu vereinbaren, bei ihnen – und genau unter **diesen** Umständen wird eine Teilzeitarbeit angestrebt. Das heißt, diese Freiheit, diese Wahlfreiheit ist natürlich immer eine unter bestimmten Bedingungen und nicht eine absolut zu setzende.

Das heißt aber auch, dass diese Frauen – weil an ihnen die Aufgabe, eine Vereinbarkeit zustande zu bringen, quasi hängen bleibt – im Beruf sehr stark zurückstecken. Das heißt, das, was ursprünglich gewünscht war – die Inhalte wichtig zu nehmen, Karrierechancen zu haben, sich weiterentwickeln zu können –, muss reduziert werden. Hier liegt eine große Problematik, die nicht einfach als Wahlfreiheit – nach dem Motto: die Frauen wollen eben jetzt solche Teilzeitjobs – abgetan werden kann. Es geht um die Frage: Welche Alternativen bestehen real und tatsächlich?

Ein Aspekt noch zur Frage des Verhältnisses von männlicher Vollerwerbstätigkeit und weiblichem dann quasi, wenn es nicht existenzsichernd sein kann, Zuverdienst – geringfügige Beschäftigung oder niedrig bezahlte Teilzeitarbeit –: Es gibt den Begriff der modernisierten Versorgungsehe – das ist nicht mehr die Versorgungsehe, die Hausfrauenehe, aber die modernisierte Versorgungsehe, wo nämlich die Frau keinen existenzsichernden Beruf ausübt.

Hiezu ist festzustellen, dass darin ein starkes Konfliktpotential liegt, weil nämlich die ursprüngliche Abmachung eine andere ist. Die ursprüngliche Abmachung ist: gleichberechtigtes Arbeiten in der Familie und im Beruf, gleichberechtigtes Erziehen der Kinder. In der Dynamik der Entwicklung der Berufstätigkeit und der Familienarbeit geht

Dr. Katharina Novy

es aber immer weiter auseinander, und es entspricht nicht mehr den Wünschen, mit denen Mann und Frau ursprünglich in diese Familie hineingegangen sind. Insofern gibt es hier ein Konfliktpotential, das sehr wesentlich ist und das zu beachten ist. – Danke.

15.26

Vorsitzende Abgeordnete Barbara Rosenkranz: Zu Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Riepl. – Bitte.

15.26

Abgeordneter Franz Riepl (SPÖ): Sehr verehrte Damen und Herren! Politik ist auch danach zu beurteilen, wie mit jenen, die am meisten Hilfe brauchen, umgegangen wird. – Ich habe absichtlich diesen Satz an den Beginn meines Redebeitrages gestellt, weil ich dann in der Folge auf eine Situation eingehen möchte, die, glaube ich, gut zum heutigen Thema passt und die mich persönlich betroffen macht und, so hoffe ich, auch Sie betroffen machen wird. (*Abg. Mandak übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Bundesminister Haupt hat in seinem Einführungs-Statement unter anderem gesagt, Kinder brauchen Zuwendung und Geborgenheit. Frau Staatssekretärin Haubner hat gesagt, Familienpolitik endet nicht an den Grenzen des jeweiligen Ressorts. – Deshalb möchte ich meine 5 Minuten Redezeit von den 360 Minuten dieser Enquete dazu verwenden, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Mir liegt ein Papier betreffend einen **Schriftverkehr** zwischen dem **Flüchtlingslager Traiskirchen** und der **Bezirkshauptmannschaft Baden** vor. In diesem Papier wird unter anderem Folgendes ausgeführt:

„Seit über 2 Wochen werden in Traiskirchen ankommende Asylwerber in der Regel nicht mehr in Bundesbetreuung übernommen. Dies führte und führt ständig zu Spannungen und Problemen auf allen Ebenen, zum Beispiel:

Aussetzen von Familien mit Kleinstkindern zu jeder Tages- und Nachtzeit,“ ...,

„Solidarisierung vor allem der tschetschenischen Lagerinsassen mit den Familien und Zusammenrottungen mit teilweisen Drohungen und hohem Aggressionspotenzial gegenüber den Angehörigen von European homecare,

befürchtete neuerliche Bewaffnung der Lagerinsassen mit Eisenstangen und Messern, Kräftekonzentrierungen der Exekutive ...“ (ständig „60 Beamte aus dem Bezirk Baden ...“ abgestellt, „Aktivierung der Einsatzeinheit und des EKO-Cobra),

mangelnde medizinische Versorgung ankommender kranker und schwangerer Asylwerber(innen), auch kleiner Kinder,“ ...,

„Abwälzen der Aufgabe des Bundes zur Unterbringung und Verpflegung der neu ankommenden Asylwerber auf die Sicherheitsbehörde 1. Instanz und damit auf die Exekutive des Bezirkes Baden, ...

Die erstellte schlagwortartige Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit“, und so geht es in diesem Papier weiter.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn wir uns hier einen Tag lang um Familienpolitik kümmern, Experten hören, ausländische Meinungen hören, selbst unsere Positionen dazu formulieren, dann, glaube ich – und ich habe mir das lange überlegt –, ist eine solche Veranstaltung der richtige Ort, um auf diese Zustände und auch auf die Verantwortlichkeit in diesem Zusammenhang hinzuweisen. Ich denke, es wäre fahrlässig, das nicht zu tun, und deshalb wollte ich das tun.

Es werden an der Grenzstation Gmünd Flüchtlinge aufgegriffen – auch das, was ich jetzt sage, kann ich mit Dokumenten belegen, das brauche ich nicht vorzulesen –, die

Abgeordneter Franz Riepl

dort mit einer Fahrkarte ausgestattet in den Zug gesetzt und nach Wien geschickt werden – ohne Begleitung; und laut einer Weisung des Innenministeriums ist diesen aufgefingenen Flüchtlingen nicht dazuzusagen, wohin sie sich in Wien wenden sollen. Es ist auch verboten, zu sagen, dass sie nach Traiskirchen dürfen, weil dort, wie wir alle wissen, ja alles voll ist – eine Vorgangsweise, die mit den Themen soziale Sicherheit, Konfrontation, Solidarisierung, Generationen zu tun hat.

Es gibt, wie gesagt, diese **Weisung des Innenministeriums**. In der Nacht vom 17. auf den 18. April sind die, die so mit dem Zug nach Wien geschickt wurden – und das waren fast ausschließlich Familien mit Kleinkindern, vielfach ohne Männer, nur Frauen mit Kindern –, doch nach Traiskirchen gekommen – irgendwie, keiner weiß wieso und wie –, und sie wurden dort natürlich nicht mehr hineingelassen. Sie wurden dann doch ein bisschen hineingelassen, weil jeder Beamte, der dort Dienst versehen hat, natürlich Mitleid gehabt hat, obwohl es die Weisung gibt, es darf keiner mehr hinein.

Sie wurden dann des Flüchtlingslagers verwiesen. Sie sind natürlich nicht weggegangen. Es wurde dann aber nicht exekutiert, sondern man hat sie halt dann irgendwo drinnen gelassen.

Im Bezirk, so hört man von der Gendarmerie, kommt es zu Ladendiebstählen: Es ist keine Versorgung gegeben, und natürlich – ich drücke es jetzt wirklich sehr pointiert aus – „besorgen“ sich dann diese Menschen in den umliegenden Geschäften das, was sie für ihre Kinder zu essen brauchen. Das führt dazu, dass die Exekutive neuerlich einschreiten muss und in Wirklichkeit nichts tun kann. Und ab 1. Mai gibt es eine neue Weisung des Innenministers, wonach jemand, der in das Lager eindringt, ohne dass er das darf – also über den Zaun hüpfert oder über die Mauer klettert –, von der Gendarmerie mit einer Organstrafe von 21 € zu belegen ist.

Wir alle wissen, dass die meisten, die diesen Weg nach einer Matratze oder nach einem Bett suchen, keine 21 € eingesteckt haben. Es stellt sich die Frage, was geschieht, wenn sie nicht bezahlen können.

Herr Bundesminister! Ihre Staatssekretärin hat gesagt, das Thema Familienpolitik ist ein ressortübergreifendes. Daher bitte ich Sie, da kein Vertreter des Innenministeriums hier anwesend ist, mitzuhelfen, dass solche Familien in Österreich **nicht** im Stich gelassen werden, aber dass auch die Exekutive, die Beamten, die sich dort menschlich verhalten, die Hilfe brauchen, die zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht ihre Aufgabe sind, nicht im Stich gelassen werden. Mit dieser Vorgangsweise nämlich wird Obdachlosigkeit in unserem Land an diesem Ort – und ich hoffe, nur an diesem Ort und nicht auch noch anderswo – leider „gezüchtet“.

Herr Abgeordneter Tancsits von der ÖVP hat gesagt, die Überprüfung der gesetzlichen Maßnahmen ist wichtig. – Ich stimme dieser seiner Aussage zu, aber es soll auch geschehen – es ist nicht nur wichtig, es soll auch geschehen! Ich denke, wir haben eine sehr große Verantwortung, in diesem Bereich tätig zu werden. Es wäre, glaube ich, schlecht, wenn wir theoretisch, wissenschaftlich über die Fragen der Familienpolitik diskutieren, uns aber die Praxis, die heute, jetzt, in der nächsten Nacht wieder passiert, nicht interessiert und wir dazu keine Meinung haben.

Diese Situation, sehr verehrte Damen und Herren – und das sage ich als sozialdemokratischer Abgeordneter –, ist Österreichs unwürdig!

15.33

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Ich möchte ganz kurz klarstellen, dass es mir natürlich, wenn Sie, Frau Kollegin Rosenkranz, auch mit Initiativ waren oder genauso diese Idee hatten, nicht darum geht, einen Mutterstreit an der Enquete herbeizufüh-

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak

ren. Ich wollte mich einfach nur dafür bedanken, dass sie überhaupt zustande gekommen ist. Nehmen Sie den Dank bitte beide an!

Zu Wort gelangt nun Frau Abgeordnete Fuhrmann. – Bitte.

15.34

Abgeordnete Silvia Fuhrmann (ÖVP): Ich möchte meine Ausführungen in zwei Teile gliedern und im ersten Teil einige Fragen formulieren. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Prisching, der gesagt hat, das Familienbild hat sich seit den sechziger Jahren verändert. Herr Mag. Guger hat hinzugefügt, vor allem das Frauenbild habe sich verändert.

Die Frage, die ich hier anschließen möchte: Inwiefern beziehen Sie sich da auf das traditionelle Rollenverständnis, wo es darum geht, dass Frauen sich nicht mehr – Gott sei Dank – anhand eines Partners definieren, sondern in eigenständiger Rolle als Mutter, als Familienmitglied oder eben als Berufstätige? Und zweitens: Was ist eigentlich mit dem Männerbild? Gibt es so etwas wie ein **traditionelles Männerbild**? Ist das seit den sechziger Jahren gleich geblieben oder hat sich das auch verändert?

Wir haben auch gehört, dass das klassische Familienmodell etwas ist, was von jungen Menschen nach wie vor angestrebt wird, wenngleich sich traditionelle Rollenbeschreibungen und Rollenzuteilungen oder -zuweisungen lösen.

Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist: Wie kann das einhergehen mit einem Ergebnis aus dem letzten „Jugendradar“, das wir auch im Familienausschuss behandelt haben, bei dem ganz deutlich herausgekommen ist, dass es noch immer sehr eindeutig Frauen und Mädchen sind, die sich bei der Wahl der Ausbildung und bei der Wahl des Berufes dahin gehend Gedanken machen, ob das mit Familie und Kindern vereinbar ist – während das Burschen nicht tun? Wie können sich also Rollenbeschreibungen ändern, wenn die Gedanken in Richtung Berufsentscheidung anscheinend noch immer einen traditionellen Weg gehen?

Eine weitere, mir ganz besonders wichtige Frage – und diese leite ich gleich mit einem Warum ein –: Wenn auf der einen Seite klar ist, dass junge Menschen das **klassische, traditionelle Familienbild** anstreben, wie kann es dann sein, dass es auf der anderen Seite an der Umsetzung scheitert? – Dafür gibt es verschiedene mögliche Erklärungen.

Die erste mögliche Erklärung kann sein: In der Umsetzung kommen dann vor allem Frauen drauf, dass die Karriere ihnen doch lieber ist als die Familie. Das ist eine mögliche Variante.

Eine zweite mögliche Variante: Es hapert vielleicht an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und es hat etwas mit Kinderbetreuungsplätzen zu tun.

Eine dritte mögliche Erklärung – und dieser Theorie hänge ich eher an –: Ist es vielleicht etwas, was mit unserer Gesellschaft und vielleicht auch mit dem Druck, der teilweise auf junge Menschen ausgeübt wird, und durchaus auch etwas mit Erziehung zu tun hat? Ich nehme in diesem Zusammenhang das Wort „Perfektionismus“ in den Mund, etwas, was man durchaus auch aus der letzten Jugendwertestudie und aus dem „Jugendradar“ ableiten kann: Wenn junge Menschen auf der einen Seite mit der Anforderung konfrontiert sind, eine gute Ausbildung zu absolvieren, viele Fremdsprachen zu sprechen, im Ausland Erfahrungen zu sammeln und in möglichst jungen Jahren möglichst erfolgreich zu sein, oder auf der anderen Seite überhaupt einmal damit zu kämpfen haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen, um Geld verdienen zu können, dann wird damit jungen Menschen ein ziemlich gewichtiger Rucksack an Druck umgeschmalt. Und jetzt kommt dazu auch noch der Druck, möglichst viele Kinder in die Welt zu setzen, damit wir die demographische Entwicklung noch irgendwie retten können – wenn man es negativ formuliert.

Abgeordnete Silvia Fuhrmann

Mir fehlt in diesem Zusammenhang sehr oft der freudreiche Teil der Diskussion, bei dem es darum geht, dass Kinder etwas Schönes sind, dass Kinder etwas sind, was das Leben bereichert. Wir sprechen sehr oft vom familienfreundlichen Land Österreich. Ich frage mich: Warum wird dann ständig in pessimistischer Art und Weise darüber diskutiert, und wo ist der positive, der lebensfreudige Teil dieser Diskussion?

Vielleicht gibt es, nachdem ich hier diese drei Szenen skizziert habe, diesbezüglich von Seiten der Experten eine andere Meinung. Vielleicht ist es doch etwas, was ein bisschen mit der Gesellschaft und dem Druck zu tun hat, vielleicht sind es aber auch Dinge, die wir politisch lösen können. In diesem Fall würde ich Sie ersuchen, hier auch entsprechende Hinweise darauf zu geben. – Das war der erste Teil meiner Ausführungen.

Im zweiten Teil geht es um das Stichwort **Generationensolidarität**. Auch heute möchte ich einen von mir schon sehr oft ausgesprochenen Appell wiederholen: Generationensolidarität darf keine Einbahnstraße sein! Mit Generationensolidarität ist mittlerweile nicht nur mehr jene zwischen Alt und Jung gemeint, das heißt, es geht nicht nur um die Jungen, die sich in Ausbildung befinden, „gegen“ – unter Führungszeichen – jene Menschen, die sich in Pension befinden, denn wir sprechen mittlerweile von mehreren Generationen. Es gibt mittlerweile nicht nur mehr **eine** Sandwich-Generation dazwischen, sondern selbst diese teilt sich schon in mehrere Teile auf.

Ich möchte aber dennoch drei Punkte und drei Herausforderungen, die diese demographische Entwicklung mit sich bringt, festhalten. Ich glaube, die Aufgabe der Politik muss es sein, an diese Herausforderungen entsprechend vorsichtig heranzugehen.

Erste Herausforderung: die **demographische Entwicklung**. – Die demographische Entwicklung ist auch machtpolitisch zu betrachten und zu berücksichtigen. Das heißt, es ist darauf zu achten, sowohl Jung als auch Alt an entsprechenden Funktionen und Positionen mitwirken beziehungsweise teilhaben zu lassen, denn nur so ist nachhaltige Politik möglich. Junge Menschen mitbestimmen zu lassen, ist die einzige Variante, die es möglich macht, alle Interessen zu vertreten.

Neben der machtpolitischen Konsequenz ist auch eine wirtschaftspolitische Konsequenz unabdingbar. Es ist gut, wenn wir darauf schauen, dass ältere Menschen länger im Erwerbsleben gehalten werden, weil wir sie für die Aufrechterhaltung des Pensionsystems brauchen. Wir dürfen aber nicht sparen, wenn es darum geht, gerade im steuerlichen Bereich für Familien etwas zu tun, Anreize zu schaffen, um auch Frauen – vor allem junge Frauen – im Erwerbsleben zu halten und Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich zu machen.

Der dritte Bereich stellt eine finanzielle Herausforderung dar. Da geht es um eine gerechte Einkommenssituation in Österreich. Stichwort: Senioritätsprinzip. Da stellt sich die Frage: Wie soll ich Kinder kriegen **und** Häusel bauen, wenn ich zu Beginn meines Erwerbslebens das geringste Einkommen habe? Kurz vor der Pension, wenn ich am meisten verdiene, sagt dann der Unternehmer oft: Bitte geh in Frühpension, du bist mir jetzt zu teuer!

Dazu gehören aber auch banale Dinge, wie etwa Förderleistungen. Da fragt man sich schon: Warum ist zum Beispiel in Wien ein Seniorenticket billiger als ein Jugendticket für die U-Bahn oder die Straßenbahn? Warum ist es oft so schwierig, gerade in der Politik – und da müssen wir uns alle an der Nase nehmen – die Generationen, also Jung und Alt, an der Hand zu nehmen und gemeinsam dafür zu sorgen, dass auch Kinder und Enkelkinder eine sichere Zukunft haben? (*Vorsitzende Abg. Mandak gibt das Glockenzeichen.*)

Abgeordnete Silvia Fuhrmann

Das ist mein Appell, mit dem ich meinen Beitrag schließen möchte: Wenn man an die Zukunft denkt, dann darf man nicht nur davon reden, sondern muss auch danach handeln! Zur Solidarität zwischen den Generationen gehören alle! Generationensolidarität heißt einfach **Fair Play** für **alle Generationen!**

15.42

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächster kommt Herr Abgeordneter Krainer zu Wort. – Bitte.

15.42

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Meine Damen und Herren! Ich habe es nicht so tragisch gefunden, dass Kollegin Fuhrmann die Redezeit überschritten hat, weil sie die einzige Rednerin von der ÖVP war, die hier ohne Polemik und ohne Wahlkampfrhetorik ausgekommen ist, und das hat sich wohltuend von ihren Kolleginnen abgehoben.

Wir haben am Vormittag von den Experten mehrere Analysen der Situation gehört, die einander sehr ähnlich waren. Im Prinzip ist dabei herausgekommen, dass sich das Familienbild geändert hat, dass die Fruchtbarkeitsrate beziehungsweise Fertilitätsrate bei Frauen massiv zurückgegangen ist, weil sich Frauen von ihrem traditionellen Rollenbild emanzipiert haben und Beruf ein wesentlicher Bestandteil ihres Lebens geworden ist und sie daher nicht mehr bereit sind, so viele Kinder zu bekommen und sich für viele Jahre vollkommen aus dem Berufsleben zurückzuziehen.

Wenn ich heute in einem Kleid oder in einem Rock gekommen wäre, hätte vielleicht ein bisschen Aufruhr oder Empörung geherrscht – vielleicht aber nicht so viel Aufruhr und Empörung, wie geherrscht hat, als die ersten Frauen ihre Röcke ausgezogen und Hosen angezogen haben, was heute selbstverständlich ist, wenn ich so durch die Reihen blicke. Das ist zwar nur ein Symbol für die Emanzipation der Frauen, zeigt aber doch, dass vielleicht das, was die Frauen geschafft haben, nämlich sich von ihrem traditionellen Rollenbild zu emanzipieren, die Männer noch nicht erreicht haben.

Auf den ersten Blick mag es daran liegen, dass es vielleicht lukrativer beziehungsweise gewinnbringender ist, sich von dem traditionellen Rollenbild der Frau zu trennen, sich also – ich sage das einmal so – nicht nur auf die Familie zu konzentrieren, sondern auch den Rest der Welt zu erobern, und dass es für die Männer auf den ersten Blick nicht so lukrativ oder so toll erscheint, sich aus der schönen Erwachsenenwelt zurückzuziehen und ins Familienleben einzukehren. Aber aus persönlicher Erfahrung kann ich sagen, dass es sich sehr wohl lohnt beziehungsweise auszahlt und dass es im Prinzip auch sehr wünschenswert wäre, wenn das alle Männer so sehen würden.

Ich verstehe aber auch, dass Frauen sagen: Darauf will ich nicht warten, denn wer weiß, wie lange das dauert! Die Emanzipation der Frau hat ohnehin schon Jahrhunderte gedauert, bis sie so weit kam! Jetzt wollen wir nicht noch ein paar Jahrhunderte warten, bis die Männer auch draufkommen, dass der andere Teil des Lebens auch lebenswert ist und auch sehr schön und sehr wichtig sein kann!

Damit komme ich zu dem Kernpunkt, was das „Weniger-Kinder-Kriegen“ ausmacht. Der Grund dafür ist die **mangelnde Vereinbarkeit** von **Beruf und Familie**. Dabei geht es nicht so sehr darum, dass Kinder Geld kosten und dass man zugunsten der Kinder auf Einkommen, auf Geld verzichten muss, sondern da geht es hauptsächlich darum, dass vor allem Frauen – weil in der Mehrzahl Frauen diese Arbeit leisten – nicht bereit sind, auf diesen anderen Teil des Lebens in dem Ausmaß zu verzichten, wie sie es momentan tun müssen, nämlich für ein, zwei, drei Jahre aus dem Beruf auszusteigen und dann nicht mehr wieder dort fortsetzen zu können, wo sie auf der Karriereleiter

Abgeordneter Kai Jan Krainer

aufgehört haben, sondern ein, zwei Stufen darunter oder im schlimmsten Fall ganz am Anfang, und das womöglich bei einem zweiten Kind wieder.

Da ist einer der Kernpunkte die Kinderbetreuung – nicht ausschließlich! Es sagt niemand hier: Wenn es die gäbe, dann gäbe es da kein Problem mehr!

Ein anderer Kernpunkt dabei ist das **Recht auf Teilzeitarbeit**, und das nicht nur für 23 Prozent der betroffenen Frauen, sondern für alle – und natürlich auch für die Männer.

Eine Idee, die hier heute auch vorgebracht worden ist, halte ich im Hinblick auf die Bereitschaft von **Männern**, sich auch mehr um den Bereich der Kinderbetreuung zu kümmern, für eine Chance beziehungsweise für eine gute Möglichkeit, da etwas zu tun, und das ist der so genannte **Papa-Monat**. Es geht dabei im Prinzip darum, dass man jedem Vater nach der Geburt des Kindes einen Monat Urlaub gewährt, sozusagen einen Vaterschutzurlaub einführt, in dem er die Möglichkeit hat, gerade in den ersten Lebenswochen seines Kindes, also von Anfang an eine Beziehung, auch eine pflegerische Beziehung zu seinem Kind aufzubauen und nicht nur eine Freizeit- und eine Gute-Nacht- und eine Guten-Morgen-Beziehung zu seinem Kind zu haben.

Ganz zum Abschluss noch – es geht doch nicht ganz ohne Polemik –: Ich würde Sie ersuchen, Kollege Haupt, dem Kollegen Bartenstein – die anderen waren wenigstens fallweise hier – auszurichten, dass es recht eigenartig ist und nicht gerade von hoher Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft zeugt, wenn man bei einer Enquete für sich reklamiert, am Anfang ein Statement abgeben zu wollen, sich aber dann kurz danach – kaum, dass man das Statement abgegeben hat und die Kameras ausgeschaltet sind – verdrückt und in der restlichen Zeit nicht mehr auftaucht. – Danke.

15.47

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Ingrid Piringer. – Bitte.

15.47

Ingrid Piringer (Österreichische Plattform für Alleinerziehende): Sehr geehrte Damen und Herren! Darf ich mich vorstellen? – Mein Name ist Ingrid Piringer, ich bin von der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende.

Sie alle wissen, **AlleinerzieherInnen-Familien** sind längst keine Randerscheinung mehr. 17 Prozent aller Familien sind Alleinerziehende-Familien. Das heißt, jede sechste Familie ist eine **Ein-Elternteil-Familie**. Es ist eine Frauensache, denn 88 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Es ist erstaunlich, dass sich dieser Prozentanteil in letzter Zeit noch erhöht hat. Ich bringe das in Verbindung – ich weiß nicht, ob es stimmt – mit der Einführung der gemeinsamen Obsorge, denn es waren jahrelang etwa zirka 15, 16 Prozent der Alleinerziehenden Männer.

Alleinerziehende ohne Erwerbseinkommen stehen an der Spitze der am meisten von **Armut** betroffenen Gruppen in Österreich. 50 Prozent davon – hauptsächlich Frauen – sind von Armut bedroht, und 20 Prozent davon sind akut von Armut betroffen. Aber auch erwerbstätige Alleinerziehende haben laut Sozialbericht zu einem sehr hohen Prozentsatz einen sehr niedrigen Lebensstandard.

Die Gründe für die **Armutsgefährdung** der **Alleinerziehenden** sind hauptsächlich das grundsätzlich niedrigere Einkommen der Frauen – es ist nach wie vor um zirka ein Drittel niedriger als das der Männer, und da eben Alleinerziehende hauptsächlich Frauen sind, ist das relevant –, das immer wieder zitierte Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf das ich später noch näher eingehen möchte, keine oder nur schleppende Bezahlung des Unterhalts für die Kinder – nur in seltenen Fällen gibt es einen Anspruch der Alleinerziehenden auf eigenen Unterhalt –, eine Verschuldung, die

Ingrid Piringer

häufig durch Bürgschaft für Kredite des Expartners entstanden ist, erhöhte Kosten auf Grund der Teilung des Haushaltes nach der Scheidung oder nach der Trennung bei gleichem Einkommen, keine oder schlechte Ausbildung vor allem bei jungen Alleinerzieherinnen. Und diese Situation hat dann auch Auswirkungen auf die Alterssicherung: keine eigene oder nur eine sehr geringe Pension durch fehlende Versicherungszeiten wegen Kinderbetreuung.

Ich möchte davon drei Gruppen herausgreifen: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kindesunterhalt und Unterhaltsvorschuss und Alterssicherung.

Zum Ersten: **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. – Dafür ist die Grundvoraussetzung ein flächendeckendes Netz von qualitativ hoch stehenden, flexiblen und finanziell leistbaren Betreuungseinrichtungen nicht nur für Kindergartenkinder, sondern für Kinder aller Altersstufen. Vor allem für Kleinkinder bis 3 Jahre und für Schulkinder gibt es das in weiten Bereichen noch nicht. In manchen Bundesländern fehlen aber auch Kindergartenplätze.

Dies führt dazu, dass Alleinerziehende häufig sehr schlecht bezahlte oder weit unter ihrem Niveau liegende Tätigkeiten oder Teilzeitarbeit annehmen müssen, weil es anders mit der Betreuung nicht vereinbar ist. Sie können teilweise kaum davon leben. Auch die Arbeitslosenrate ist bei Alleinerziehenden wegen der Unvereinbarkeit mit Betreuungspflichten sehr hoch, und die geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt nach längerer Kinderpause sind bekannt. Deshalb spielen Transferleistungen und vor allem der Kindesunterhalt eine besonders wichtige Rolle.

Eine von der Österreichischen Plattform für Alleinerziehende durchgeführte Befragung ergab, dass 17 Prozent der befragten Alleinerziehenden – das heißt, das ist jede sechste Familie – weder einen Kindesunterhalt noch einen Unterhaltsvorschuss beziehen. Grund dafür ist vor allem die Zahlungsunfähigkeit des unterhaltspflichtigen Elternteils auf Grund von Krankheit oder Konkurs, wodurch auch der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss erlischt, oder dass dieser – das ist jetzt neue Praxis – bei Arbeitslosigkeit sehr oft automatisch auf 29 € herabgesetzt wird; das ist der Kinderzuschuss zur Arbeitslose. Es ist so, dass dann – und das ist eine paradoxe Situation –, wenn der Vater – in der Regel sind es die Väter – nicht zahlen kann, auch Vater Staat nicht zahlt.

Wenn der unterhaltspflichtige Elternteil sozusagen „nur“ zahlungsunwillig ist, dann gibt es die Möglichkeit der Anspannung und dann könnte grundsätzlich auch – und das passiert auch oft – ein Unterhaltsvorschuss gewährt werden, weil zumindest theoretisch die Möglichkeit der Rückzahlung besteht.

Eine **Unterhaltssicherung** für Kinder über diesen Unterhaltsvorschuss hinaus würde sehr zur Bekämpfung der Kinderarmut beitragen, die auch von der EU-Kommission als Priorität für die Mitgliedstaaten für die nächsten drei Jahre gesehen wird. (*Vorsitzende Abg. Mandak gibt das Glockenzeichen.*)

Zur **Alterssicherung** möchte ich nur einen Satz sagen: Die Durchrechnung auf 40 Jahre trifft vor allem jene Alleinerzieherinnen, die lange während der Ehejahre bei den Kindern zu Hause gewesen sind und keine Chance auf eine höhere als auf die Mindestpension mehr haben. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

15.53

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Brauner. – Bitte.

15.53

Mag. Sonja Brauner (Österreichische Kinderfreunde): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, es wurde der Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mag. Sonja Brauner

heute schon sehr oft das Wort geredet. Ich möchte diese Forderung trotzdem noch einmal ganz prägnant herausheben.

Eine moderne Familienpolitik muss Rahmenbedingungen für die **Vereinbarkeit** von **Beruf und Familie** schaffen. Wir haben diesen Satz hier heute schon oft gehört, doch sehr oft steckt im Hintergrund der Gedanke oder kommt dann im Folgesatz die Betonung darauf, dass das insbesondere bei Frauen wichtig ist, und das ist ein Fehler.

Es **muss** die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowohl für **Mütter** als auch für **Väter** gewährleistet sein! Es müssen beide Elternteile die Möglichkeit haben, sich aktiv um ihre Kinder zu kümmern.

Die Zukunft der Familie liegt in einer gerechten Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Familienarbeit, denn Kinder sind eine partnerschaftliche Aufgabe von beiden Elternteilen. Die Kinder haben ein **Recht auf beide Elternteile**, und sie brauchen beide Elternteile auch ganz massiv für ihre Entwicklung. Sie brauchen die Mutter und den Vater als Rollenvorbild – als Rollenvorbild für das Geschlechtsmodell: Wie werde ich eine Frau? Wie werde ich ein Mann? Das trifft für Töchter wie für Söhne in gleicher Weise zu.

Damit das möglich ist, muss die Politik für die Familien die dazu nötigen Rahmenbedingungen schaffen. Diese Rahmenbedingungen müssen natürlich auch eine familienfreundliche Arbeitswelt zum Gegenstand haben. Aber es muss auch – und das ist hier heute schon hundert Mal gesagt worden, aber ich werde trotzdem nicht lockerlassen – eine ausreichende und eine qualitative Kinderbetreuung für alle Altersgruppen zur Verfügung stehen.

Frau Pitzinger-Ryba hat gesagt, wir dürfen bei ihr anrufen. – Ich meine, ich kann ihr jetzt schon alle Eltern, die bei uns anfragen, schicken, nur wird es nichts helfen. Wir haben in bestimmten Bereichen einfach Defizite, ob man es wahrhaben will oder nicht.

Laut Mikrozensus 2001 fehlen österreichweit 47 000 Betreuungsplätze. Außerdem gibt es 42 000 Plätze, bei denen entweder die Öffnungszeiten nicht ausreichend sind oder keine ganzjährige Öffnung gewährleistet ist. Weitere Handicaps für die Eltern sind die schlechte Erreichbarkeit oder die zu hohen Kosten. Man muss sich Kinderbetreuung auch leisten können.

Es geht einfach nicht: Eltern können nicht mit ruhigem Gewissen arbeiten gehen, wenn sie nicht wissen, dass ihre Kinder gut versorgt sind. Kinder haben ein Recht auf Kinderbetreuung – das ist zwar auch schon erwähnt worden, aber ich betone es noch einmal –, und die Kinderbetreuung hat nicht nur die Aufgabe, die Eltern zu unterstützen, sondern es geht da auch um einen ganz massiven Bildungsauftrag.

Jede **Betreuungseinrichtung**, angefangen von der Tagesmutter über den Kindergarten bis zur Horterziehung, hat einen altersentsprechenden **Erziehungsauftrag** zu erfüllen. Sie haben die Kinder zu fördern. Bitte gebt doch den Kindern das Recht auf Förderung! Wir alle wollen doch, dass unsere Kinder bestmöglich gefördert werden. Es geht da nicht um ein Ausspielen von familiärer Betreuung und außerhäuslicher Betreuung. Das darf keine Konkurrenz sein, sondern das muss ein gegenseitiges Ergänzen sein.

Es gab zum Beispiel eine Studie von Professor Tietze aus Berlin. Er hat durch mehrere Jahre Kinder nach pädagogischen Entwicklungsstandards untersucht, und er hat eindeutig festgestellt, dass Kinder – da geht es immer um die hohe Qualität – in einer guten, qualitativen Betreuungseinrichtung gleichaltrigen Kindern gegenüber um ein Jahr – ich betone: um ein ganzes Jahr! – in der Entwicklung überlegen sind. Die sind um ein Jahr in der Entwicklung weiter.

Mag. Sonja Brauner

Das müssen wir unseren Kindern doch zugestehen! Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt der Kinderrechte. Da geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern da geht es auch um ein Recht des Kindes – um das Recht des Kindes auf die bestmögliche Förderung.

Frau Pitzinger-Ryba hat noch einen Punkt erwähnt, den ich gerne unterstreichen möchte. Dabei geht es um **individuelle Lösungen**. Es muss natürlich jede Familie die Möglichkeit haben, nach ihren Bedürfnissen und nach den Interessen des Kindes die richtige Betreuung auszuwählen. Man kann das niemandem verordnen. Nur: Wenn keine Betreuung vorhanden ist, dann gibt es auch keine Wahlfreiheit. Wahlfreiheit gibt es erst dann, wenn wir in ganz Österreich, also flächendeckend, die Möglichkeit haben, jene Betreuung zu finden, die wir brauchen. Das ist derzeit noch nicht gewährleistet. – Danke.

15.58

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Schmid.

Bevor ich ihr das Wort erteile, möchte ich mich aber noch sehr herzlich von Herrn Bundesminister Mag. Haupt verabschieden. Er hat mir vorhin gesagt, dass er gehen muss, und er wollte auch gleich gehen. Ich habe ihn aber gebeten, wenigstens bis zum Rednerwechsel zu bleiben, damit wir uns gemeinsam sehr herzlich von ihm verabschieden können.

Herr Bundesminister! Vielen Dank für Ihr langes Dasein, für Ihr Interesse an diesem Thema. Es hat uns alle sehr gefreut, dass Sie so lange geblieben sind und uns so viel Aufmerksamkeit geschenkt haben. – Danke. (*Beifall.*)

Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz Mag. Herbert Haupt: Ich möchte mich bedanken.

Was die weiteren Redner betrifft, so ist durch die Beamten meines Ministeriums, die noch hier bleiben, gewährleistet, dass mich auch die Anregungen, die in der letzten Stunde noch vorgebracht werden, erreichen werden.

Ich werde auch gerne der Anregung des Kollegen Riepl nachkommen und seine Passage aus dem Protokoll dem zuständigen Innenminister überreichen.

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Danke und auf Wiedersehen!

Bitte, Frau Mag. Schmid.

16.00

Mag. Gabriele Schmid (Bundesarbeitskammer): Sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine ganz kurze Vorbemerkung, bevor ich zu zwei inhaltlichen Punkten Stellung nehme. Ich ersuche **dringend**, von der Gleichstellung Arbeiterkammer und SPÖ in Zukunft Abstand zu nehmen. Es ist für uns als Experten hier sehr wichtig – von welcher Partei immer wir auch nominiert sind –, klar festzuhalten, dass wir mit unserem Expertenstatus hier für unsere Institutionen sprechen beziehungsweise als unabhängige Personen.

Zwei inhaltliche Bemerkungen hätte ich noch gerne gemacht. Der eine Punkt betrifft die Aussage, dass Österreich im **europäischen Vergleich** sehr, sehr gut in der Familienpolitik liege. – Richtig daran ist, dass verschiedene Zahlen zeigen, dass Österreich bei den monetären Familienleistungen, also bei den Geldleistungen für Familien, an der Spitze Europas liegt, mit dem Kinderbetreuungsgeld mittlerweile wahrscheinlich den bisher zweitplatzierten Mitgliedsstaat Luxemburg sogar überholt hat. Das Problem heute ist aber Folgendes: Bei den Dienstleistungen, die für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie notwendig sind, und in der Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbst lie-

Mag. Gabriele Schmid

gen wir abgeschlagen im unteren Drittel der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Das ist schon gesagt worden. Was Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, aber auch das Thema Familienarmut oder Vererbung von Armut in Familien betrifft, liegen wir ganz weit hinten.

Sie können das alles nachlesen im österreichischen Familienbericht 1999, der das belegt, in den OECD-Familienberichten oder auch in einer Untersuchung von Gøsta Esping-Andersen zum Thema Vererbung von Armut, „**Against Social Inheritance**“, 2003. Das ist auch der Grund, warum Österreich dem konservativen Wohlfahrtsstaats-Modell zugerechnet wird.

Eine zweite Bemerkung hätte ich noch gerne gemacht, und zwar zum Thema, das hier so im Raum steht, dass nämlich jenen Personen, die die **Frauenerwerbstätigkeit** befürworten, ein negatives Bild von Frauen, die zu Hause bleiben oder die Teilzeit arbeiten, unterstellt wird. Zum einen sollte sich niemand anmaßen – ich würde das jedenfalls nicht tun –, einer Frau vorschreiben zu wollen, ob sie zu Hause bleiben soll oder nicht. Ich denke, das Thema ist ein anderes, und es ist mir wichtig, das noch einmal zu betonen: Es geht um die Rahmenbedingungen, die Sozial- und Familienpolitik schaffen, innerhalb deren sich Menschen für eine bestimmte Art der Erwerbstätigkeit oder Nicht-Erwerbstätigkeit entscheiden.

Ich möchte ganz kurz eine Geschichte erzählen, die da ganz gut dazupasst. Und zwar hat in Schweden in den sechziger Jahren die familienpolitische Diskussion das Thema Wahlfreiheit beherrscht. Dabei ist es in Schweden – und das ist immerhin 40 Jahre her – darum gegangen, ob ein Erziehungsgeld eingeführt werden soll. Die damals sozialdemokratische schwedische Regierung hat das Thema Wahlfreiheit konträr zu dem, wie es bei uns diskutiert wird, verstanden und letztlich auch umgesetzt. Schweden war dann 1974 das erste Land Europas, das Elternkarenz mit einer Lohnersatzrate von damals 90 Prozent, flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, die Pflegefreistellung und eine Elternversicherung eingeführt hat, und es gibt auch – was ich für ganz besonders wichtig halte – seit 1979 in Schweden das Recht für **alle** Eltern, was hier besonders betont sein soll, die Arbeitszeit zu reduzieren. Das lief unter dem Titel: Sechsstudentag für Eltern mit Kindern bis zum achten Lebensjahr.

Ich denke, das ist ein zentraler Punkt: Es geht darum, dass die Arbeitswelt sich verändern muss, damit Familienpolitik erfolgreich sein kann. Für Männer und für Frauen muss es eine Arbeitswelt geben, die weniger Erwerbsarbeit möglich macht, damit der Raum und die Zeit entstehen kann, sich mit Kindern beschäftigen und Kinder betreuen zu können.

16.04

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Gernot Rammer. – Bitte.

16.05

Gernot Rammer (Österreichische Kinderfreunde): Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Enquete dauert ja schon eine ganze Weile, und wenn es darum geht, ganz konkrete Projekte zu benennen oder ganz konkrete Ideen zu finden, wie denn die Perspektiven der österreichischen Familienpolitik in den nächsten Jahren ausschauen soll, dann wird es dünn, wie das viele VorrednerInnen schon angemerkt haben. Häufiger Grundtenor ist ein gewisses Klagen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch noch nicht so gut funktioniert, wie sie sollte.

Mir scheint auch, dass die „Trägerrakete“, die vor einigen Jahren losgeschickt wurde, nämlich das **Kindergeld**, nicht das gebracht hat, was man alles angekündigt hat. Ich habe noch gut in Erinnerung, dass damals versprochen wurde, dass damit sehr viele

Gernot Rammer

Probleme der Familien gelöst würden, dass mit der Einführung des Kindergeldes die Geburtenrate steigen werde, und zwar erheblich, dass mit der Einführung des Kindergeldes die Sorgen der Frauen weniger würden, weil sie ja alles frei wählen könnten. Damals ist sehr viel versprochen worden.

Was ist tatsächlich gehalten worden? Es gibt jetzt dieses Familiengeld, und es funktioniert in gewissen Bereichen auch, aber es hat bei Weitem **nicht** das gebracht, was angekündigt wurde. Die Zahlen sprechen nämlich eine eindeutige Sprache. Wir können uns die Geburtenrate ansehen – die ist nicht gestiegen. Wir können uns das Problem der Wahlfreiheit ansehen – es gibt immer noch viele, die keine Wahlfreiheit haben, weil es zum Beispiel keine Angebote im Kinderbetreuungsbereich gibt; vieles mehr wäre hier noch anzuführen.

Zu dem Punkt möchte ich nur sagen – dazu ist heute auch schon einiges gekommen –, dass ich denke, dass man das Familiengeld reformieren muss und dass vor allem die Änderung der Bezugshöhe, wenn man das Kindergeld kürzer in Anspruch nimmt, eine wichtige Reform wäre, weil dadurch auch Männern und Frauen, die eben kürzer aus dem Erwerbsleben aussteigen wollen, die Möglichkeit geboten wird, wirklich freier zu wählen, und dort geholfen wird, wo jetzt noch Probleme liegen.

Ich hätte drei familienpolitische Zielsetzungen anzubieten, weil Ziele ja den Vorteil haben, dass man später messen kann, ob Familienpolitik erfolgreich war. Ein Ziel, das nicht erreicht wurde, war ja die Steigerung der Geburtenrate. Ich fände es ein spannendes Ziel zu sagen: Machen wir es wenigstens so gut wie die Franzosen, steigern wir die **Geburtenrate** auf das Niveau des heutigen Frankreich und nehmen wir uns dafür fünf Jahre Zeit! Die Politik kann mit ihren Maßnahmen beweisen, dass das auch möglich ist, weil eine andere Welt einfach möglich ist, das zeigen ja diese Beispiele.

Ein zweites Projekt, das ich anregen möchte, ist, dass wir – wie das in Finnland zum Beispiel der Fall ist – ein **Recht auf Kinderbetreuung** einführen. Wenn das stimmt, was KollegInnen hier gesagt haben, dass es nämlich kein Problem mit der Kinderbetreuung gibt, weil ohnedies genug Plätze vorhanden sind, dann wäre das eine einfach zu erfüllende Forderung. Jede Familie, jeder Elternteil, jedes Kind, das einen Kinderbetreuungsplatz braucht, soll nur zum Gemeindeamt gehen müssen, aufzeigen und sagen, ich brauche einen Platz, und soll einen Rechtsanspruch darauf haben, dass es diesen Platz auch bekommt. Und die Kommune muss sich darum kümmern und nicht die Eltern, dass es einen Platz gibt, der erreichbar, der leistbar ist und der von der pädagogischen Qualität den Anforderungen von Kindern entspricht. Es geht also darum, diese Last nicht den Eltern aufzubürden, sondern den Kommunen, den Ländern und dem Staat. Die müssen sich darum kümmern, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben ist.

Ein drittes Projekt oder ein drittes Ziel wäre zum Beispiel, dass man die **Karenzraten** von **Vätern** auf das Niveau anhebt, das es derzeit beispielsweise in Schweden gibt. Auch da ist viel darüber geredet worden, dass es doch schön wäre, wenn die Väter mehr tun würden, und dass es gut wäre für die Familien und für die Kinder, wenn sie mehr bei der Familie wären. Tatsache ist aber, dass ich von keinem Projekt gehört habe, das in diese Richtung ginge, das sich damit beschäftigt: Gibt es mehr Väter in Karenz, wird das angenommen, und was ist da noch zu tun? Ich befürchte, es wird zu wenig sein, wenn im kommenden Herbst eine Plakatwelle und Fernsehspots über uns hereinbrechen werden, in denen der gute Vater ins Rampenlicht gestellt wird. Hinsichtlich konkreter Projekte, der Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, damit diese Vaterschaft auch gelebt werden kann, so fürchte ich, wird sich nicht so viel tun.

Dazu hätte ich eine Maßnahme anzubieten, die schon mehrfach vorgestellt wurde, nämlich den **Vaterschutzmonat**. Ich meine, dass Familienpolitik Symbole und Ziel-

Gernot Rammer

setzungen braucht. (*Vorsitzende Abg. Mandak gibt das Glockenzeichen.*) Der Vaterschutzmonat wäre eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten: für die Väter, die vom ersten Tag an eine intensive Vater-Kind-Beziehung haben können, für die Mütter, die nach der Geburt des ersten Kindes mit einer 24-Stunden-Betreuungsnotwendigkeit konfrontiert sind, wodurch der Stress enorm ist und wo eine Unterstützung notwendig wird, und natürlich auch für die Kinder, weil Kinder einfach beide Elternteile als Vorbilder und als Rollen brauchen. Kinder brauchen Väter **und** Mütter. Der Vaterschutzmonat kostet nicht die Welt und wäre eine Innovation in der Familienpolitik, mit der wir auch nicht alleine dastünden, denn auch das gibt es in anderen Ländern schon, wo bis zu 40 Prozent der Väter diese Maßnahme in Anspruch nehmen.

In Schweden ist man bereits noch einen Schritt weiter. Dort diskutiert man bereits darüber, die Einführung eines zweiten Monats durchzusetzen – und es sieht ganz so aus, als ob das auch gelingen würde. Ich würde mir für Österreich **rasch** den ersten Vaterschutzmonat wünschen.

16.10

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Mag. Guger. – Bitte.

16.10

Referent Mag. Alois Guger (Wirtschaftsforschungsinstitut): Ich weiß nicht, soll ich jetzt erst einmal um Verständnis bitten, dass ich relativ viele Anfragen bekommen habe? Wegen der Zeit nämlich.

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Nein, aber Sie werden sie **ganz kurz** und präzise beantworten.

Referent Mag. Alois Guger (*fortsetzend*): Ich werde mich bemühen, ja. – Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Steibl hat zuvor die Frage der **arbeitsmarktgerechten Erziehung und Ausbildung** angesprochen. – Ich kann Ihnen schon erläutern, was ich damit gemeint habe. Die neue Arbeitswelt erfordert, dass wir auch das Bildungssystem darauf ausrichten. Wir brauchen mehr Flexibilität in der Ausbildung. Es geht nicht mehr an, dass wir fast bis 30 in Ausbildung sind und dann bis 60 arbeiten und zwischendurch keine weitere Ausbildung mehr bekommen. Es geht darum, dass wir früher in das Erwerbsleben einsteigen und dass wir ständig Weiterbildungsprozesse durchlaufen, weil wir uns beruflich umorientieren müssen.

Jetzt möchte ich das gleich zum Aufhänger machen, um auf eine Forderung von Frau Fuhrmann einzugehen, die ich nur unterstützen kann. Frau Abgeordnete Fuhrmann hat gesagt, wir sollten die **Senioritätsentlohnung** infrage stellen, und es ist heute tatsächlich so, dass Erfahrung nicht mehr so viel Bedeutung hat, wie das früher der Fall war. Es ist wahrscheinlich richtig, dass man die jungen Leute besser bezahlen und die Entlohnungskurve abflachen sollte. Das wird uns auch im Pensionssystem helfen, ist auch mit der Durchrechnung sehr gut vereinbar und wäre eine sehr sinnvolle Maßnahme. – Ich denke, ich brauche das jetzt nicht weiter zu erläutern, denn ich stehe etwas unter Zeitdruck.

Was Sie im Zusammenhang mit der **Leistungsorientierung** angesprochen haben, daran habe ich nicht gedacht, denn ich habe nicht immer die politischen Auseinandersetzungen im Hintergrund, wenn ich hier etwas sage. Aber was ich dazu sagen möchte, ist Folgendes: Meine Frau war lange Zeit Lehrerin und hat sich bemüht, die Montessori-Pädagogik neben der klassischen Pädagogik in unseren öffentlichen Schulen einzuführen beziehungsweise zu betreiben, und sie hat dabei Interessantes festgestellt: Es gibt Kinder, die vielleicht auch von zu Hause eine sehr starke Leistungsorientierung mitbekommen haben, aber natürlich auch viele andere, bei denen

Referent Mag. Alois Guger

das Elternhaus vielleicht nicht so dahinter ist, und da gibt es dann die Leistungsorientierung nicht in dem Ausmaß. **Aber** gerade bei denen ist es möglich, ihre Talente dadurch zu fördern, dass man ihnen mehr Freiraum gibt. Interessanterweise waren die Kinder, die sonst nicht so aktiv waren und die vorgegebenen Richtlinien nicht so einhalten wollten, wenn es um ein genau vorgegebenes Programm gegangen ist, bei dem die Streber sehr aktiv waren, dann eigentlich sehr aktiv und sehr kreativ. Es geht also darum, die Talente entsprechend zu fördern, damit man sie auch nützen kann.

Zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Rosenkranz möchte ich Folgendes sagen: Sie hat eigentlich an den Kollegen Werding eine Frage gestellt, aber ich denke, ich kann dazu auch ein paar Worte sagen, weil wir auch Untersuchungen dazu gemacht haben. – Sie haben das **Verhältnis** der **Pensionen** zu den **Versicherten** angesprochen. Momentan ist es so, dass wir auf 1 000 Versicherte 620 Pensionen auszahlen. Sie haben angesprochen, dass wir in 30 Jahren ein Verhältnis von 1 zu 1, das heißt 1 000 Pensionen zu 1 000 Versicherten, haben werden. Das beruht auf der Rürup-Studie, und zu der muss ich sagen, dass die Demographie eine völlig andere war. Das hat sich völlig verändert.

Wir haben einmal versucht, das mit den gleichen Arbeitsmarktannahmen wie Herr Rürup, aber mit der neuen Demographie zu machen: Damit kommen wir bereits auf eine Zahl, die um 200 niedriger ist. Er hat von 980 gesprochen; wir kommen damit schon auf 780. Und wenn wir noch berücksichtigen, dass in dem Zeitraum auch die Erwerbsbeteiligung steigen dürfte – in welchem Ausmaß auch immer, die EU regt 10 Prozent Steigerung an –, dann kommen wir zum Schluss, dass die Pensionsquote ungefähr 712 sein würde. Das heißt natürlich schon, dass wir eine entsprechende Beschäftigungspolitik und eine entsprechende Aktivierungspolitik brauchen, denn sonst bringen wir die Personen gar nicht zusammen, die als Versicherte zur Verfügung stehen. Das heißt es schon. (*Vorsitzende Abg. Mandak gibt das Glockenzeichen.*)

Es ist schon vorbei? Das tut mir Leid. Ich habe noch eine Menge Anfragen. Darf ich noch ein paar kurze Punkte ansprechen?

Angesichts der Angst vor der **demographischen Entwicklung** möchte ich schon noch auf einen Punkt hinweisen: Wir haben bereits einmal eine ähnliche demographische Entwicklung gehabt. Zwischen 1950 und 1970 ist die Altenquote von 25 Prozent auf 36 Prozent gestiegen, in diesen 20 Jahren. In den nächsten 20 Jahren wird sie wieder von 25 – wir sind wieder ungefähr dort – auf 33 Prozent steigen. Das heißt, wir haben jetzt mehr Zeit als damals, haben es damals aber bewältigt. Zu den Übertreibungen heutzutage muss ich schon sagen, dass man das auch ein bisschen in Relation sehen muss.

Ich möchte noch kurz etwas zur Frage der Fertilitätsraten sagen, die angesprochen worden sind. Nur ganz kurz.

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Wir haben die Schwierigkeit, dass die anderen dann einfach nicht mehr drankommen!

Referent Mag. Alois Guger (fortsetzend): Ja, aber es werden hier so viele Sachen verbreitet, zu denen man vielleicht doch noch etwas sagen sollte. Zum Beispiel hat vorhin jemand die Frage Ost-Deutschland angesprochen. – Ich habe gerade ein Papier von – ich glaube, es ist Ihr Chef – Herrn Sinn angeschaut. In Deutschland war die Fertilitätsrate in Ost- und in West-Deutschland eigentlich sehr ähnlich bis 1972. Dann hat Ostdeutschland ganz bewusst eine pronatale Politik betrieben, nämlich Kinderbetreuungsplätze ausgebaut, die Rechte der Frauen in den Betrieben enorm gestärkt, die Kinderbetreuungsplätze in den Betrieben stark ausgebaut und auch Transfers verbessert. Und was ist geschehen? Die Geburtenrate ist enorm in die Höhe gegangen, auf fast zwei in Ost-Deutschland und ist dann wieder leicht gesunken.

Referent Mag. Alois Guger

Wirklich entscheidend ist jedoch meiner Meinung nach die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Als die zwei Länder zusammengelegt worden sind, mit der Wiedervereinigung hat die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sehr zugenommen, Kinderbetreuungseinrichtungen in den Betrieben wurden geschlossen, und die Geburtenrate ist auf 0,7 hinuntergefallen. Enorm! Und in Schweden haben sie das gleiche Problem. – Ich könnte jetzt auf Schweden noch näher eingehen, aber es tut mir Leid. – Danke.

16.17

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Vielen Dank, Herr Mag. Guger. Es tut mir Leid, dass wir jetzt auch die Expertinnen und Experten so „einbremsen“ müssen, aber es geht sich anders nicht aus. Ich könnte ihnen stundenlang zuhören.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Baumgartner. – Bitte.

16.18

Mag. Rosina Baumgartner (Katholischer Familienverband Österreichs): Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Rosina Baumgartner, ich bin Generalsekretärin des Katholischen Familienverbandes. Dass diese Enquete eine ist, die von allen vier Parlamentsparteien initiiert und unterstützt wurde, freut mich, denn das zeigt, dass das Thema Familie und Generationen, wenn auch mit verschiedenen Akzentuierungen, allen Parteien wichtig ist. Was mich über weite Strecken ein bisschen gestört hat, ist eine zu große Konzentration auf den Status quo und ein zu gering ausgeprägter Blick auf die Zukunftsperspektive.

Ich möchte nur drei Punkte dazu nennen, was für mich, was für den Katholischen Familienverband zukunftsorientierte Familienpolitik heißt. Zukunftsorientierte Familienpolitik heißt, die **Freiheit** der **persönlichen Lebensgestaltung** ermöglichen. Das bedeutet, die verschiedenen Lebenskonzepte zu respektieren und sie wertfrei nebeneinander stehen lassen zu können. Dafür muss ich aber entsprechende Wahlmöglichkeiten und entsprechende Rahmenbedingungen anbieten und auch schaffen.

Zukunftsorientierte Familienpolitik heißt auch, das **Wohl** des **Kindes** in den Mittelpunkt zu stellen, denn es gibt in puncto Betreuung kein Patentrezept. Kinder sind Individuen, zehn verschiedene Kinder brauchen vielleicht zehn verschiedene Betreuungsangebote, zehn verschiedene Betreuungsmöglichkeiten. Wenn mein Vorredner, Herr Rammer, das Recht auf Betreuung fordert, ist das ein Recht, das man durchaus unterstützen kann und das man unterstützen soll. Man darf natürlich nicht vergessen, dass Recht auf Betreuung – er hat wahrscheinlich gemeint Recht auf außerhäusliche Kinderbetreuung – dann auch heißt, dass ich ein Recht habe, die Kinder selber betreuen zu können, wenn ich das möchte. Und auch dafür müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zukunftsorientierte Familienpolitik heißt auch, eine **familienorientierte Arbeitswelt** zu schaffen. Was familienorientierte Arbeitswelt bedeuten kann, wie eine familienorientierte Arbeitswelt aussehen kann, das hat in Ansätzen die Vorrednerin, Frau Schmid, schon skizziert.

Zukunftsorientierte Familienpolitik heißt auch, partnerschaftliche Betreuungs- und Pflegearbeit zu unterstützen. Das heißt, für die partnerschaftliche Betreuungs- und Pflegearbeit sind auch bewusstseinsbildende Maßnahmen erforderlich. Und bewusstseinsbildende Maßnahmen können nicht erst dann ansetzen, wenn Männer, wenn Frauen in diese Situation kommen und ein Kind zu betreuen haben, sondern bewusstseinsbildende Maßnahmen müssen in der Schule ansetzen: Kinder lernen durch Vorleben. Wenn ihnen das partnerschaftliche Modell nicht vorgelebt wird, werden sie, wenn sie erwachsen sind, sich um einiges schwerer tun, das umzusetzen.

Mag. Rosina Baumgartner

Und nicht zuletzt heißt zukunftsorientierte Familienpolitik für uns auch, die Betreuungs-, Pflege- und Erziehungsarbeit entsprechend und angemessen abzugelten. – Danke.

16.22

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Werding. – Bitte.

16.22

Referent Dr. Martin Werding (Institut für Wirtschaftsforschung, Bereich Sozialpolitik und Arbeitsmärkte; München): Meine Damen und Herren, ich reagiere auf die Frage von Frau Abgeordneter Rosenkranz, Herr Guger ist ebenfalls schon darauf eingegangen. Ich tue das gern, denn die sehr pointierte Aussage von Ihnen war ja folgende: Wir haben kein Finanzierungsproblem, wir haben ein Produktivitätsproblem.

Das klingt sehr griffig, aber ich glaube doch, dass man dem entgegentreten muss. Zwei Bemerkungen dazu.

Erstens: Nehmen wir an, es sei tatsächlich so, es sei ein Produktivitätsproblem, dann gibt es – die Bevölkerungszahlen, die Sie genannt haben, kann ich nicht bezweifeln – eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass es als **Produktivitätsproblem** schwer bis kaum lösbar ist, und zwar aus folgendem Grund: Wir müssen im Zuge des **demographischen Wandels** nicht nur steigende Kosten der Alterssicherung bezahlen. Es kommen unbekannte Kostensteigerungen hinzu, gerade durch den technischen Fortschritt im Gesundheitswesen. Das ist vielleicht ein Aspekt, der vor 20, 30 Jahren noch anders aussah, als das Kostenniveau entsprechend niedriger war. Es kommen weiters die Kosten der Pflege **Pflegebedürftiger** hinzu.

Und es kommt noch etwas hinzu: Auch ganz normale steuerfinanzierte Ausgaben für die Infrastruktur werden im demographischen Wandel in Prozent des Bruttoinlandsproduktes typischerweise steigen, denn das, was die öffentliche Hand hier normalerweise anbietet, sind Güter mit starker Kostendegression. Und diese erleben wir dann gleichsam umgekehrt. Außerdem muss die Struktur des öffentlichen Güterangebots an die ältere Bevölkerung angepasst werden. Um es vereinfacht zu formulieren: Ein Altenheim gleicher Kapazität ist teurer als ein Kindergarten.

Mehrere derartige Effekte kommen da also zusammen, sodass man schwer voraussagen kann, wie hoch die rechnerische Produktivitätssteigerung sein müsste, die folgende Eigenschaften hat: die Netto-Einkommen der Haushalte der aktiven Bevölkerung steigen mit derselben Rate wie früher, in der Phase wachsender Bevölkerung, und auch die verfügbaren Einkommen der Pensionsbezieher et cetera wachsen mit derselben Rate.

Aber eine solche Rate kann man sich vorstellen, man kann sie auch ausrechnen, wenn man die entsprechenden Zahlen hat. Allerdings kann sie relativ hoch ausfallen, und vor allem: Es ist alles andere als klar – und der Vergleich mit der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft vor 100 Jahren ist da nicht tauglich –, dass wir eine gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung – nicht auf einem Sektor durch eine neue Technologie, sondern vom Briefzusteller über den Chemiefacharbeiter bis zum Bankangestellten –, eine durchschnittliche Produktivitätssteigerung herkriegten, die so einer Rate genügt.

Vor allem hatten Sie nebenbei noch gesagt, es sei eine Frage des politischen Willens, und dem würde ich entschieden widersprechen! Produktivitätssteigerungen, zumindest gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerungen höheren Ausmaßes, sind keine Frage politischer Entscheidungen, sondern eine Frage der Entscheidung von Millionen von Individuen auf dem privaten Sektor der Wirtschaft in erster Linie. Da geht es um Investitionen, um Qualifikationen, um Innovationen und ähnliche Dinge. Die Politik hat

Referent Dr. Martin Werding

da eine enorm nachrangige Rolle. Sie überschätzt sich, wenn sie glaubt, sie kann durch Beschlüsse für hohe Produktivität sorgen.

Es gibt diesen berühmten EU-Gipfel von Lissabon, auf dem der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister beschlossen hat, bis 2010 solle die EU die produktivste Wirtschaftsregion der Welt sein. Nach vier Jahren gibt es noch kein Anzeichen davon, dass es irgendeine Bewegung in diese Richtung gibt! Damit macht sich Politik, weil sie sich überfordert, letzten Endes ein Stück weit lächerlich. – Das war die erste Bemerkung.

Zweitens: Nehmen wir einmal an, das Produktivitätsproblem sei lösbar! Dann haben wir aber trotzdem ein **Finanzierungsproblem**. Wir kommen davon nicht weg, denn zwischen den beiden Dingen – Auszahlung von Renten oder Pensionen und vorher Erwirtschaftung eines entsprechend höheren Sozialprodukts – liegt dann ein Verteilungsmechanismus, der dafür sorgt, dass das Sozialprodukt entsprechend wächst und sich dann halt die Pensionen, Gesundheitskosten Älterer et cetera in der alten Höhe weiterentwickeln können. Und dieser Verteilungsmechanismus, der darauf hinausläuft, Abgaben zu erheben – Beiträge, Steuern –, treibt einen Keil zwischen die Nettoeinkommen, die bleiben dann relativ gering, wachsen vergleichsweise langsam, und die höhere Bruttowertschöpfung, die die Aktiven erbringen müssen.

Und das hemmt in sich den Produktivitätsfortschritt. Man kommt zu Abgabenbelastungen, die leicht 40, 50, 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts umfassen können – im Falle Deutschlands; eine vergleichbare Berechnung für Österreich kann ich leider nicht so genau beurteilen. Und das kann prohibitiv sein. Genau das kann den erforderlichen Produktivitätsfortschritt wieder abwürgen. Warum sollte sich jemand „lang“ machen, warum sollte jemand Investitionen in sein Humankapital tätigen? Warum sollte jemand Erfindungen machen, innovativ bleiben, wenn die Erträge davon nicht ihm oder ihr selbst zugute kommen?

Insofern bleibt wegen der Trennung von Produktion und Konsumtion, die sich aber nie ganz entkoppeln lassen, ein Finanzierungsproblem. – Vielen Dank.

16.27

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Mag. Grossmann. – Bitte.

16.27

Abgeordnete Mag. Elisabeth Grossmann (SPÖ): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie die Expertinnen und Experten heute am Vormittag schon mehrfach festgestellt haben, haben sich die Formen des Zusammenlebens in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. Die Ehe hat ihre Monopolstellung weitgehend eingebüßt und ist heute nur mehr eine unter vielen möglichen Formen des Zusammenlebens. Der von mir sehr geschätzte Professor Prisching hat das ja heute Vormittag sehr anschaulich dargestellt. Dieses Phänomen zieht sich durch alle Alters- und Gesellschaftsschichten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das **Familienrecht** hinkt dieser Entwicklung weit hinterher und ignoriert dieses Massenphänomen der **nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften**, obwohl gerade hier ein immenser Regelungsbedarf besteht. Allein wenn man sich das Unterhaltsrecht anschaut, so besteht auch dann kein Anspruch, wenn ein Partner oder eine Partnerin im Einvernehmen mit dem anderen den Beruf aufgegeben hat, um sich der Familie zu widmen, also die Kinder großzuziehen oder sich der Pflege der Angehörigen zu widmen.

Und selbst wenn ein Unterhaltsvertrag abgeschlossen wurde, so ist dieser auch nur beschränkt gültig, weil er eben keine Drittwirkung hat. Das heißt: Verunglückt zum Beispiel der vertraglich unterhaltspflichtige Partner, so muss ein allfälliger Haftpflichtiger

Abgeordnete Mag. Elisabeth Grossmann

den Unterhaltsanspruch nicht ersetzen, und die Hinterbliebenen bleiben dann in den meisten Fällen im Regen stehen.

Auch im **Erbrecht** findet man Ähnliches. Es gelten Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten erbrechtlich als Fremde. Sogar wenn ein Testament gemacht wurde, schauen viele durch die Finger, weil sie in die höchste Steuerklasse fallen, und auch das kann existenzbedrohend sein, weil es sich viele dann gar nicht leisten können, die Erbschaft anzunehmen.

Und im Falle einer Auflösung der Lebensgemeinschaft gibt es keine familienrechtlichen Aufteilungsregelungen, sondern nur rein wirtschaftsrechtliche, die von den Gerichten konstruiert worden sind – aus der Not heraus, um die Betroffenen eben nicht ins Bodenlose fallen zu lassen. Diese Regelungen sind aber mehr am Wirtschaftsrecht orientiert und folgen keinesfalls familienrechtlichen beziehungsweise familienpolitischen Bedürfnissen.

Ich könnte Ihnen noch unzählige Beispiele, unzählige Bestimmungen aufzählen, zum Beispiel im Mietrecht, die nicht-eheliche Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten benachteiligen und sogar existentiell bedrohen. Wir sollten daher die heute hier herrschende amikale und kooperative Stimmung in Familienfragen, die ich trotz aller divergierenden Standpunkte, die auch geäußert wurden, und trotz des wahrnehmbaren Schwesternzwistes zwischen den Koalitionsparteien über die Urheberschaft der heutigen Veranstaltung wahrnehme, mitnehmen und in weiterer Folge vielleicht gemeinsam über eine Neuordnung des Familienrechts nachdenken, eines Familienrechts, das den Bedürfnissen der Menschen entspricht und den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird.

Es gibt europaweit **verschiedene Modelle**. Viele Staaten haben es zum Beispiel für sinnvoll erachtet, bestimmte Rechte und Pflichten an das Faktum einer registrierten Partnerschaft zu knüpfen, wobei dieses Rechtsinstitut sowohl gleichgeschlechtlichen als auch verschiedengeschlechtlichen Personen offen steht. Also die Modelle und Möglichkeiten sind vielfältig, und so vielfältig, denke ich, sollten auch unsere Gedankengänge sein.

In diesem Sinne appelliere ich an alle Fraktionen und alle gesellschaftlichen Gruppen, die heute hier anwesend sind, frei von ideologisch-konfessionellen Denkbarrieren über menschengerechte Regelungen nachzudenken. – Danke.

16.32

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Günter Danhel. – Bitte.

16.32

Günter Danhel (Institut für Ehe und Familie): Ich möchte versuchen, auf die Frage nach der Generationengerechtigkeit eine persönliche Antwort zu geben. Über das, was Gerechtigkeit ist, ließe sich ja trefflich streiten, und die Redezeit wäre sicher nicht mit uns.

Für mich bedeutet **Generationengerechtigkeit**, dass jede neue Generation zumindest nicht weniger Lebenschancen und Handlungsspielräume vorfinden sollte als die Generation vor ihr. Wir leben heuer im 200. Todesjahr von Kant, und wer den „Kategorischen Imperativ“ ernst nimmt, ist ja der Überzeugung, dass zwischen privater und öffentlicher Moral kein Gegensatz entstehen soll. Und wir wissen alle, dass Haushalte nicht mehr ausgeben können, als sie einnehmen – zumindest auf Dauer –, und wir wissen auch, dass zumindest für den zwischenmenschlichen Verkehr das bürgerliche Recht gilt, wonach Geschäfte zu Lasten Dritter als sittenwidrig betrachtet werden und deswegen verboten sind.

Günter Danhel

Ich lade Sie ein, unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit einige familienpolitisch relevante Fakten zu meditieren, zum Beispiel die Verschuldung öffentlicher Haushalte, die vor zehn Jahren erfolgte Herabsetzung des Hebesatzes für den Familienlastenausgleich von 6 auf 4,5 Prozent oder die Umwidmung von 25 Prozent des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pensionsversicherung. Denken Sie daran, dass zumindest ein Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit mit 4,5 Prozent für die junge Generation – für Kinder und Familien – belastet ist, aber mit 22,8 Prozent für die ältere Generation!

Meiner Überzeugung nach braucht es hier **Langfriststrategien**. Die Idee einer Veränderung der Lebensverdienstkurve wäre unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit sicher ein zielführender Weg.

Ich erlaube mir persönlich, einen zweiten Weg vorzuschlagen: Wir beobachten, dass durch die demographische Entwicklung die älteren Menschen im Elektorat tendenziell die überwiegende Mehrheit bilden. Das heißt, es wird immer schwieriger werden, gegen die Interessen Älterer eine Politik im Interesse von Kindern und Familien durchzusetzen. Daher wäre es interessant, die Forderung zu diskutieren, ob nicht jeder Mensch ab Geburt eine Stimme bei Wahlen haben sollte, also ein Kinderwahlrecht ernsthaft zu diskutieren.

Das könnte die Politik auch zwingen, Entscheidungen zu treffen, die den Interessen der nachwachsenden Generation stärker als bisher Rechnung tragen. Im deutschen Bundestag wurde vor einigen Tagen ein Antrag, der von allen vier Parteien eingebracht wurde, diskutiert. Es wäre sozusagen eine mögliche Konsequenz dieser heutigen Veranstaltung, sich auch mit dieser Idee etwas näher zu befassen.

16.34

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Kerschbaum. – Bitte.

16.35

Dr. Werner Kerschbaum (Österreichisches Rotes Kreuz): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum heutigen Thema aus der Sicht des Österreichischen Roten Kreuzes nur zwei Vorstellungen oder Wünsche aus der Praxis einbringen und dann auch noch zwei kleine Beobachtungen anhängen.

Erster Wunsch: Angesichts der schon vielfach zitierten demographischen Entwicklung scheint uns eine noch intensivere Stützung und Stärkung familiärer und familiennaher Netzwerke für Hilfe, Pflege, Betreuung von Kranken, Pflegebedürftigen und behinderten Menschen notwendig und erforderlich.

Wie könnte man das angehen? – Auch dazu nur beispielhaft in der kurzen Zeit ein, zwei Ideen: Ich glaube, dass verstärkt **Beratungs- und Schulungsangebote** sowie niederschwellige **Anlaufstellen** für Beratung und für die Ersteinschätzung des Unterstützungsbedarfes in den genannten Familiensituationen finanziert werden sollten.

Zweiter Wunsch, zweite Idee: Es geht um die **Förderung des Freiwilligen-Engagements**. Eine Vorstellung des Roten Kreuzes hiezu ist es, dass wir uns verstärkt für eine sozusagen neue Kultur der Freiwilligkeit in Österreich engagieren.

Auch dazu ein, zwei Ideen: Vieles ist ja im internationalen „Jahr der Freiwilligen“ bereits gesagt, aber noch nicht getan worden. Auch da wäre die Finanzierung der Ausbildung von Freiwilligen-Koordinatoren eine Maßnahme, eine zweite wäre die Finanzierung von Freiwilligen-Zentren, von denen es unserer Meinung nach noch zu wenige gibt.

Beiden Ideen gemeinsam ist, dass es sich um die Zur-Verfügung-Stellung von Rahmenbedingungen handelt, also quasi Hilfe zur Selbsthilfe. Es geht **nicht** um die Über-

Dr. Werner Kerschbaum

forderung der öffentlichen Haushalte. Gestatten Sie mir den Vergleich: Wir wollen nicht Getreidelieferungen subventionieren, sondern Saatgut finanziert haben. Es gibt genügend private und öffentliche Träger, die diese Ideen verwirklichen können.

Ein Beispiel vom Roten Kreuz aus den skandinavischen Ländern: Dort ist errechnet worden, dass die Investition von nur 1 € in einen Freiwilligen der Gesamtgesellschaft 6 bis 8 € zurückbringt.

Zu meinen zwei kurzen Beobachtungen: Es hat mir der interdisziplinäre Ansatz sehr gefallen. Wenn ich dort auf die lange Bank schaue (*der Redner blickt auf die Bank, hinter der die anwesenden Regierungsmitglieder sitzen*), dann erlaube ich mir die Bemerkung, dass vielleicht noch ein viertes Ministerium Platz gehabt hätte, nämlich jenes für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Es ist heute schon oft erwähnt worden, dass auch dieser Bereich zu diesem Thema sehr wohl etwas zu sagen hat.

Die zweite Beobachtung betrifft mich persönlich: Ich habe heute sehr viel dazugelernt, und dafür bin ich den Initiatoren, aber auch den Referenten dankbar.

16.37

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Nächste Rednerin ist Frau Mag. Polak. – Bitte.

16.37

Mag. Regina Polak (Katholisch-Theologische Fakultät der Universität Wien; Institut für Pastoraltheologie): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zuerst noch kurz etwas zu einer Frage von Frau Silvia Fuhrmann sagen, und zwar die Frage nach dem **Wandel des Männerbildes**.

Paul Zulehner hat eine Studie dazu gemacht, daraus ein Satz: Das Männerbild habe sich gewandelt, aber es gehe im Schneckentempo, und der neue Mann sei in Österreich noch in ziemlich weiter Sicht. – Das ist auch nicht wirklich ein Wunder, wenn die Familienzeit im öffentlichen Diskurs in der Regel als Stigma und als Problem dargestellt wird, als eine Zeit, aus der man möglichst schnell wieder zurückkehren will oder muss – auch wenn die Situation oft tatsächlich so ist.

Ich möchte aber eine andere Sorge zum Ausdruck bringen, nämlich die Sorge um den **Generationenzusammenhalt**. Daten der Wertestudie zeigen, dass dieser auf der Makroebene nicht so 100-prozentig gesichert scheint, wie er auf der Mikroebene ist. Die partnerschaftlichen Verhältnisse in der Familie machen hier sozusagen kein Konfliktfeld auf, dort hat der Generationenkonflikt aufgehört, aber auf der gesellschaftlichen Ebene scheint mir das nicht so zu sein.

Indikatoren dafür sind: die massive und hohe Individualisierung der jugendlichen Wertewelten, die Privatisierung des Familienbegriffes, auch die Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen, die – das müsste ein Alarmzeichen sein! – der Politik in der Tat nichts zutrauen, das Gefühl haben, sie seien ohnedies auf sich selbst gestellt und werden keine Pension bekommen – da gibt es auch wieder diese Ängste im Untergrund –, und eine sehr ambivalente Zukunftseinschätzung haben, also sich persönlich zwar eine gute Zukunft zutrauen, aber der Gesellschaft und der Weltentwicklung keine gute Zukunft zutrauen.

Diesbezüglich gibt es Handlungsbedarf, weil das eine nicht wirklich günstige, auch gesellschaftspolitisch nicht günstige Stimmung ist. Das kann – und davor warne ich – zu einer Polarisierung zwischen Jung und Alt führen. Ähnliche Polarisierungen orte ich im öffentlichen Diskurs auch zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Kinderlosen und Familien. All das sind Entwicklungen, die ich persönlich nicht für besonders günstig erachte.

Mag. Regina Polak

Was sind die Ursachen dafür? – Erstens gibt es eine Diskussion, die gesamtgesellschaftlich, und zwar auch überparteilich, geführt werden müsste, nämlich jene über die tabuisierte und verschwiegene Frage nach der Verteilung der gesellschaftlichen materiellen wie auch immateriellen Güter.

Das zweite große Problem beziehungsweise die Debatte, die aussteht, ist die Frage nach der **Wertebalance**. Es wächst – und das ist ein Hoffnungszeichen – eine junge Generation heran, die in der Lage ist, jenseits traditioneller Wertepolaritäten zu denken, und die befähigt werden kann und das potentiell auch jetzt schon kann, scheinbar Widersprüchliches zusammenzudenken und auszubalancieren. Hier weiter zu bilden und von den Jungen und jungen Erwachsenen zu lernen halte ich für ganz, ganz wichtig.

Ein weiterer Grund für diese Polarisierungen ist möglicherweise auch die mangelnde Relevanz der weichen Werte. Werte wie Fürsorge, Unterstützung, Bindung, Verzicht, Bescheidenheit sind im öffentlichen Diskurs, sage ich einmal, tabuisierte oder diffamierte Werte. Möglicherweise ist das auch ein Grund dafür, dass die traditionellen weiblichen Rollenbilder so stagnieren, weil anscheinend Frauen wissen: Wenn wir das nicht tun, dann verschwinden diese Werte vollkommen aus dem öffentlichen Raum! – Und das ist keine gute Entwicklung.

Im öffentlichen Raum zählen nach wie vor Erfolg, Lebensperformance, Lebensplanung, Karriereorientierung – das sind alles harte Werte. Es gäbe die Sehnsucht der jungen Leute, diese Werte auszubalancieren, und hierbei wären sie zu unterstützen.

Abschließend zwei Möglichkeiten, wie man solche Polarisierungen und solche Wertekonflikte angehen könnte. Ich bin keine Politikerin, aber mir wäre dazu Folgendes eingefallen: Erstens wären die transfamiliären Netze zu fördern. Das kann sich im Wohnbau genauso niederschlagen wie in einer bewussten Freizeitgestaltung, in Ausbildungsprogrammen, wo man bewusst darauf achten sollte, dass die Generationen zusammenkommen und voneinander lernen und dieser Generationentransfer wieder flüssig und durchlässig wird.

Eine zweite Möglichkeit wäre die **Förderung der Solidarität**. Die Solidaritätsstudien an unserem Institut haben gezeigt, dass es hier eine weitere Ambivalenz gibt. Die Bereitschaft zur Solidarität ist sehr hoch – und da sind wiederum die Jungen, die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen herauszustreichen, deren Solidarwerte auf allen Ebenen, auf der Mikro-, der Meso- und der Makroebene, signifikant höher sind als die der Erwachsenen. Das paart sich allerdings mit dieser politisch motivierten Entpolitisierung der Jugendlichen.

Die Politik wird sich zu überlegen haben, wie sie Räume schaffen kann, wie sie Räume, Zeit und auch Mittel zur Verfügung stellen kann für diese vielen jungen engagierten Menschen, die ihre postmaterialistischen Werte in die Gesellschaft auch einbringen wollen.

16.43

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Öllinger. – Bitte.

16.43

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Entgegen meiner sonstigen Gewohnheit werde ich eher weniger Lösungen anbieten als Fragen stellen.

Eine der Fragen, die sich mir aufdrängt, da immer wieder betont worden ist, wir leisten viel auf dem Gebiet der Familienpolitik, da passiert einiges: Wenn dem so ist oder sein

Abgeordneter Karl Öllinger

sollte, so kann der Verweis auf diese Leistungen noch immer nicht erklären, warum wir in Österreich eine dermaßen niedrige Geburtenrate – und das ist ein Faktum! – haben.

Ich entnehme – und der Verweis von Mag. Guger war durchaus nicht uninteressant – daraus, dass es Länder gibt, die – egal, auf welcher ökonomischen, politischen Grundlage es ihnen zu einem bestimmten Zeitpunkt gelingt – ihren Bürgerinnen und Bürgern eine bestimmte Zukunftssicherheit darzustellen, egal, auf welcher tatsächlichen, faktischen Grundlage sie bestimmte Rahmenbedingungen dafür anbieten, ganz offensichtlich besser in der Lage sind, die Mitglieder ihrer Gesellschaft dazu zu motivieren, „Zukunft zu gestalten“, um diesen etwas emphatischen Begriff für das Kinderkriegen zu verwenden.

Das ist der springende Punkt. Wir haben viel – und damit bin ich beim nächsten Thema – von Generationensolidarität gehört. Gestatten Sie mir die Frage: Welche Zukunft offerieren wir den jüngeren Generationen? Eine sichere Zukunft? Eine sichere Zukunft in Bezug auf Arbeitsplätze, in Bezug auf Arbeitsverhältnisse, in Bezug auf Arbeitszeiten, in Bezug auf Arbeitsstress?

Der Soziologe Richard Sennett hat in seinem Buch „Der flexible Mensch“ versucht, ein Grundbedürfnis wahrscheinlich aller Menschen zu beschreiben, nämlich: ihr Leben zu gestalten, sich zu organisieren, für sich irgendwo ein Stadium oder ein Ausmaß an Planbarkeit oder Gestaltbarkeit in das Leben hineinzubringen, das es auch ermöglicht, Kinder in die Welt zu setzen und Verantwortung für diese Kinder übernehmen zu können.

Jetzt wissen wir aus entsprechenden Studien, dass sich der Zeitpunkt, zu dem Frauen, hauptsächlich Frauen, aber auch Männer sich entschließen, Kinder in die Welt zu setzen, altersmäßig immer weiter nach oben verschiebt. Das, würde ich einmal meinen, mag ja damit zusammenhängen, dass man vorher nicht die entsprechenden Umstände vorfindet, unter denen man sich das Kinder-in-die-Welt-Setzen zutraut. Also meine Frage: Schaffen wir tatsächlich für diese nächste Generation Rahmenbedingungen, die es dieser Generation wieder ermöglichen, ihre Zukunft gestaltbar zu machen? – Ich meine: nein. Die Arbeitsverhältnisse, die Lebensverhältnisse unterscheiden sich grundlegend.

Wir – vielleicht ist meine Generation bereits eine Übergangsgeneration – sind noch von dem Anspruch ausgegangen, ein Arbeitsverhältnis einzugehen und ein Leben lang in diesem Arbeitsverhältnis zu bleiben. Wir halten derzeit bei Arbeitsverhältnissen – und das ist nur ein kleiner Ausschnitt, da rede ich noch nicht von den besonderen Arbeitsformen –, die im Durchschnitt **eineinhalb Jahre** dauern, nicht ein Leben lang. Was steckt da – neben all den anderen Faktoren wie Einkommen – noch für ein Faktor von Gestaltbarkeit darin, der es diesen Menschen ermöglichen würde, tatsächlich zu sagen: Ja, ich kann mir mein Leben damit gestalten!?

Nächster Punkt: **Solidarität zwischen den Generationen**; meine Vorrednerin hat in diesem Zusammenhang ein ganz interessantes Thema angesprochen. Die derzeitige Situation ist so, dass auf der öffentlichen Seite des Verhältnisses zwischen den Generationen alles in Frage gestellt ist: Pensionen, Generationenvertrag – egal, ob das die jüngere oder die ältere Generation betrifft. Für die jüngere Generation könnte man neben dem Pensionsthema zum Beispiel auch das Bildungsthema, die Zustände oder Verhältnisse im Bildungssektor anführen.

Auf der privaten Seite funktioniert das Generationenverhältnis. Die Älteren geben den Jüngeren die Zeit, die Jüngeren den Älteren detto, auch das Geld. Nur was erleben wir da? Auf dieser privaten Seite werden die in den letzten Jahrzehnten erworbenen riesigen Vermögen eigentlich privat der nächsten Generation überantwortet. Und damit werden individuelle Dispositionen für Zukunft und Zukunftschancen geschaffen, die

Abgeordneter Karl Öllinger

dem gesellschaftlichen Diskurs und der Möglichkeit der gesellschaftlichen Steuerung völlig entzogen bleiben. – Darin steckt wahrscheinlich eines der größten Gefährdungspotentiale für Generationensolidarität.

16.48

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Silhavy. – Bitte.

16.48

Abgeordnete Heidrun Silhavy (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute sehr viel über Familie an sich gesprochen, über die Aufgabe der Familie. Und dass Familie auch im öffentlichen Interesse steht, hat eben damit zu tun, dass Familie Aufgaben erledigt, ohne die der Staat sozusagen nicht existieren könnte.

Es ist auch über den Wert dieser Aufgaben gesprochen worden, und in diesem Zusammenhang hat mich der Beitrag von Kollegin Anselm nachdenklich gestimmt. Sollten diese Aufgaben professionell als Erwerbstätigkeit erbracht werden, wo würde die Wertigkeit im Vergleich zu anderen Berufsbildern liegen?

Genau diese traditionellen Arbeiten sind wieder Arbeiten, die im Normalfall schlechter bezahlt sind und schlechtere Rahmenbedingungen haben. Und diese Arbeiten sind die Arbeiten, die überwiegend von Frauen gemacht werden. Das sind die Berufsbilder, wo Männer eine Minderheit sind.

Wenn wir von **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** reden, dann reden wir normalerweise auch von **Frauen**. Die ideale Arbeitskraft für einen Unternehmer ist der Mann, verheiratet, zwei Kinder – die absolut nicht ideale Arbeitskraft für einen Unternehmer ist eine Frau, verheiratet, zwei Kinder. Dem Mann wird unterstellt, er sei versorgt, auch die Hausarbeit werde für ihn gemacht, er brauche sich um diese Dinge nicht zu kümmern und er könne auch nicht so flexibel sein, weil er ja seine Familie versorgen müsse. Das heißt, er muss schön brav das tun, was der Arbeitgeber will, weil er doch irgendwie gebunden und somit vom Einkommen abhängig ist. Der Frau, verheiratet, zwei Kinder, wird unterstellt, sie müsse den Haushalt versorgen, sie müsse zu Hause bleiben, wenn die Kinder krank sind. Sie ist ein wirtschaftlicher Risikofaktor für das Unternehmen.

Und genau da fängt es an: Die Frauen sind, was das Einkommen anlangt, diskriminiert, weil sie eben familiäre Pflichten haben und weil ihnen diese von der Gesellschaft – und auch von der Wirtschaft – zugeordnet werden. Zugleich können aber nur die Frauen Karenz- und Auszeiten nehmen, weil eben in einer Familie eher auf das geringere als auf das höhere Einkommen verzichtet werden kann.

Meine Damen und Herren! Wenn wir dort nicht ansetzen, dann werden wir zwar noch viele, viele gute Ideen diskutieren können, jedoch: In der Realität wird's das nicht spielen! Das heißt, bei genau diesen Diskriminierungen muss man ansetzen, und es müssen dort, wo für Männer verschiedene Möglichkeiten geschaffen werden, diese von den Männern auch tatsächlich genutzt werden können. Ich bin nach wie vor eine Verfechterin der **Aufhebung der Zuverdienstgrenze**, denn ich bin der Überzeugung, dass es dabei um eine Familienleistung geht, und kein Mensch würde sagen, dass man bei einer Familienbeihilfe darauf achten müsse, ob es da eine Zuverdienstgrenze gibt oder nicht. – Diese Regierung sagt ja immer, wie stolz sie auf ihre Leistungen für die Familie ist: Dann soll sie aber bitte auch darauf achten, dass es dabei um eine Familienleistung geht – und dann darf es aber auch keine Zuverdienstgrenze mehr geben!

Dritter Punkt, da hier immer von mehreren Generationen gesprochen wird: Jeder von uns – bei mir ist das jedenfalls bereits so – hat verschiedene Generationen durchlebt, und wenn man Generationen gliedert in jene, in der man noch abhängig ist, weil man eben noch nicht erwerbstätig ist, in jene, in der man erwerbstätig ist, sowie in jene, in

Abgeordnete Heidrun Silhavy

der man altersbedingt nicht mehr erwerbstätig sein muss, dann kann man dazu ganz generell sagen: In jeder Phase, in jeder Generation hat man andere Ansprüche an die Gesellschaft. Als Kind, als junger Mensch hat man Anspruch auf Bildung, auf pädagogische Betreuung, auf Ausbildung und so weiter. In meinem Alter würde ich mir wünschen, dass ich Anspruch hätte auf Weiterbildung, sodass „lebenslanges Lernen“ nicht nur ein Schlagwort ist. Und wenn ich das Alter habe, in dem ich dann – was ich hoffentlich auch noch erleben werde – nicht mehr erwerbstätig sein muss, dann möchte ich auch aus dieser Erwerbstätigkeit heraus eine Pension haben.

Folgendes stört mich an der Diskussion, die hier geführt wird – wir alle sind ja Familie, sind in irgendeiner Form immer wieder in die Familie eingebunden –, als nämlich ein Redner heute hier gesagt hat, bei den Alten wisse man nicht, ob man das dann überhaupt noch durchsetzen könne. – Dazu: Wir alle werden einmal, wenn wir Glück haben, zu den Alten gehören, aber genau diese Alten waren einmal die Jungen und waren auch einmal die mittlere Generation. Diese Art der Diskussion, wie sie hier zum Teil geführt wurde, halte ich für sehr gefährlich!

Eine Kollegin hat heute gesagt, wir müssen „Mut machen zum Kind“, und da Kollege Öllinger heute auch schon vieles hier gesagt hat, kann ich mir jetzt einiges ersparen, nur so viel: Diese Forderung klingt vielleicht klass, aber: Die jungen Menschen wollen nicht diesen „Mut zum Kind“, sondern sie wollen Sicherheit, Aussicht und Perspektiven haben, ebenso Arbeitsplätze, die ein Einkommen garantieren, von dem sie leben können – und sie wollen Arbeitsplätze, von denen sie annehmen können, dass sie diese zumindest eine Zeit lang, wenn schon nicht bis zum Pensionsantrittsalter, haben werden.

Junge Menschen wollen eingebunden sein in ein soziales Netz – und nicht irgendwelche Arbeitsplätzchen haben, bei denen sie nie wissen, ob sie überhaupt jemals in eine soziale Leistung hineinkommen. Junge Menschen brauchen Sicherheit! Es geht also nicht um Mut, sondern um **faire**, um **gerechte** Chancen!

Zur **Produktivitätssteigerung**, als letzter Satz: Natürlich sind da auch strukturelle Effekte notwendig, das weiß doch jeder von uns, aber die Frage ist schon, wohin die Gewinne aus Produktivitätssteigerungen gehen: Gehen diese nur ins Kapital – oder fließen sie zu jenen Menschen zurück, die diese tatsächlich erwirtschaftet haben?

16.53

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Letzte Rednerin: Frau Abgeordnete Steibl. – Bitte.

16.54

Abgeordnete Ridi Steibl (ÖVP): Frau Vorsitzende! Werte Damen und Herren! Ich möchte folgende **tatsächliche Berichtigung** anbringen: Kollege Kai Jan Krainer hat in seiner Rede hier behauptet, dass sich Herr Minister Bartenstein in diese Veranstaltung hineinreklamiert hätte, um dann nach dem Abzug der Kameras diesen Saal verfrüht zu verlassen.

Tatsache ist, dass Herr Bundesminister Bartenstein von Anfang an und fix in diese Veranstaltung eingeplant gewesen ist, wobei jedoch Herr Bundesminister Bartenstein bereits bei der Organisation und Planung dieser Enquete darauf hingewiesen hat, dass er an diesem Tag im Zusammenhang mit einem anderen Termin um 12.30 Uhr auf dem Flughafen Schwechat sein muss. – Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen!

16.54

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak

Vorsitzende Abgeordnete Sabine Mandak: Womit wir auch dieses letzte – mögliche – Missverständnis geklärt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind am **Ende** dieser Enquete angelangt, wobei ja eine solch lange Enquete oft sehr kräfteraubend ist, und zwar eben gerade dann, wenn sehr viel an Inputs und an Neuem kommt. Jedenfalls möchte ich mich nochmals sehr, sehr herzlich bei den Expertinnen und Experten bedanken, die heute hier referiert und uns ihr Wissen zur Verfügung gestellt haben. Danke auch für Ihre eiserne Zeitdisziplin, wobei ich mir dessen bewusst bin, wie schwierig das ist, wenn man noch sehr viel zu sagen hätte, wenn man noch so viel an Wissen zur Verfügung stellen möchte, jedoch auf Grund der Redezeitbeschränkung nur einen Bruchteil des ursprünglich Geplanten anbringen kann.

Dieser Nachmittag hat jedenfalls, wie ich meine, die eine oder andere Klärung gebracht, ebenso verschiedene fachliche Inputs von der Praktikerseite her. Es sind auch politische Einschätzungen gekommen – und sowohl fachliche als auch politische Forderungen. In dieser Enquete gab es in Bezug auf Thematisches eine sehr, sehr breite Diskussion, was aber vom Thema her so angelegt war.

Ich danke Ihnen allen, meine Damen und Herren, die Sie jetzt hier noch sitzen, für Ihr Ausharren, für Ihr Dableiben, für Ihr Interesse. Und ich bedanke mich auch sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für die Vorbereitung und Durchführung dieser heutigen Veranstaltung. *(Beifall.)*

Danke, Frau Ministerin Rauch-Kallat, dass Sie sich die Zeit genommen haben, noch einmal hierher zu kommen, was angesichts von Tagesabläufen eines Ministers/einer Ministerin sicherlich nicht einfach ist.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank, ein gutes Nachhausekommen – und ich hoffe, dass eine Menge von dem, was wir heute hier an Forderungen und Ideen gehört haben, umgesetzt werden kann.

Die Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Enquete: 16.56 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien